

07.07



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Chancen für Naturschutzprojekte bei LIFE+  
Heiligendamm: Nicht auf dem gleichen Planeten  
Unser Projekt zur UN-Biodiversitätskonferenz 2008  
20 Jahre Brundtland-Bericht: Vom Mainstream ignoriert**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene  
Jahrgang 16 (2007), Heft 07  
ISSN 1861-0064

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Redaktion

**DNR Geschäftsstelle Berlin/  
EU-Koordination und Internationales**  
Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230, 10405  
Berlin  
Juliane Grüning (jg), Markus Steigenberger  
(ms), Bjela Vossen (bv), Thomas Frisch-  
muth (tf), Marion Busch (mbu), Matthias  
Bauer (mb)  
Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80  
eMail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)  
Internet: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)  
eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-  
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung sind  
willkommen. Die Redaktion muss sich  
Kürzung und redaktionelle Bearbeitung  
von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen  
gezeichnete Beiträge geben nicht unbe-  
dingt die Meinung der Redaktion bzw. des  
Herausgebers wieder. Redaktionsschluss  
ist jeweils der 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Zwischen Renationalisierung und Pragmatismus

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es war wahrlich kein schönes Schauspiel, das uns die europäischen Staats- und Regierungschefs vom 22. bis 24. Juni boten, als sie über die Zukunft der Europäischen Union berieten. Über die „Denkpause“, die sich die EU nach den beiden negativen Verfassungsverfassungen der Franzosen und Niederländer im Jahr 2005 verpasst hatte, geriet offenbar der Europäische Gedanke in Vergessenheit. Zumindest wurden die nationalen Egoisten schon lange nicht mehr derart unverhohlen präsentiert wie auf diesem Treffen:

Ein polnisches Zwillingsspaar, das sich gegenseitig mit abstrusen Forderungen übertrumpfte und per Fernsehbotschaft ein Veto androhte; zwei britische Premiers (einer davon in spe), die - sich hinter den Polen versteckend - eine knallharte Interessenpolitik betrieben; eine niederländische Regierung, die ihre traditionell proeuropäische Einstellung zu Hause gelassen hatte; und eine tschechische Regierung, die eine solche noch nie besessen hat. Mittendrin Angela Merkel als wieder einmal einzige Frau und große Moderatorin. Unterstützt wurde sie nur von einer Handvoll alteingesessener Europäer wie Jean-Claude Juncker oder Romano Prodi und einem Neuen - Nicolas Sarkozy -, der seinen europäischen Führungsanspruch auch in Leuchtbuchstaben um den Hals hätte tragen können. Darum herum gesellte sich eine Reihe von Staaten, denen die ganze Diskussion offenbar herzlich egal war.

Dabei hatten sich die Europäer nur 14 Tage vorher einig und entschlossen gezeigt wie schon lange nicht mehr: Das überraschende Zugeständnis des US-Präsidenten auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm, einen Kampf gegen den Klimawandel „ernsthaft in Erwägung zu ziehen“, mag zwar angesichts der realen Bedrohung lächerlich sein. Doch ohne die Geschlossenheit der Europäer wäre nicht einmal diese Formulierung gelungen.

Und nun dieses Trauerspiel!

### Strukturelle Reform statt Verfassung

Doch immerhin hat es ein Ergebnis gegeben. Angela Merkel ist es gelungen - Chapeau! - mit einer riskanten, aber erfolgreichen Strategie die EU an einer tiefen

Krise vorbeizumanövrieren. Schauen wir uns in aller Kürze an, was der Europäische Rat beschlossen hat:

- Es wird in Zukunft neben dem bereits existierenden „Vertrag über die Europäische Union“ einen „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ geben, der weitgehend identisch ist mit dem alten „Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“.
- Der Begriff „Verfassung“ wurde ebenso gestrichen wie die europäischen Symbole (Fahne und Hymne). Auch von „Gesetz“ darf in der EU nicht mehr gesprochen werden.
- Die Mehrheitsentscheidungen werden ausgeweitet. Allerdings bleibt im Bereich Innen- und Sicherheitspolitik ein Schlupfloch für die Mitgliedstaaten, durch das sie Ausnahmen für sich geltend machen können.
- Erst ab dem Jahr 2014 ändert sich der Abstimmungsmodus - ein Zugeständnis an Polen. Nach dem Prinzip der „doppelten Mehrheit“ braucht eine Entscheidung dann eine Mehrheit von 55 % der Staaten und 65 % der Bevölkerung.
- Die nationalen Parlamente erhalten stärkere Kontrollrechte: Wenn sie der Meinung sind, dass das Prinzip der Subsidiarität verletzt wurde, können sie ein Gesetzesvorhaben eventuell sogar zu Fall bringen.
- Das Europäische Parlament erhält ebenfalls mehr Rechte - so entscheidet es etwa über den Haushalt gleichberechtigt mit dem Ministerrat.
- Die EU erhält einen Außenminister, der allerdings „Hoher Repräsentant der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ heißen wird.
- Die EU-Kommission wird ab 2014 auf 15 Mitglieder verkleinert. Die einzelnen Länder werden dann rotieren.
- Die Präsidentschaft der EU wird künftig für zweieinhalb Jahre von einem Vorsitzenden ausgeübt, die sechsmonatige Rotation bei den einzelnen Ministerräten (Umwelt, Landwirtschaft, etc.) bleibt allerdings erhalten.
- Die Grundrechtecharta wird rechtsbindend - außer für Großbritannien (was voraussichtlich juristisch nicht haltbar sein wird).

### Bewertung aus Umweltsicht

Wie ist diese Situation nun aus Sicht der Umwelt zu bewerten? Eigentlich hat sich im Unterschied zum bisherigen Verfassungsentwurf nicht viel geändert. Die Grundlagen

der europäischen Umweltpolitik werden weiter bestehen: Die Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Umweltintegration bleiben ebenso unverändert erhalten wie die Bestimmungen der bisherigen Artikel 174 und 175, der wichtigsten Grundlage der Umweltgesetzgebung. In Artikel 174 wird der Klimaschutz sogar noch aufgewertet.

Ebenso werden einige interessante Neuerungen, die im Verfassungsentwurf vorgesehen waren, in den neuen Vertrag integriert. Dazu zählt das Energiekapitel ebenso wie die verbesserten Partizipationsmöglichkeiten der Bürger - etwa die, in Form einer Bürgerinitiative mit einer Million Unterschriften die Kommission zum Handeln aufzufordern. Als Verbesserung anzusehen sind auch die ausgeweiteten Kompetenzen des Europäischen Parlaments, etwa in Budgetfragen oder durch die Stärkung des Mitentscheidungsverfahrens - was voraussichtlich auch in der Landwirtschaftspolitik gelten wird. Dass steuerrechtliche Fragen weiterhin dem Einstimmigkeitsprinzip unterliegen, ist zwar bedauerndswert, eine Änderung war aber nur in den kühnsten Träumen zu erwarten.

Alles in allem war die Entscheidung vom 24. Juni sicherlich kein großer Wurf, der die Herzen der europäischen Bürgerinnen und Bürger höher schlagen lässt. Auch schafft das Ergebnis nicht mehr Transparenz, sondern verkompliziert die europäischen Strukturen noch weiter. Aber wenn die Regierungskonferenz im zweiten Halbjahr 2007 keine Überraschungen hervorbringt und wenn die 27 Mitgliedstaaten den neuen Vertrag dieses Mal alle ratifizieren, dann verfügt die EU ab dem Jahr 2009 über eine neue Rechtsgrundlage, die sie arbeitsfähig macht. Nicht mehr und nicht weniger.

Trotzdem und gerade deswegen wünscht eine erbauliche Lektüre

Markus Steigenberger  
Leiter EU-Koordination des DNR

PS: Eines hat das seltsame Auftreten der Kaczynski-Brüder mit ihren anti-deutschen Ressentiments allerdings deutlich gezeigt: Die europäische Einigung ist nur im historischen Kontext zu verstehen. Und es schadet gewiss nicht, gerade uns Deutsche ab und zu daran zu erinnern.

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Zwischen Renationalisierung und Pragmatismus

## 5 Global, G8-Vorsitz

- Nicht auf dem gleichen Planeten? Die Gegensätze von Heiligendamm  
Von Mona Bricke, Forum Umwelt und Entwicklung
- Meinungen zum G8-Gipfel
- 20 Jahre Brundtland-Bericht: Vom politischen Mainstream ignoriert  
Von Dr. Volker Hauff

## 9 EU-Politik, Recht

- Leipzig Charta: EU-Regionalminister verpassen Nachhaltigkeitswende  
Von Knut Unger, AG Habitat
- EU-Umweltminister wollen Top-Runner für E-Geräte und teurere Zertifikate
- Neue Leitlinien für strategische Umweltprüfung
- IMPEL-Finanzierung aus LIFE-Mitteln
- Portugiesische Präsidentschaft: Die Schwerpunkte
- Newsticker: Bürokratieabbau, Schweiz

## 12 Abfall, Produktpolitik

- Schiffsabwrackung: EU-Grünbuch und IMO-Konvention
- High Level Group verlangt strenge EU-Umweltstandards für Produkte
- Kommunales Müllaufkommen wächst
- Newsticker: Müllvermeidungskonzepte

## 14 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- Agrarminister beschließen EU-weites Ökosiegel - 0,9 % Gentechnik erlaubt
- Deutschland erlaubt Gen-Kartoffel
- FAO: Biolandbau nützt Welternährung
- Newsticker: Agrarumweltzahlungen

## 16 Chemikalien, Emissionen

- Neues DNR-Projekt „Null Quecksilber“  
Von Florian Noto, DNR
- REACH-Behörde soll unabhängig sein
- Newsticker: Luftschadstoffe, Schiffsemissionen, EPER, Paraquat, Quecksilber

## 18 Energie, Klima

- Freiwillige Klimaschutzbeiträge: Wie lässt sich Ablasshandel vermeiden?  
Von Robert Müller, atmosfair
- Airlines fürchten Emissionshandel
- EU-Kommission: Emissionshandel funktioniert
- Klagen gegen Emissionshandel
- Deutschland versteigert Zertifikate
- EU befürwortet Kohlesubventionen
- ASEM-Gipfel: Kein Klimaschutz
- Newsticker: CCS, Glühlampen

## 22 Naturschutz, Biodiversität

- 14. Vertragsstaatenkonferenz zur CITES-Artenschutzkonvention: Bilanz  
Von Heike Finke, NABU
- Die UN-Konferenz zur Biologischen Vielfalt 2008: NGO-Projekt startet  
Von Günter Mitlacher, Forum Umwelt & Entwicklung, und Bettina Lange, DNR

- Förderbeginn von LIFE+: Gute Chancen für Naturschutzprojekte  
Von Tilmann Disselhoff
- EU-Parlament besorgt über Biodiversitätsrückgang
- Ein Sechstel der europäischen Säugetiere vom Aussterben bedroht
- Zusammenhang von Ökonomie und Biodiversität in Nord und Süd
- NABU: Deutsche Naturschutz-Novelle erfüllt EuGH-Vorgaben nicht
- Newsticker: Naturallianz, Agrarvögel, Artenschmuggel, Donaudelta, Donau-Save-Kanal, Waldschutz

## 28 Verkehr, Tourismus

- EU-Energiestrategie für den Verkehr vernachlässigt Bahn
- „Leipzig Charta“: EU-Stadtentwicklung mit Priorität beim Verkehr
- EU-Kommission legt Entwurf für Grünbuch Stadtverkehr vor
- Weltbank für mehr ÖPNV in Städten des Südens
- Newsticker: Autobahn-UVP

## 30 Wasser, Meere, Fischerei

- Prioritäre Wasser verschmutzende Stoffe im Parlament
- Newsticker: Badegewässer, Walfang

## 31 Service

- Veröffentlichungen, Wettbewerb
- LIFE+-Ansprechpartner
- Termine
- EU-Gesetzgebungsverfahren
- Wegweiser: EU, EEB, UBA, IUCN, UN

## Nicht auf dem gleichen Planeten?

Mona Bricke<sup>1</sup>, Forum Umwelt und Entwicklung

### Die Gegensätze von Heiligendamm

Der Gegensatz könnte eindrücklicher nicht sein: Während in Heiligendamm acht Regierungschefs mit ihrer Tausende zählenden Entourage an der Gipfelerklärung feilten, blockierten mehr als 10.000 Aktivistinnen und Aktivistinnen sozialer Bewegungen aus aller Welt die Zufahrtstore zum Tagungsort. Mit diesem nicht nur symbolischen Widerstand (die Gipfelinfrastruktur wurde massiv behindert, sodass zeitweise der Zugang nach Heiligendamm nur zu Wasser und per Hubschrauber möglich war) taten die Blockierer/innen ihren Unmut, ihre Wut und Verzweiflung über die wirtschaftliche und politische Hegemonie der G8 und deren weltweiten Auswirkungen kund, zu denen viele auch die Folgen des Klimawandels zählen.

16.000 Polizisten aus ganz Deutschland und Sondereinheiten der Bundeswehr, CIA und anderer Geheimdienste bewachten den Millionen teuren Zaun um Heiligendamm mit Tornados, Spähpanzern und Kriegsschiffen und bemühten sich, mit Wasserwerfer- und Schlagstockeinsatz die Zugangstore freizuhalten, was ihnen aber bis zuletzt nicht gelang.

Gleichzeitig diskutierten über 1.200 Menschen auf dem Alternativgipfel in Rostock in Workshops und auf Podien darüber, wie die andere Welt, die von der globalisierungskritischen Bewegung seit vielen Jahren beschworen wird, tatsächlich aussehen könnte.

### ...am Mittwoch

Während es sich die Fernsehsender in Kühlungsborn am Mittwoch Vormittag in Ermangelung anderer interessanter Meldungen zur Aufgabe machte, uns die Tischdekoration für das abendliche Mahl der First Ladies (und des einen Herrn) näher zu bringen, wanderten ihre Kollegen als „embedded Journalists“ mit tausenden von jungen Menschen durch die mecklenburgischen Felder in Richtung Zaun. Un-

terdessen diskutierte ein hochkarätig besetztes Podium des Alternativgipfels in der Rostocker Nikolaikirche die Frage, ob Klimagerechtigkeit nur durch eine völlige Veränderung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems oder doch mithilfe von Instrumenten wie dem Emissionshandel und einem Kyoto-Folgeprotokoll zu erreichen sei.

### ...am Donnerstag

Am Donnerstag dann verkündete Bundeskanzlerin Merkel, nachdem im Vorfeld die Erwartungen der Öffentlichkeit auf einen Durchbruch in Sachen Klimawandel gegen null gesenkt worden waren, die Einigung, man werde eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 50 % „in Erwägung ziehen“, als Triumph, während immer noch tausende von Blockierern im Strahl der Wasserwerfer ausharrten und hunderte in den Käfigen der Gefangenenanstalten saßen. Aktivisten von Greenpeace wurden beim Versuch, den G8 eine Klimapetition per Schlauchboot zu überreichen, medienwirksam von der Wasserschutzpolizei überfahren.

### Alternativgipfel schlägt Bogen zwischen G8 Gipfel und Protesten

All diese Ereignisse standen in den Zeitungen unter der Rubrik „Politik“, aber im Grunde genommen hätte die Berichterstattung über die Proteste auch unter „Vermischtes“ oder gar im Sportteil laufen können, so wenig verbunden wirkte sie mit den Analysen der Gipfelergebnisse, so wenig politische Aussage wurde ihr zugebilligt, so sehr schienen Gipfel und Proteste auf verschiedenen Planeten stattzufinden.

Den Bogen zwischen den beiden Extremen, denen vor dem Zaun und denen dahinter, haben vielleicht am ehesten die internationalen Gäste des Alternativgipfels geschlagen: Jean Ziegler, Schweizer UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung, und Vandana Shiva, weltbekannte Ökoaktivistin aus Indien, mahnten in Auftakt- und Abschlussrede eindringlich an, dass es bereits fünf nach zwölf sei: Dass wir, was weltweite Gerechtigkeit angeht - sei es in Fragen von Hunger und Armut oder beim davon schon nicht mehr zu trennenden Klimawandel - ein radikales Umdenken brauchen und sich die Menschheit das „business as usual“ der G8 nicht mehr leisten kann.

Viele Referenten und Referentinnen des Alternativgipfels unterstrichen ihre Solida-

rität mit den gleichzeitig stattfindenden Blockaden, die sie als Ausdruck neu erstarkender sozialer Bewegungen sahen. Bewegungen, die - so waren sich die meisten einig - den weltweiten Klimawandel und seine massiven Folgen als eines der wichtigsten Themen und größten Gefahren für alle Menschen auf die Fahnen schreiben werden.

### Klimawandel: Ökologisches, ökonomisches oder soziales Problem?

Die Frage, wie genau die Probleme, die der Klimawandel mit sich bringt, gelöst werden sollen, wurde bei den G8, auf dem Alternativgipfel, in den Protestcamps und auf den Blockaden auf jeweils sehr unterschiedliche Art und Weise aufgeworfen. Für die Protestierenden und für viele NGOs ist klar, dass wir am Anfang einer neuen Epoche stehen. Für sie zeichnet sich mehr und mehr ab, dass der Klimawandel nicht hauptsächlich ein ökologisches oder ökonomisches Problem, sondern zuvorderst ein soziales Problem ist, nur lösbar in einem gemeinsamen Kraftakt hin zu einer solidarischen Ökonomie, die den Menschen statt der Weltwirtschaft in den Mittelpunkt stellt.

### Ergebnisse dem Ernst der Lage nicht angemessen

Die Gipfelerklärung von Heiligendamm gibt jedenfalls nicht zu großer Hoffnung Anlass, dass die umwälzenden Veränderungen, die uns vor dem Klimakollaps bewahren könnten, von den G8 ausgehen werden. Zwar ist auch in diesem Dokument von großen Herausforderungen die Rede, denen die Menschheit gegenüber steht, zwar wird erstmals anerkannt, dass der Klimawandel „das Potenzial hat, unsere natürliche Umwelt und die Weltwirtschaft gravierend zu schädigen“. Aber wie sieht das „entschlossene“ und „abgestimmte“ internationale Vorgehen aus, von dem hier die Rede ist? Einige NGOs sehen es als positiv an, dass im Text ausdrücklich auf die UN-Klimakonferenz in Indonesien Ende dieses Jahres Bezug genommen wird, man sich also auf die UN als Ort der Aushandlung weiterführender Klimaabkommen geeinigt hat. Aber messen lassen müssen sich internationale Prozesse und Gipfel - auch die der G8 - letztendlich an ihren konkreten Vereinbarungen. Damit sieht es jedoch äußerst mager aus: Die Begrenzung der Treibhausgasemissionen auf zwei Grad kommt in der Abschlusserklärung gar nicht vor; damit bleiben die Versicherungen, „ein weiterer Anstieg der weltweiten Treib-

<sup>1</sup> Mona Bricke ist G8-Projektbeauftragte des Forums Umwelt und Entwicklung, war an der Organisation des Alternativgipfels beteiligt und moderierte die Pressekonferenzen des G8-Protest- und Aktionsbündnisses in Rostock.

hausgasemissionen“ müsse „gestoppt werden, gefolgt von substanziellen Verringerungen der weltweiten Emissionen“, äußerst wolkig. Des Weiteren steht im Dokument, „dass wir die Entscheidung der Europäischen Union, Kanadas und Japans, die zumindest eine Halbierung der globalen Emissionen bis 2050 beinhalten, ernsthaft prüfen werden. Wir verpflichten uns dazu, diese Ziele zu erreichen...“. Leider ist weder davon die Rede, ob sich die Halbierung der Emissionen bis 2050 auf vorindustrielle Werte (wie es viele NGOs fordern) oder auf ein bestimmtes Jahr bezieht. Die Zusage ist also bei genauem Hinsehen gar keine verbindliche Verpflichtung, sondern alle können damit mehr oder weniger umgehen wie es ihnen genehm ist. Verpflichtungen „ernsthaft prüfen“ zu wollen ist zwar begrüßenswert, jedoch dem Ernst der Weltlage - der im gleichen Dokument ja mehrfach unterstrichen wurde - nicht wirklich angemessen.

#### Heiligendamm als Anfangspunkt für weltweite Klimabewegung?

Wir werden in den nächsten Jahren viel Druck erzeugen müssen, durch starke Umweltbewegungen, weltweite soziale Kämpfe und wohl leider auch als Folge von schon jetzt abzusehenden Umweltkatastrophen, um die gesellschaftlichen und politischen Kräfte in Bewegung zu setzen, die nötig sind um die Klimakatastrophe abzuwenden und Klimagerechtigkeit zu erreichen. Mit den Protesten und Aktivitäten um den Gipfel in Heiligendamm ist ein neuer Anfangspunkt gesetzt worden. Aber an gangbaren Alternativen zum „business as usual“ der G8 muss in der internationalen Zivilgesellschaft noch intensiv gearbeitet werden. ■

#### • Weitere Informationen

Forum Umwelt und Entwicklung, G8-Projektbeauftragte Mona Bricke, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 923993-51, Fax-56  
eMail: mona@forumue.de  
www.g8-germany.info  
www.forumue.de

Abschlussklärung des G8-Gipfels (englisch; PDF, 38 S., 220 kB):  
www.g-8.de/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/2007-06-07-gipfeldokument-wirtschaft-eng.property=publicationFile.pdf

## Dokumentation Zitate zum G8-Gipfel

### BUND

Gerhard Timm, BUND-Geschäftsführer: „Am Klimaproblem gemessen ist das Ergebnis überaus mager. Die Absichtserklärung zur Halbierung der Treibhausgase bis 2050 begrüßen wir jedoch. Jetzt müssen völkerrechtlich verbindliche Ziele her. Das richtige Forum für mehr Klimaschutz ist die entschlossene Fortsetzung des Kyoto-Prozesses im Rahmen der Vereinten Nationen. Das zumindest konnte Kanzlerin Merkel gegen George W. Bush durchsetzen.“

Quelle: www.bund.net, 07.06.2007

### NABU

Der Naturschutzbund zeigt sich enttäuscht vom Ergebnis in Heiligendamm. „Das Klassenziel für den G8-Gipfel ist klar verfehlt worden“, sagte Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Es sei „nett“, dass auch Kanada und die Vereinigten Staaten eine Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2050 „ernsthaft in Betracht ziehen“ wollten. Erforderlich seien dafür aber eine Reduzierung um 80 % in den Industrienationen und verbindliche Zwischenziele. „Der Gipfel läuft Gefahr, sich in bedeutungslosen Absichtserklärungen zu verlieren,“ so Miller.

Quelle: www.nabu.de/modules/pressteservice/?show=912

### WWF

Die Einigung der G8-Staaten auf einen Kompromiss zum Klimaschutz ist für den WWF ein Lichtblick. „Kanzlerin Angela Merkel hat zweifellos gute Überzeugungsarbeit geleistet“, erkennt Eberhard Brandes, Geschäftsführer des WWF Deutschland, an. Insbesondere die Fortsetzung der internationalen Klimaverhandlungen unter dem Dach der UN sei ein großer Fortschritt. Die Verhandlungen über den Klimaschutz nach 2012 sollen in diesem Jahr starten und bis 2009 abgeschlossen werden. Durch das konkrete Datum für den Abschluss der Verhandlungen bekomme der Prozess mehr Verbindlichkeit. „Was der Kompromiss von Heiligendamm wert ist, wird sich spätestens beim nächsten Klimagipfel auf Bali zeigen“, so Brandes. Die Regierungschefs hätten sich dem Ziel, den Ausstoß an Treibhausgasen bis 2050 zu halbieren, zumindest angenähert. „Leider konnte man sich nicht auf das Basisjahr 1990 festlegen“, kritisiert der WWF. Hier müsse noch nachgebessert werden. Zu-

dem fehle eine verbindliche Zusage, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen unter zwei Grad zu begrenzen. Begrüßenswert findet der WWF hingegen, dass die Führungsrolle der Industrieländer beim Klimaschutz festgeschrieben worden sei.

Quelle: www.wwf.de/presse/details/news/zwischenhoch\_in\_heiligendamm

### Greenpeace

„Die Chance zu einem echten Fortschritt war da und ist vertan worden“, sagte Greenpeace-Klimaexperte Tobias Münchmeyer zur Abschlussdeklaration des G8-Gipfels. Dass die G8-Staaten eine Halbierung der Kohlendioxidemissionen bis 2050 „ernsthaft in Betracht ziehen“ wollen, kommentierte Münchmeyer so: „Die G8 hätten mit ehrgeizigen Verpflichtungen zeigen können, dass sie in der Lage sind, Verantwortung und Vorreiterschaft zu übernehmen. Die G8 haben versagt.“

Quelle: www.greenpeace.de/themen/klima/nachrichten/artikel/die\_g8\_haben\_versagt

### Sigmar Gabriel, Bundesumweltminister

„Die Einigung der wichtigsten Industriestaaten ist ein richtungweisendes Signal für die Stärkung der Klimapolitik im Rahmen der Vereinten Nationen“, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Es sei ein großer Erfolg, dass nunmehr auch die USA den UN-Prozess eindeutig als das zentrale Forum anerkennen würden, um zukünftige Klimaschutzmaßnahmen zu verabreden. Der Minister erkennt auch an, dass die G8 vereinbart zusammen mit anderen Hauptverschmutzern bis Ende 2008 einen konkreten Beitrag für den UN-Prozess erarbeiten wollen. „Sie übernehmen damit eine Führungsrolle“, so Gabriel. Die große Herausforderung sei es nun, diese Vereinbarungen mit konkreten und anspruchsvollen Maßnahmen zu unterlegen: „Bali wird die Nagelprobe auf die Ernsthaftigkeit der Vereinbarungen in Heiligendamm. Dort gilt es, umfassende Verhandlungen über ein verbindliches Rahmenwerk für die Zeit nach 2012 aufzunehmen. Anders ist der G8-Fahrplan nicht einzuhalten.“ (tf)

Quelle:  
www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle\_pressemitteilungen/pm/39497.php

## Gastbeitrag Der Brundtland-Bericht: Zwanzig Jahre danach

Von Dr. Volker Hauff<sup>1</sup>

### Auszüge der Rede auf der Konferenz „European Sustainability Berlin 07“

Dieser Beitrag gibt Auszüge einer Rede wieder, die Dr. Volker Hauff auf der Konferenz „European Sustainability Berlin 07“ (ESB07) am 4. Juni in Berlin hielt. Im Vorfeld des G 8-Gipfels trafen sich auf der ESB07 europäische Nachhaltigkeitsexperten aus Politik und Verwaltung, um über die Umsetzung der gemeinsamen europäischen Nachhaltigkeitsstrategie zu diskutieren. Die ESB07 setzte die Tradition der bisher von den EU-Ratspräsidenten veranstalteten Nachhaltigkeitskonferenzen fort.

### Kernbotschaften auch nach 20 Jahren vom politischen Mainstream ignoriert

Diese Konferenz findet in einem besonderen Augenblick statt: 20 Jahre nach der Veröffentlichung des Brundtland-Berichtes; im Zuge des Stern-Reports und der jüngsten IPCC-Befunde; am Vorabend des G8-Gipfels und der folgenden Verhandlungen für ein Kyoto-Folgeabkommen. All das sind Meilensteine einer Übergangsperiode, in der wir uns befinden, wobei sich in den letzten 20 Jahren bereits eine ganze Menge Dinge geändert haben. Deshalb lade ich Sie ein, weiterhin Gebrauch von einem Bericht zu machen, der vor 20 Jahren veröffentlicht wurde: Noch immer fordern die Kernbotschaften des Brundtland-Berichtes die Ignoranz und Unangemessenheit des politischen Mainstream heraus. (...)

### Umwelt und Entwicklung blockieren sich noch immer

Der Brundtland-Bericht entstand, als das Bewusstsein von Umwelt einerseits, Entwicklung andererseits rasch anwuchs.

<sup>1</sup> Dr. Volker Hauff ist Vorsitzender des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung, dessen Mitglieder von Angela Merkel im Juni neu oder erneut berufen wurden. Er war Forschungs- und Verkehrsminister im Kabinett Schmidt und später Mitglied der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, nach ihrer Vorsitzenden als Brundtland-Kommission bekannt. Diese hatte im Juni 1987 der Generalversammlung der Vereinten Nationen ihren Bericht vorgelegt, der unter anderem das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung politisch definierte.

Aber noch heute, 20 Jahre später, gibt es Spannungen, Kontroversen und Blockaden zwischen Umwelt und Entwicklung. Sie werden anhalten, solange wir die Idee der Nachhaltigkeit nicht ernst nehmen. (...)

Neu war damals die Idee der Gerechtigkeit zwischen Generationen. Neu war die Idee, ein gemeinsames Verständnis von langfristigen Zielen für das menschliche Leben auf Erden entwickeln zu müssen. Neu war die Idee, kollektive Handlungsfähigkeit durch neue Instrumente des Regierens herzustellen. Neu war auch die Entschiedenheit, mit der wir „leadership“ und das Schmieden neuer Bündnisse einforderten.

Unter anhaltenden Rahmenbedingungen ist all das auch heute noch eine Herausforderung:

- Wir überschreiten die langfristige Tragfähigkeit der Einen Welt, die wir teilen. Wir müssen daher unseren Gebrauch natürlicher Ressourcen anpassen.
- Die Mehrheit der Weltbevölkerung hat nur einen geringen Anteil an dieser Übernutzung von Ressourcen. Wir müssen daher die ungleiche Chancen- und Wohlstandsverteilung in Angriff nehmen.
- Der politische Mainstream ist immer noch auf administrative Ordnungs- und Kontrollansätze fixiert. Es wird aber keine Nachhaltigkeitspolitik geben, wenn wir nicht über diese Reduktion hinausgehen und neue Wege finden, Zivilgesellschaft und Wirtschaft einzubeziehen. (...)

### Heute noch gültige Schlüsselbereiche

Der Brundtland-Bericht bietet eine noch heute belastbare Grundlage. Um sechs Schlüsselbereiche zu nennen:

1. **Konfliktvorsorge:** Der Bericht unterschätzt keineswegs das Thema der Weiterverbreitung von Atomwaffen. Doch die Situation ist seitdem noch schlimmer geworden. Wahrscheinlich ist die Verbreitung des Gebrauchs nuklearer Waffensysteme bereits außer Kontrolle. Prinzipiell ist Waffenhandel das eine singuläre Problem mit den stärksten entwicklungshemmenden Auswirkungen.
2. **Armut:** Die Millennium Development Goals (MDG) sind ein bemerkenswerter Erfolg. Es gibt Fortschritte in vielen Teilen der Welt. Aber es ist klar: Mit einem „Weiter so“ werden wir die Anforderungen der MDG nicht erfüllen können.
3. **Wachstum:** Wir meinten, dass Wachstum mit Auswahl zu tun habe, mit Qualität, und das heißt: mit Nachhaltigkeit. Doch

bis heute hat man nicht verstanden, dass Umweltschädigung und Abhängigkeit von endlichen Ressourcen heißt: Anti-Wachstums-Politik. (...)

4. **Energie und Klima:** 1987 verglichen wir den Klimawandel mit der Gefahr eines Atomkriegs. Wir wurden damals sehr dafür kritisiert. Heute wissen wir dass wir recht hatten. Die wissenschaftliche Klarheit ist heute überwältigend. (...)
5. **Ernährungssicherheit:** Schon vor zwanzig Jahren produzierte die Welt mehr Nahrung pro Kopf ihrer Bevölkerung als jemals zuvor. Dennoch ist heute die Ernährungssicherheit prekärer als damals. Den Ölpreismechanismus mit dem für Nahrung zu verbinden schafft ein neues Problem - das dringlichste Problem von Bioenergie-Strategien.
6. **Zersiedelung und Megacities:** Hier liegt eine Selbstgefährdung durch Ressourcenüberkonsum vor. In der internationalen Arena haben wir die Wichtigkeit des Boden-Themas unterschätzt. Wenn sich die Bodendegradation einmal in abnehmenden Zugang zu Ackerland umgesetzt hat, führt dies sehr wahrscheinlich zu Aggressionen. Die Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung hat zu schwach und ohne adäquate Regelungen begonnen.

Die folgenreichste Empfehlung unseres Berichts war aber die, eine internationale Konferenz einzuberufen. Dies startete den Rio-Prozess und stiftete ein neues Moment in der internationalen Politik. Wir erfuhren große Erwartungen und auch die Enttäuschungen im Rio-Folgeprozess. Viele Teilerfolge waren zu verzeichnen, von Kyoto bis Marrakesch. Die Welt nahm die Millennium Development Goals an. Johannesburg zeigte deutlich die Frustrationen wie auch den Unwillen zur Tat. (...)

### Europa muss Führungsmärkte schaffen

Die europäische Wirtschaft ist stark genug, den Weg nach vorne zu weisen, wenn sie die Verbindungen zu den Schwellenländern in Asien und Afrika und auch zu einigen regionalen Bestrebungen in den USA herstellt. Europäische Politiker sollten genug Selbstvertrauen aufbringen, eine weltweite kohlenstoffarme Wirtschaft in Gang zu bringen. Europa wird nur dann sein Ziel erreichen, die wettbewerbsfähigste wissensbasierte Wirtschaft weltweit zu sein, wenn es aktiv die Standards setzt. (...) Europa kann es sich nicht länger leisten, auf globale Abkommen zu warten. In Deutschland wissen wir, wie man aus

Nachhaltigkeit einen „business case“, ein ökonomisches Szenario macht. Nehmen Sie das Beispiel der Erneuerbaren Energien. Um einen Führungsmarkt für innovative Technologien zu öffnen, dürfen wir nicht auf weltweite Angleichung warten. Sondern wir müssen regulativen Wettbewerb nutzen, um Führungsmärkte zu schaffen.

### **Nachhaltigkeitsstrategien: Schlüssel zur Überwindung der Klimakrise**

Globalisierung macht nationale Politik nicht überflüssig. Nationale Vorreiterschaft zahlt sich international aus. Der Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-emissionsarmen Gesellschaft benötigt langfristig stabile Politikrahmen auf nationaler Ebene. Dafür genau sind Nachhaltigkeitsstrategien da. Dafür brauchen wir umfassende Management-Instrumente und neues politisches Denken. Nachhaltigkeitsstrategien sind der Schlüssel, um die Klimakrise zu überwinden. (...)

### **Management-Ansatz wesentlich für Nachhaltigkeitsstrategien**

In der Vergangenheit haben wir den Management-Aspekt von Nachhaltigkeit unterschätzt. Das war ein Fehler. Der Management-Ansatz ist der wesentliche Punkt von Nachhaltigkeitsstrategien. Messung ist eine Voraussetzung von Management. (...) Und man braucht Managementfähigkeiten. Man wird sie umso mehr brauchen, je mehr man es mit komplexen Nachhaltigkeitsindikatoren, -zielen und -kriterien zu tun hat.

Seit dem Brundtland-Bericht ist viel auf diesem Gebiet geschehen. Ich sehe zwei sich herausbildende Management-Kulturen; eine im privaten, eine im öffentlichen Sektor. Im privaten Sektor haben Vorreiterunternehmen ihr Auftreten in Bezug auf Nachhaltigkeit und Unternehmensverantwortung verbessert. Wir sehen detaillierte Formen von Nachhaltigkeitsberichterstattung, Wertschöpfungskettenmanagement und unternehmerische Nachhaltigkeitsindizes. Wir sehen verbesserte Rating- und Ranking-Instrumente, um die Bemühungen in der Wirtschaftswelt zu messen. Gute Beispiele werden als Stimulus genutzt, um Lernprozesse zu organisieren. Im öffentlichen Sektor sind quantifizierte Ziele und Indikatoren, nationale Nachhaltigkeitsstrategien und Nachhaltigkeitsräte lohnende Management-Instrumente.

### **Privater Sektor ist dem öffentlichen voraus**

Meiner Einschätzung nach ist zurzeit mehr Bewegung im privaten als im öffentlichen Sektor. Trotz aller Begrenzungen, die ich deutlich sehe, und trotz aller legitimer Befürchtungen möglicher Bilanzkosmetik: der private Sektor ist meines Erachtens dem öffentlichen weit voraus. Es stimmt, es ist nur eine Minderheit der Unternehmen, die handelt. Aber am Ende wird es diese Minderheit sein, die die Maßstäbe setzt.

Diese beiden Kulturen haben kaum eine Verbindung. Aber das sollten sie. Wir sollten zukünftig versuchen, diese Instrumente zu bündeln und zu kombinieren. Die Integration sich vereinzelter Politiken ist Kern der Brundtland-Mission. In Schubladen zu denken ist die Grundlage des Scheiterns. Der Brundtland-Bericht wollte ein „Management der Gemeingüter“. (...)

Die Herausforderung liegt in der Erarbeitung und Diskussion von Nachhaltigkeitsstrategien. Dort wo sie existieren, müssen wir sie verbessern, und dort wo sie nicht existieren, müssen wir sie verlangen. Meiner Ansicht nach müssen diese Strategien zu einem Rahmen für einen integrativen Ansatz hin ausgebaut werden, der die Öffentlichkeit mit den wissenschaftlichen und den wirtschaftlichen communities verbindet. (...)

### **Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft**

Im Zentrum dessen sehe ich Stakeholder-Räte. Ich ermutige jeden Mitgliedstaat der Europäischen Union, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft in diese Gremien einzubeziehen. Es ist sehr wichtig, Plattformen für Netzwerke, Dialoge und Erfahrungsaustausch zur nachhaltigen Entwicklung zu schaffen. Ein Rat braucht auf der anderen Seite ein Gegenstück in der Verwaltung, mit leadership auf höchster Ebene. Und solch ein Rat darf nicht nur zur Regierung sprechen, sondern muss in der öffentlichen Debatte um Nachhaltige Entwicklung stehen. (...) Ich schätze die Initiative der Europäischen Kommission, Peer Reviews zu fördern. Dies könnte und sollte zu einer Erfahrung des Lernens voneinander führen. Peer Reviews können in diesem Sinn zur Innovation nationaler Strategien beitragen.

Meiner Erfahrung nach ist es eines der großen Geheimnisse der Politik, wie man politisches Handeln über viele Ebenen

hinweg auslöst. Wir brauchen den magischen Schlüssel, um die Türen zur langfristigen Transformation der Gesellschaft zu öffnen. Wir müssen Türen öffnen, damit die Wirtschaft Anreize erhält sich einzubringen. Die Erfahrungen der Nachhaltigkeitsräte lehren: Es ist unmöglich, die Aufmerksamkeit des privaten Sektors zu erreichen, wenn man nicht die Zivilgesellschaft gründlich und nachvollziehbar einbindet.

### **Leadership gefordert**

Der Schlüssel, um die Türen zu öffnen, ist leadership. Ein konstantes Problem von Nachhaltigkeitspolitik seit 20 Jahren. Und wenn wir das 20-jährige Jubiläum des Brundtland-Berichts begehen, bitte ich Sie, das Wort des großen Franzosen Jean Jaurès zu beherzigen: „Tradition ist nicht das Bewahren der Asche, sondern das Schüren der Flamme.“ ■

Übersetzung: Manuel Rivera

### **• Weitere Informationen**

Rat für Nachhaltige Entwicklung, Manuel Rivera, c/o WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin  
eMail: manuel.rivera@nachhaltigkeitsrat.de  
Tel. 030 / 25491-789, Fax -785  
www.nachhaltigkeitsrat.de

Vollständige Version dieser und anderer Reden und weiterer Materialien der Konferenz „European Sustainability Berlin 07“:  
www.nachhaltigkeitsrat.de/ESB07

## Gastbeitrag Leipziger Allerlei

Von Knut Unger, AG Habitat, Forum Umwelt und Entwicklung

### EU-Regionalminister drücken sich um Nachhaltigkeitswende

Am 24./25. Mai trafen sich in Leipzig die EU-Städtebau- und Regionalminister, um über eine besser abgestimmte europäische Raumordnungs- und Stadtentwicklungspolitik zu beraten. Beschlossen wurden eine „Territoriale Agenda der Europäischen Union“ und eine „Leipzig Charta“ zur nachhaltigen europäischen Stadt<sup>1</sup>. Glaubt man den vollmundigen Aussagen von Regierungsvertreter/innen in der Presse, war das informelle Ministertreffen ein Meilenstein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Nach Ansicht der AG Habitat in Forum Umwelt und Entwicklung ist das kaum mehr als leeres Getöse.

### Kritik der AG Habitat im Forum Umwelt und Entwicklung

Zu begrüßen ist sicherlich, dass die Raumwirksamkeit europäischer Direktiven und Förderprogramme stärker in den Blickpunkt gerät. Begrüßenswert sind auch Andeutungen einer stärkeren Orientierung der Strukturfonds auf soziale und nachhaltige Stadtentwicklungen. Diese Ansätze bilden für sich allein allerdings keine nachhaltige Strategie. Die stärksten Passagen in den Dokumenten geben Alltagsfloskeln aus dem deutschen Mainstream zur „Sozialen Stadt“ wieder. Ansonsten drücken sich die Dokumente um die entscheidenden Konflikte herum.

### Intention von territorialer Agenda und Leipzig Charta

Die „territoriale Agenda der Europäischen Union“ sollte die im EU-Verfassungsentwurf und der „Lissabon-Strategie“ festgelegte dritte Säule der EU-Integration - die „territoriale Kohäsion“ - zu einem eigenständigen Orientierungsrahmen der EU auf dem Weg zum „wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum“ der Welt weiterentwickeln. Die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ sollte Leitlinien einer integrierten Stadtentwicklung und Maßnahmen zur Vermeidung benachteiligter Stadtquartiere thematisieren (siehe S. 28).

<sup>1</sup> Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt (PDF, 7 S., 60 kB): [www.rgre.de/pdf/Leipzig\\_Charta.pdf](http://www.rgre.de/pdf/Leipzig_Charta.pdf)

### Kein Dialog mit der Zivilgesellschaft

Die AG Habitat im Forum und Entwicklung und andere Nichtregierungsorganisationen (NGO) hatten die für das Treffen vorbereiteten Dokumente im Vorfeld als unzureichend kritisiert. Mieter- und Bewohnerorganisationen beklagten das weitgehende Fehlen von Aussagen zur Wohnungspolitik oder zu den sozialen und demokratischen Rechten der Bewohner/innen. Kritisiert wurden auch ein schwammiger Begriff von „nachhaltiger Entwicklung“ und die Überbetonung von Fernverkehrsnetzen. Offen reagiert hat das zuständige Bauministerium darauf nicht. Ein Dialog mit der Zivilgesellschaft fand schlicht nicht statt.

Allerdings finden sich in den abschließend beschlossenen Dokumenten Spuren von Reaktionen auf die von den NGOs formulierten Anliegen. Zum Beispiel wird in der beschlossenen „Leipzig Charta“ erwähnt, dass eine „gut konzipierte Wohnraumpolitik“ ein „wirkungsvolles Instrument“ der sozialen Integration sein kann. Aufgenommen wurden auch Aussagen zugunsten des Fuß- und Radverkehrs und zur Energieeffizienz im Gebäudebestand. Die konkretesten Aussagen zu sozial-ökologischen Maßnahmen beziehen sich aber lediglich auf benachteiligte Projekt-Stadtteile. Die überarbeiteten Texte lassen ansonsten - vielleicht ist auch das schon eine Reaktion auf die Kritik - nur andeutungsweise erkennen, dass sich die Europäische Raum- und Stadtpolitik der immensen Herausforderungen des Klimawandels und der sozialen Desintegration bewusst ist.

### Fehlen konkreter Ziele oder europäischer Maßnahmenpakete

Konkrete Ziele oder gar europäische Maßnahmenpläne sucht man vergebens. Und bemerkenswerter Weise werden bei der wortreichen Forderung nach einer „integrierten Stadtentwicklung“ Adjektive wie „nachhaltig“, „umweltgerecht“ oder „partizipativ“ geflissentlich vermieden. Die „integrierte Stadtentwicklung“ der Leipzig Charta geht nicht aus von sozialen, ökologischen oder demokratischen Zielen, sie ordnet diese Ziele einem technokratischen Modell der wettbewerbsorientierter Governance unter. Damit schreibt sie fest, was wir in den deutschen Städten überall erleben: Unter Einbeziehung des privaten Sektors werden „Masterpläne“ für die wirtschaftliche Positionierung in der interkommunalen Konkurrenz erarbeitet, etwas ökologischer Anstrich und Reparatur verminderter Stadtteile inklusive.

### Lissabon-Strategie und nachhaltige Regionalentwicklung nicht vereinbar

Konsequenter Weise werden „Nachhaltigkeit“ und „Wirtschaftswachstum“ in den Dokumenten ständig in einem Atemzug genannt. „Nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ eben. Der Zielkonflikt von Umwelt- und Klimaschutz mit den Forderungen der Lissabon-Strategie wird mit allerhand Wortgeklingel übertüncht. Optimisten lesen das so: Die Lissabon-Strategie mit ihren wirtschaftliberalen Vorgaben hat sich in der Regionalpolitik der EU nicht durchgesetzt. Wenn dem so wäre, wäre zu fordern, dass sich die europäische Regionalentwicklung auch rhetorisch von den Schlagworten der Lissabon-Strategie verabschiedet.

### Zentrale Fragen nicht gestellt

Dies wäre jedenfalls Voraussetzung dafür, dass sich Europa den wirklichen Fragen einer nachhaltigen Regionalentwicklung stellt: Wie können die lokalen sozialen Bedürfnisse unter drastischer Verringerung des Umweltverbrauchs ohne Aufgabe der demokratischen lokalen Selbstverwaltung nachhaltig befriedigt werden? Und das unter rabiatischen Globalisierungsbedingungen? Das Leipzig-Treffen hat derartige Fragen nicht einmal gestellt.

Bei einer gut besuchten Veranstaltung am 21. Mai im Leipziger Volkshaus wurden grundsätzliche Fragen nicht vermieden. Eine Demonstration mit 450 Teilnehmern forderte wenige Tage später vom Ministertreffen eine „Stadt für alle - gegen Privatisierung, Ausgrenzung und Überwachung“. Eine europäische Bewegung ist das noch lange nicht. ■

### • Weitere Informationen

Knut Unger, Sprecher der AG Habitat im Forum Umwelt und Entwicklung, Schillerstr. 13, 58452 Witten  
Tel. 02302 / 392888  
eMail: [knut.unger@habitat-netz.de](mailto:knut.unger@habitat-netz.de)  
Schreiben der AG Habitat an Bauminister Tiefensee (PDF, 6 S., 80 kB): [www.forumue.de/fileadmin/userupload/positionspapiere/tiefensee\\_habitat\\_032007.pdf](http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/positionspapiere/tiefensee_habitat_032007.pdf)  
Informationen des Bauministeriums: [www.bmvbs.de/EU-Ratspraesidentschaft/Arbeitsprogramm/Bau-und-Stadtentwicklung-,2683.997045/Informelles-Ministertreffen-zu.htm](http://www.bmvbs.de/EU-Ratspraesidentschaft/Arbeitsprogramm/Bau-und-Stadtentwicklung-,2683.997045/Informelles-Ministertreffen-zu.htm)  
Weitere Diskussionsbeiträge: [www.habitants.de/de/schwerpunkte/europa](http://www.habitants.de/de/schwerpunkte/europa)

## Ökologische Industriepolitik

### EU-Umweltminister wollen Top-Runner für E-Geräte und teurere Zertifikate

Auf ihrem informellen Treffen vom 1.-3. Juni in Essen sprachen sich die EU-Umweltminister u. a. für eine Versteigerung der Zertifikate im EU-Emissionshandel sowie für ein europäisches Top-Runner-Modell zur Reduzierung des Energieverbrauchs von Elektrogeräten aus. Beim Top-Runner-Modell wird das jeweils effizienteste Produkt zum Standard erklärt. Damit einigten sich die Minister erstmals auf einige präzise Forderungen im Rahmen des bisher unklar gebliebenen Begriffs der „ökologischen Industriepolitik“. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hatte das Thema auf die Agenda des Treffens gesetzt. Nach seiner Ansicht ist eine „dritte industrielle Revolution“ nötig, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen.

Die Minister waren sich einig, dass Umwelttechnologien heute bereits eine wichtige Rolle spielen, die Bedeutung aber in Zukunft noch stark anwachsen werde. So sei eine konsequente ökologische Industriepolitik unerlässlich, um die Ziele der Lisbon-Strategie - Wachstum und Beschäftigung - zu erreichen. Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte zwar Top-Runner-Prinzip und Zertifikateversteigerung, kritisierte aber, dass ansonsten wenig konkrete Politikvorschläge diskutiert wurden. Beschlüsse wurden auf diesem informellen Ratstreffen nicht gefasst.

Während des Treffens forderte die Initiative Campact mit einer „Eis-Aktion“ die Umweltminister zu entschiedenem Klimaschutz auf. Dabei präsentierte Campact eine drei Meter hohe Wand aus eingefrorenen Unterschriften und überreichte einen Klima-Appell an Sigmar Gabriel. Im Rahmenprogramm, der so genannten Ecotech-Messe präsentierten zahlreiche Unternehmen ihre Produkte und Technologien, die im weiteren Sinne einer ökologischen Industriepolitik zugerechnet werden können. (ms) ■

### • Weitere Informationen

Schlussfolgerungen des informellen Umweltministertreffens (PDF, 5 S., 150 kB):  
[www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/conclusions\\_end\\_d.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/conclusions_end_d.pdf)

Eis-Aktion von Campact:  
[www.campact.de/klima/aktionsblog](http://www.campact.de/klima/aktionsblog)

## Neue Leitlinien für die strategische Umweltprüfung

### Grenzüberschreitende Regelungen sollen nachhaltiger entwickelt werden

Leitlinien zur optimalen Anwendung der strategischen Umweltprüfung (SUP, engl. SEA)<sup>1</sup> bei Programmen der territorialen Zusammenarbeit sind Ende Mai auf der Schlusskonferenz des Projekts TRANSEA<sup>2</sup> verabschiedet worden. Das TRANSEA-Projekt überprüfte in den letzten zwei Jahren die Erfahrung einzelner Mitgliedstaaten bei der Anwendung der SUP-Richtlinie, um Leitlinien für das optimale Verfahren bei der Anwendung in der territorialen Zusammenarbeit zu entwickeln. Bis auf Portugal, Luxemburg und Finnland haben alle Mitgliedstaaten mittlerweile die SUP-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt. Bisher sind jedoch die Erfahrungen mit der Umsetzung begrenzt. Darüber hinaus sollten durch das TRANSEA-Projekt die Vorgehensweisen der Mitgliedstaaten harmonisiert werden. Die Leitlinien ergänzen bestehende Ratschläge der EU-Kommission, den Vorstoß zu „grüneren“ Regionalentwicklungsprogrammen und verschiedene nationale und sektorspezifische Leitlinien.

### Förderung nachhaltiger Entwicklung auch in Drittländern

Seit Jahresanfang setzen die meisten Kohäsionsprogramme die Durchführung von strategischer Umweltprüfung voraus. Da territoriale Kooperationsprogramme auch Drittländer außerhalb der EU einbeziehen können, fördert die Einbeziehung der strategischen Umweltprüfung in diese Programme eine nachhaltige Entwicklung auch außerhalb der Grenzen der EU. (bv) ■

### • Weitere Informationen

[www.transea-eu.org](http://www.transea-eu.org)  
 Weitere Quelle: Ends Europe Daily  
 25.05.07

1 Strategic Environmental Assessment (SEA). Die strategische Umweltprüfung oder „Plan-Umweltprüfung“ - missverständlich auch Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung oder Plan-UVP genannt - ist ein durch eine europäische Richtlinie (2001/42/EG) vorgesehene systematisches Prüfungsverfahren, mit dem die Umweltaspekte bei strategischen Planungen und dem Entwurf von Programmen untersucht werden.

2 Strategic Environmental Assessment application at transnational level to the Interreg Programmes and Projects.

## Finanzierung von IMPEL aus dem LIFE-Programm?

### EU-Kommission will IMPEL-Verwaltungskosten auf LIFE+ schieben

Das „European Union Network for the Implementation and Enforcement of Environmental Law“ (IMPEL)<sup>3</sup> könnte eine rechtlich unabhängige Dienststelle werden und damit berechtigt sein, Gelder aus dem LIFE+-Programm zu erhalten. Dies wurde von der EU-Kommission vorgeschlagen und auf der IMPEL-Vollversammlung Anfang Juni in Berlin diskutiert.

Die Diskussion über die Zukunft von IMPEL begann, nachdem die Kommission signalisiert hatte, nicht länger für das Sekretariat des Netzwerks zuständig sein zu wollen, und vorschlug, die Finanzierung aus dem LIFE+-Budget anstatt aus dem Kommissionshaushalt zu garantieren. Der Informationsdienst ENDS Europe Daily mutmaßte, die Haltung der Kommission sei eher auf verwaltungstechnische als auf politische Erwägungen zurückzuführen.

### Formelle Einigung auf nächster IMPEL-Vollversammlung erwartet

Momentan wird die Finanzierung zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten aufgeteilt. IMPEL stimmt prinzipiell dem Vorschlag zu, sofern gewährleistet ist, dass ausreichend Gelder durch LIFE+ bereitgestellt werden, um das finanzielle Loch, das durch den Rückzug der Kommission entsteht, auszugleichen. Eine formelle Einigung wird auf der nächsten IMPEL-Vollversammlung Ende des Jahres erwartet. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Offizielle IMPEL-Website:  
[www.ec.europa.eu/environment/impel](http://www.ec.europa.eu/environment/impel)  
 Quelle: ENDS Europe Daily, 05.06.2007

3 Das European Union Network for the Implementation and Enforcement of Environmental Law (IMPEL) überwacht vor allem die technische Umsetzung der Europäischen Umweltgesetzgebung. Vertreter nationaler Behörden und der Kommission entwickeln Konzepte für die praktische Durchsetzung von Maßnahmen und Gesetzen und tauschen Erfahrungen darüber aus. IMPEL erstellt z. B. Leitlinien für die technische Umsetzung von Umweltstandards, Kriterien für Inspektionen und Austauschprogramme für Inspektoren (Quelle: Umweltlexikon). Siehe auch EUR Sonderheft 11/12.06, S. 20ff, [www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0611-12-sh.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0611-12-sh.pdf)

## Portugal übernimmt Vorsitz der EU bis Jahresende

### Schwerpunkte des Programms für 1. Juli bis 31. Dezember 2007

Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember hat die portugiesische Regierung die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union inne. Sie löst damit die deutsche Bundesregierung ab. Im Politikfeld Umwelt hat sich die Portugiesische Präsidentschaft die folgenden Schwerpunkte gesetzt:

#### Wasserknappheit und Dürren

Besondere Bedeutung soll dem Thema Dürren und Wasserknappheit zukommen. Südwesteuropa leidet heute noch unter den Folgen der extremen Trockenheit des Jahres 2005, die hunderttausende Hektar Wald vernichtete und mehrere Dutzend Menschen das Leben kostete. Insbesondere der informelle Umweltministerrat im September soll sich diesem Thema widmen, möglicherweise soll auf dem Umweltministerrat im Dezember eine „Dürre-Strategie“ beschlossen werden.

#### Klimawandel

Das zweite zentrale Thema, den Klimawandel, sehen die Portugiesen im Zusammenhang mit Dürrekatastrophen, die nach derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen durch die globale Erwärmung auf der iberischen Halbinsel deutlich häufiger und schwerer werden. Auch fällt die Weltklimakonferenz in Bali im November in die portugiesische Amtszeit, bei der sich die Vertragsstaaten auf ein Verhandlungsmandat für das Folgeabkommen des Kyoto-Protokolls einigen wollen. Hier wird Portugal die Delegation der Europäischen Union anführen. Außerdem stehen einige Richtlinienentwürfe oder -überarbeitungen im Rahmen der europäischen Energiepolitik auf der Agenda.

#### „Business and Biodiversity“

Mit dem dritten Schwerpunkt, dem Zusammenhang des Schutzes der biologischen Vielfalt und wirtschaftlichen Aktivitäten („business & biodiversity“), greift Portugal eine Initiative der 8. Vertragsstaatenkonvention der Biodiversitätskonvention (CBD) aus dem Jahr 2006 auf. Ziel ist es, die Bedeutung der Biodiversität für die Wirtschaft deutlich zu machen, das Engagement von Unternehmen zu stärken und eventuell freiwillige Standards für Kooperationen zu vereinbaren. Im November wird es in Lissabon eine internationale Konferenz zu diesem Thema geben.

Im Rahmen der laufenden Gesetzgebungsprozesse der EU kommt darüber hinaus eine Reihe von Aufgaben auf die portugiesische Ratspräsidentschaft zu. So stehen Themen wie Luftqualität, Meeresstrategie, Überprüfung des Emissionshandels, Bodenschutzstrategie oder die Begrenzung von CO<sub>2</sub>-Emissionen von Pkw auf der Agenda.

Das Programm, Termine und sonstige Hinweise finden sich auf der offiziellen Webseite der portugiesischen Präsidentschaft. (ms) ■

#### • Weitere Informationen

Portugiesische EU-Ratspräsidentschaft, offizielle Internetseite: [www.eu2007.pt](http://www.eu2007.pt)

## Newsticker

### EU liberalisiert Verpackungsgrößen und Holzqualität

EU-Parlament und Ministerrat (Wettbewerb) haben Ende Mai beschlossen, zwei Richtlinien aus den 1960er und 1970er Jahren, die als überflüssig erachtet wurden, außer Kraft zu setzen. Es handelt sich um detaillierte Vorschriften zu Größe und Form von Verpackungen sowie zur Qualität von Holzprodukten. Damit erfüllen die Institutionen erstmals die Ziele der so genannten „Better-Regulation-Initiative“, die darauf abzielt, unnötige bürokratische Vorschriften abzuschaffen. Die EU will den Verwaltungsaufwand für Unternehmen bis zum Jahr 2012 um 25 Prozent reduzieren. (ms) [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/07/688)

### OECD-Umweltprüfbericht für die Schweiz

Die OECD hat ihren „Umweltprüfbericht“ für die Schweiz vorgelegt. Darin werden die Aktivitäten und Fortschritte im Umweltbereich seit dem letzten Bericht von 1998 untersucht. Außerdem werden in den Bereichen Stärkung der Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen, Luft, Lärm, Wasser, Natur, Landschaft und Biodiversität, bei der Integration von wirtschaftlichen und umweltpolitischen Belangen, in der Landwirtschaft, bei der Integration von ökologischen und gesellschaftlichen Entscheidungen sowie in der internationalen Zusammenarbeit Empfehlungen gegeben. Die Umweltprüfberichte werden für jedes OECD-Mitgliedsland erstellt. Zurzeit läuft die zweite Runde der Überprüfungen (24 von 32 Berichten sind bereits veröffentlicht). (jg) ■

Quelle:

[www.oecd.org/document/6/0,2340,en\\_2649\\_37465\\_38525446\\_1\\_1\\_1\\_37465,00.html](http://www.oecd.org/document/6/0,2340,en_2649_37465_38525446_1_1_1_37465,00.html)



## Schiffsabwrackung: Grünbuch der EU und IMO-Konvention

### Umweltkommissar Dimas will unhaltbare Zustände ändern

Die EU-Kommission hat im Mai ein Grünbuch über die Abwrackung von Schiffen vorgelegt. Gleichzeitig ruft sie in einer Konsultation dazu auf, die Vorschläge zu kommentieren. Mit dem Grünbuch möchte die Kommission den Anstoß für eine Strategiediskussion geben, wie die derzeitigen "gefährlichen und umweltschädlichen"

Methoden der Schiffsabwrackung verbessert werden können. Momentan werden die meisten Schiffe in asiatischen Staaten unter extrem gesundheits- und umweltschädlichen, teilweise lebensgefährlichen Bedingungen durchgeführt. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas spricht von jährlich hunderten Toten und unzähligen Verletzten. Eigentlich liegt die Zuständigkeit für entsprechende Regelungen bei der Internationalen Seefahrtsorganisation (IMO), die aber bei der konkreten Ausgestaltung eines Abkommens nicht vorankommt. Daher müsse die EU zunächst regional Maßnahmen ergreifen, so Dimas. Immerhin führe ein Drittel aller Schiffe weltweit unter europäischen Flaggen.

### Konsultation: Grünbuch-Kommentare erbeten bis 30. September

► Eine wesentliche Anregung des Grünbuchs ist ein Abwrackungs-Fonds, in den die Schifffahrtsindustrie - freiwillig oder verpflichtend - einzahlt. Aus diesem Topf könnten entsprechende Maßnahmen und Aktivitäten finanziert werden. Langfristig solle die EU auf eine internationale Konvention für das Recycling von Schiffen abzielen, so der Vorschlag der Kommission. Die Konsultation läuft bis zum 30. September 2007. Ein Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen hat das Grünbuch begrüßt und die Kommission aufgefordert, dessen Ziele möglichst rasch zu verwirklichen.

### Internationale Regelung beschlossen, Unterzeichnung läuft

Auf einer fünftägigen Konferenz im Mai in der kenianischen Hauptstadt Nairobi ist eine neue internationale Regelung zur Schiffsabwrackung beschlossen worden. Die „Nairobi-Konvention für die Abwrackung von Schiffen“ wurde unter der Schirmherrschaft der Internationalen Schifffahrtsorganisation IMO abgeschlossen und soll gesetzlich regeln, wie künftig mit Wracks verfahren werden soll. Dabei

geht es um eine Erfassung von Schiffen und Schiffswracks, das Warnen des nächsten Küstenstaats und das Entfernen von Schiffswracks mit möglicherweise gefährlichen Inhaltsstoffen aus dem Meer. Außerdem wird geregelt, wann und wo das Verursacherprinzip greift und wie Rechtsstreitigkeiten zu klären sind. Die Konvention muss jetzt von den IMO-Mitgliedstaaten unterzeichnet werden, die Frist dafür läuft vom 19.11.2007 bis 18.11.2008. Sie tritt in Kraft, wenn mindestens zehn Staaten unterschrieben und ratifiziert haben. (ms, jg) ■

### • Weitere Informationen

EU-Kommission, Generaldirektion Umwelt, Unit G.4, B-1049 Brüssel  
eMail: [ship-dismantling@ec.europa.eu](mailto:ship-dismantling@ec.europa.eu)

Informationen zur Konsultation:  
[www.ec.europa.eu/environment/waste/ships/](http://www.ec.europa.eu/environment/waste/ships/)

Pressemeldung NGO-Plattform:  
[www.transportenvironment.org/Article409.html](http://www.transportenvironment.org/Article409.html)

Nairobi-Konvention:  
[www.imo.org/Newsroom/mainframe.asp?topic\\_id=1472&doc\\_id=8070](http://www.imo.org/Newsroom/mainframe.asp?topic_id=1472&doc_id=8070)

## High Level Group verlangt neue EU-Produktpolitik

### Industrie soll sich auf kommende „low carbon economy“ vorbereiten

Die Europäische Union soll ihre Produktpolitik unter Umwelt- und Effizienzgesichtspunkten überarbeiten und den Blick auf die Schaffung von Zukunftsmärkten für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen richten. Das fordert der am 11. Juni veröffentlichte neuste Bericht<sup>1</sup> der „Hochrangigen EU-Expertengruppe für Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt“<sup>2</sup>. Dies seien zentrale Rahmenbedingungen, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auf dem zukünftigen Niedrig-Emissions-Markt („low carbon economy“) zu erhalten und die Nachhaltigkeit der Ressourcenpolitik zu verbessern.

### EU-Experten fordern Einführung ehrgeiziger Umweltstandards

Zu den notwendigen Maßnahmen gehören neben internationalen Klimaabsprachen die Einführung von Mindest-Umweltstandards für Produkte nach dem Vorbild der Öko-Design-Richtlinie für energieverbrauchende Produkte, die Entwicklung von ehrgeizigen freiwilligen „Leitstandards“, EU-Standards für ein „grünes öffentliches Beschaffungswesen“, bindende Emissionsgrenzen für die Industrie, Verbrauchersiegel für nachhaltige Produkte und die Einführung einheitlicher Förderungsmechanismen für erneuerbare Energien. (tf) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Unternehmen und Industrie, B-1049 Brüssel  
Fax 0032 2 / 2991925  
eMail: [entr-hlg-cee@ec.europa.eu](mailto:entr-hlg-cee@ec.europa.eu)

Vollständiger Bericht:  
[www.ec.europa.eu/enterprise/environment/hlg/hlg\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/enterprise/environment/hlg/hlg_en.htm)

<sup>1</sup> Nach Empfehlungen zu den Themen Treibhausgasreduktionen, Energieeffizienz und energieintensiver Industrie ist dies der vierte Bericht. Ein Bericht zu internationalen Klimaverhandlungen und einer zu besserer Rechtsetzung und Wettbewerbsfähigkeit stehen noch aus.

<sup>2</sup> Die EU-Expertengruppe („High Level Group“) für Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt wurde am 28.2.2006 für zwei Jahre einberufen, um Vorschläge für eine bessere Ausgewogenheit der EU-Politik zwischen Ökonomie, Energie- und Umweltpolitik zu erarbeiten.

## Abfallaufkommen der Kommunen wird zunehmen

### EU-Expertenprognose: 25 Prozent mehr Müll bis 2020

Das kommunale Abfallaufkommen in der EU wird bis zum Jahr 2020 voraussichtlich um 25 % steigen. Dies ist das Ergebnis einer Studie des „European Topic Centre on Resource and Waste Management“ (ETC/RWM). Das Zentrum für Ressourcen- und Abfallmanagement prognostiziert für die alten EU-15-Staaten dabei Steigerungen zwischen 12 und 33 Prozent und für die neuen EU-25-Staaten (ohne Bulgarien und Rumänien) bis 50 % - wobei auf diese Staaten nur 10 % des gesamten EU-Abfallaufkommens entfällt. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass trotz dieses Anstiegs eine relative Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstums und Abfallaufkommen stattfinden werde, da die Bruttoinlandsprodukt-Steigerung in der EU bis 2020 auf 35 % in den alten und 75 % in den neuen EU-Staaten geschätzt wird.

### Positive Wirkungen der EU-Richtlinien

Für die Studie wurde die Art der Müllentsorgung zwischen 1994 und 2004 ermittelt. Demnach nahm Mülldeponierung um knapp 20 % auf 45 % ab, Müllverbrennung stieg von 15 % auf 18 %. Recycling und andere nachhaltige Müllverwertungen stiegen um 16 %, was auf das Greifen der verschiedenen EU-Richtlinien in diesem Bereich (Verpackung und Verpackungsabfall, Abfalldeponien etc.) zurückzuführen sei. Da geschätzt wird, dass diese Trends bis zum Jahr 2020 bestehen bleiben, würden auch die Treibhausgasemissionen entsprechend bei der Müllverbrennung steigen und bei Deponien sinken. Die darüber hinaus gehenden abfallbedingten Treibhausgase würden nach den Hochrechnungen erst ansteigen und sich etwa im Jahr 2020 stabilisieren (tf, jg) ■

### • Weitere Informationen

ETC/RWM, Højbro Plads 4, Mezzaninen,  
1200 Kopenhagen K, Dänemark  
Tel. 0045 / 33927690  
Fax 0045 / 33322227  
eMail: [etc@etc.mim.dk](mailto:etc@etc.mim.dk)  
[www.waste.eionet.europa.eu](http://www.waste.eionet.europa.eu)

ETC/RWM-Studie (Download, 800 kB):  
[www.waste.eionet.europa.eu/  
publications/Working%20paper](http://www.waste.eionet.europa.eu/publications/Working%20paper)

## Newsticker

### Recycling-Verband: EU braucht einheitliche Abfallvermeidungspolitik

Der Verband von lokalen Behörden für Recycling ACR+ hat Ende Mai eine Studie veröffentlicht, die regionale Strategien zur Müllvermeidung untersucht. Die Müllvermeidungspolitik in sieben Regionen wurde analysiert. Fazit: Alle Vermeidungsstrategien behandeln mehr oder weniger die gleichen Abfallbereiche, aber der Erfolg ist aufgrund der verschiedenen Ansätze unterschiedlich groß. ACR+ empfiehlt die Durchsetzung von einheitlichen Abfallvermeidungszielen für organische Abfälle, Papiermüll und Verpackungen. Um erfolgreich zu sein, müssten Abfallpolitiken auf allen Ebenen - einschließlich der europäischen - vereinheitlicht werden. ACR+ kritisiert außerdem die schwache Rolle von Abfallvermeidungsmaßnahmen in der laufenden Überprüfung der Abfallrahmenrichtlinie der EU. Die Ziele seien zu allgemein und es fehle eine klare rechtliche Definition. (jg)

Quellen: ENDS Europe Daily 01.06.07  
[www.acrplus.org/index.asp?page=280](http://www.acrplus.org/index.asp?page=280)



## **Agrarminister beschließen EU-weites Ökosiegel**

**In EU-Bio muss 95 % Bio drin sein, 0,9 % Gentechnik werden erlaubt**  
Der EU-Agrarministerrat hat sich am 12. Juni auf die Neufassung der EU-Ökoverordnung geeinigt. Ein neues Bio-Siegel soll künftig EU-weite Mindeststandards für Ökoprodukte garantieren. Diese müssen zu mindestens 95 Prozent aus biologischer Erzeugung (nach dem schwächeren EU-Standard) stammen. Sie dürfen auch Spuren genmanipulierter Organismen enthalten. Den Grenzwert von 0,9 Prozent für gentechnisch veränderte Bestandteile kritisieren zahlreiche Umwelt- und Verbraucherorganisationen sowie Ökobauern und Erzeugerverbände. Bio-Anbauverbände erklärten, auch künftig keine genmanipulierten Stoffe in der Produktion zu verwenden. Die Verbraucher/innen in der EU lehnen mehrheitlich Gentechnik in Bioernährung ab.

Zwar dürfen die Erzeuger weiterhin ihre strengeren Siegel verwenden, befürchten aber Umsatzeinbußen durch zahlreiche Ausnahmemöglichkeiten auf dem europäischen Markt. Denn Produzenten mit niedrigeren Umweltstandards können kostengünstiger wirtschaften. Der größte deutsche Anbauverband Bioland nannte dies „Wettbewerbsverzerrung und Verbrauchertäuschung“.

### **EU-Kommission muss noch Details festlegen**

Das EU-Siegel soll bereits bestehende nationale Siegel ergänzen. So darf das bekannte sechseckige deutsche Logo weiter verwendet werden. EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel ist nun aufgefordert bis Ende des Jahres Vorschläge für die Umsetzung der Öko-Verordnung zu machen. Auch das EU-Logo, das eine grüne Ähre umgeben von EU-Sternen zeigt, soll bis dahin überarbeitet werden. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz  
Tel. 06131 / 23979-17, Fax -27  
eMail: [presse@bioland.de](mailto:presse@bioland.de)  
[www.bioland.de](http://www.bioland.de)

Pressemitteilung des EU-Ministerrats (PDF, 26 S., 600 kB):  
[www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/agricult/94600.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/94600.pdf)

## **BASF darf Gen-Kartoffel in Deutschland anbauen**

**BVL lässt genveränderte Sorte Amflora trotz Bedenken der EU-Kommission zu**  
Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat Ende Mai die Freisetzung der gentechnisch veränderten Kartoffelsorte „Amflora“ unter Sicherheitsauflagen genehmigt. Der Chemiekonzern BASF darf die Gen-Kartoffeln auf Flächen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg anbauen. Auf rund 155 Hektar darf das Unternehmen 2007 und 2008 bis zu 45.000 Knollen pro Hektar und Jahr freisetzen - obwohl noch offen ist, ob die Gen-Kartoffel nach EU-Vorgaben zugelassen werden darf. Zwar halten das BVL ebenso wie die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) Amflora für unbedenklich, doch meldeten Umwelt- und Gesundheitsexperten ernsthafte Zweifel an, ob die Pflanze Umwelt und Gesundheit tatsächlich nicht schadet.

### **Resistenzgene gegen Antibiotika sind nach EU-Richtlinie verboten**

Die EU-Kommission äußerte ebenfalls Bedenken gegen die kommerzielle Nutzung von Amflora. Mitte März beschloss die Kommission, ein weiteres Gutachten über die Risiken der Gen-Kartoffel in Auftrag zu geben. Die Knollen enthalten auch ein Gen, das sie gegenüber verschiedenen Antibiotika resistent machen soll, die von der Weltgesundheitsorganisation WHO und der EU-Arzneimittelagentur EMEA als wesentlich für die Behandlung von Menschen eingestuft und zunehmend als Notfallmedikamente eingesetzt werden, wenn andere Antibiotika versagen. Die Freisetzung von Resistenzgenen bedroht aber langfristig die Wirksamkeit dieser Medikamente. Außerdem ist dies nach der EU-Freisetzungsrichtlinie nicht erlaubt. Deshalb prüft EMEA derzeit, ob die Gen-Kartoffel nach EU-Recht angebaut werden darf. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), Bundesallee 50, 38116 Braunschweig  
Tel. 0531 / 21497-0, Fax -299  
eMail: [poststelle@bvl.bund.de](mailto:poststelle@bvl.bund.de)  
[www.bvl.bund.de](http://www.bvl.bund.de)

## **FAO: Biolandbau gut für Welternährung**

**Welternährungsorganisation: Staaten sollen Ökolandbau stärker fördern**  
Der Biolandbau trägt in ärmeren Ländern nachhaltig zur Qualität und Sicherheit der Ernährung bei. Das ist das Hauptergebnis einer Konferenz der Welternährungsorganisation (FAO) im Mai in Rom. Zusammen mit dem Schweizer Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) und weiteren Biolandbau- und Umweltorganisationen wurde dort über Ernährungssicherung und biologische Landwirtschaft diskutiert. Die FAO appellierte nach der Konferenz an die Regierungen, den Biolandbau stärker zu fördern als bisher.

### **Themen: Zugang zu Lebensmitteln, Nachhaltigkeit der Erzeugung**

Ökologische Landwirtschaft könne durch Aufbau und Bewahrung der Bodenfruchtbarkeit, durch vielfältigen Anbau und Förderung der Artenvielfalt die Versorgung mit Lebensmitteln nachhaltig sichern, sagten die Wissenschaftler. Positiv sei auch die gute Bodenstruktur, die eine bessere Speicherkapazität für Nährstoffe und Wasser biete. Außerdem trage der Ökolandbau durch eine bessere CO<sub>2</sub>-Bindung zum Klimaschutz bei.

Gegen den Hunger in Entwicklungsländern kann der Biolandbau laut FiBL eine wichtige Rolle einnehmen: Die umweltfreundliche Wirtschaftsweise spart Kosten wegen des geringeren Betriebsmitteleinsatzes und bietet mehr Beschäftigung in Produktion und Verarbeitung. Gleichzeitig kann biologischer Landbau zur nachhaltigen lokalen Versorgung mit Lebensmitteln beitragen und eröffnet auch kleineren Marktteilnehmern Exportmöglichkeiten. Allerdings fehle den Bauern teilweise das Fachwissen über nachhaltige Anbautechniken sowie der Zugang zu landwirtschaftlichen Rohstoffen wie Saatgut und Kompost. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL), Ackerstraße, Postfach, CH-5070 Frick  
Tel. 0041 62 / 8657-272, Fax -273  
eMail: [info.suisse@fibl.org](mailto:info.suisse@fibl.org)  
[www.fibl.org](http://www.fibl.org)

## Newsticker

### **EU-Agrarministerrat stimmt für schwächere Cross-Compliance-Regel**

Die Agrarminister der Europäischen Union haben Mitte Juni die Lockerung der so genannten Cross Compliance gebilligt. Diese Regelung sieht im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vor, dass der Erhalt von Agrarsubventionen an die Einhaltung von Mindeststandards im Umweltschutz gekoppelt ist. Der Ministerrat forderte die rasche Umsetzung eines Vorschlags ▼ der EU-Kommission vom Frühjahr, wonach die Cross-Compliance-Vorschrift „vereinfacht“ werden soll. Die Verordnungen, die die Standards für die Erhaltung von Ackerland „in einem umweltfreundlichen Zustand“ festlegen, müssten den „spezifischen Umständen“ im jeweiligen Mitgliedsland angepasst werden, so das Argument des Rates. (mbu)  
Quelle: Environment Daily, 11.06.2007

### **Britische Studie: Auskreuzung von Gen-Pollen stärker als bisher bekannt**

Eine Studie der Universität Exeter (Großbritannien) stellt die Koexistenz zwischen gentechnisch veränderten und herkömmlichen Pflanzen in Frage. Die Forscher fanden heraus, dass das Auskreuzungsrisiko von Gen-Pollen höher ist als bislang angenommen. Sie bezogen in ihre Untersuchungen erstmals auch Windrichtung und -geschwindigkeit als Faktoren für die Voraussage des Auskreuzungsrisikos mit ein. Ergebnis: Der Einfluss der Windrichtung für mögliche Kontaminationen durch Versuchsfelder mit Gen-Pflanzen wurde offenbar bislang nicht genügend berücksichtigt. Empfohlene Mindestdistanzen zwischen genmanipuliertem und konventionellen Feldfrüchten müssen nach Meinung der Autoren der Studie möglicherweise vergrößert werden. (mbu)

Die Studie:

[www.exeter.ac.uk/news/newscrop.shtml](http://www.exeter.ac.uk/news/newscrop.shtml)



## DNR-Projekt „Null Quecksilber“ angelaufen

Von Florian Noto, DNR

### Quecksilber in aller Munde?

Quecksilber - wer sich selten damit beschäftigt könnte meinen, dass die Probleme mit dem hochgiftigen Stoff spätestens in den 90er Jahren gelöst wurden. Damals wurden Fieberthermometer mit dem flüssigen Schwermetall gefüllt, damals war Amalgam „in aller Munde“ und Tunfisch wurde nicht nur wegen der Delfine, sondern auch wegen der Quecksilberbelastung boykottiert. Damals gab es auch große Kampagnen gegen die Chlor-Chemie und PVC, das mit Hilfe von Quecksilber produziert wird.

Alle Probleme gelöst? Bei weitem nicht! Zwar wird man eine Weile suchen müssen, um in einer Apotheke in Deutschland ein Quecksilber-Thermometer zu bekommen. Aber ein EU-weites Verbot für quecksilberhaltige Messinstrumente tritt erst Anfang 2009 in Kraft (siehe S. 17). Dass davon auch Barometer und der professionelle Bereich (Krankenhäuser) erfasst sind, musste mühsam erkämpft werden. Die deutschen EU-Parlamentarier/innen wurden dabei auch vom DNR mit guten Argumenten ausgestattet. Insgesamt sinkt durch diese neue Regelung der Quecksilberverbrauch um etwa 33 Tonnen im Jahr.

### Energiesparlampen als Quecksilberschleuder?

Auf EU-Ebene leitet das Europäische Umweltbüro (EEB) die Kampagne „Null Quecksilber“, der sich jetzt auch der DNR angeschlossen hat. Ziel ist es, die Verwendung, das Angebot und die Nachfrage aus allen kontrollierbaren Quellen auf Null zu reduzieren. In vielen Bereichen verläuft dies im Einklang mit der EU und den deutschen Gesetzgebern und Behörden. Häufig gehen die Bestrebungen der Institutionen aber nicht weit genug. Die EU-Kommission will einen Exportstopp für metallisches Quecksilber ab 2011. Wir fordern ein schnelleres Verbot, das auch Verbundstoffe und quecksilberhaltige Produkte umfasst, die in der EU nicht verkauft werden dürfen. Durch ein Exportverbot der EU sinkt das weltweite Angebot an Quecksilber um ein Drittel.

Aus einem Produkt allerdings ist Quecksilber zurzeit auch für Natur- und Umweltschützer nicht wegzudenken: Ener-

giesparlampen dürfen nach der RoHS-Richtlinie maximal 5 Milligramm Quecksilber enthalten. Gute Hersteller kommen allerdings schon mit 1,5 mg aus. Insgesamt beträgt der EU-weite Bedarf an Quecksilber für Leuchtmittel schon jetzt über 30 Tonnen im Jahr. Durch den verringerten Energiebedarf gleichen Quecksilberlampen diesen Nachteil zwar indirekt wieder aus. Denn beim Betrieb einer Glühbirne wird sehr viel mehr Kohle verbrannt, die auch Quecksilber enthält. Wichtig ist es dann aber, die Lampen fachgerecht zu entsorgen, damit nicht bei der Müllverbrennung doch noch Quecksilber freigesetzt wird. Verbraucherfreundliche Sammelstellen, etwa bei den Händlern, sind hier die einzige realistische Möglichkeit, Verbraucher/innen davon abzuhalten die Lampen einfach im Restmüll zu entsorgen.

### Quecksilber von Säuglingsnahrung bis Leichenverbrennung

Wenn schließlich das eigene Lebenslicht erlischt, bleiben bei den meisten von uns einige Gramm Quecksilber in Form von Amalgam-Zahnfüllungen übrig. Da die Zahnfüllungen nicht entfernt werden, sind Abgase von Krematorien mit dem Schwermetall belastet. Doch weder in der EU noch in der deutschen Verordnung über Anlagen zur Feuerbestattung (27. BImSchV) ist hierfür ein Grenzwert festgelegt oder eine Filterung vorgeschrieben. Neben den gesundheitlichen Auswirkungen war dies der wichtigste Grund für einige skandinavische Länder, die Anwendung von Amalgam bis auf wenige Ausnahmen zu verbieten oder durch Änderungen der Versicherungspraxis unattraktiv zu machen. Insgesamt 90 Tonnen beträgt der Quecksilberbedarf der Zahnärzte in der EU im Jahr.

Egal wo das Schwermetall freigesetzt wird, verbreitet es sich in der Atmosphäre und reichert sich in der Nahrungskette an. Die EU-Kommission warnt daher Kinder, schwangere und stillende Frauen davor, mehr als 100 Gramm Tunfisch, Hai oder Hecht pro Woche zu verzehren, da diese besonders stark mit gefährlichem Methyl-Quecksilber belastet sind. Schon geringe Mengen können vor allem bei Kindern und Ungeborenen das Nervensystem schädigen und bleibende Schäden im Gehirn verursachen.

### Chlorchemie im Wandel

Der größte Bedarf nach Quecksilber besteht nach wie vor bei der Chlorchemie, nämlich 160 Tonnen im Jahr in der EU.

### Umweltverbände gemeinsam gegen Quecksilber

Der Kampf gegen Quecksilber läuft auf internationaler Ebene. Das UN-Umweltprogramm hat im Jahr 2003, die EU-Kommission im Jahr 2005 eine umfassende Strategie gegen Quecksilber vorgelegt. Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat 2004 die Kampagne „Null Quecksilber“ gestartet, an der sich Verbände in Spanien, Italien und Tschechien beteiligen. Seit Mai 2007 zählt auch der DNR dazu. Das EEB hat außerdem auch Kontakte zu NGOs in Entwicklungsländern und in den USA.

Die EU muss schnelle und wirksame Maßnahmen ergreifen, damit nicht immer mehr von dem Schwermetall freigesetzt wird und sich weltweit ausbreitet. Das EEB und der DNR begleiten diesen Prozess kritisch und greifen da ein, wo es notwendig ist. Wir betreiben Lobbyarbeit bei deutschen EU-Parlamentarier/innen und fragen kritisch bei Unternehmen nach. Im Juli werden wir selbst die Quecksilberemissionen einiger Industrieanlagen messen.

Fast die Hälfte des Chlors wird noch mit der veralteten Quecksilber-Technik produziert, die in den USA und Japan bereits überholt ist. Auch die EU empfiehlt seit langem die so genannte Membranzelle als „beste verfügbare Technik“, da hier auch ein Drittel der Energie und erhebliche Betriebskosten eingespart werden. In Deutschland haben die meisten Betreiber von Chlor-Alkali-Werken reagiert und eine Umstellung vollzogen oder bis 2010 geplant. BASF in Ludwigshafen und Degussa in Niederkassel-Lülsdorf beanspruchen Ausnahmeregelungen, weil sie an besonderen Nebenprodukten des Verfahrens interessiert sind. Akzo-Nobel plant auch ohne diese Ausnahme eine vollständige Umstellung des Werks in Ibbenbüren erst bis zum Jahr 2015. ■

### • Weitere Informationen

DNR EU-Koordination, Florian Noto, Berlin  
Tel. 030 / 443391-38, Fax -80  
eMail: florian.noto@dnr.de  
www.eu-koordination.de

EEB, Elena Lymberidi, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2891301  
eMail: elena.lymberidi@eeb.org  
www.zeromercury.org

## Chemikalienpolitik: REACH-Verordnung in Kraft getreten

### Verbände fordern Stärkung des Umwelt- und Gesundheitsschutzes

In einem Offenen Brief an die EU-Kommission hat sich ein breites Bündnis von Nichtregierungsorganisationen für eine Stärkung des Umwelt- und Gesundheitsschutzes in der EU-Chemikalienpolitik ausgesprochen. Das Inkrafttreten der REACH-Verordnung am 1. Juni sei nur ein symbolischer Start für einen neuen Ansatz in der Chemikalienpolitik.

In den nächsten Jahren sollen persistente (langlebige) und bioakkumulative (sich in Lebewesen anreichernde) Chemikalien ersetzt werden, wenn sicherere Alternativen existieren. Außerdem müssen Unternehmen, die Chemikalien in der EU in großen Mengen herstellen oder importieren, Sicherheitsinformationen zur Verfügung stellen. Allerdings fallen Tausende von Chemikalien durch das gesetzliche Raster, weil die Regelungen aus Umwelt und Gesundheitssicht nicht streng genug sind. Viele dieser Chemikalien können Krebs erzeugen, vorgeburtliche Schäden oder Fruchtbarkeitsprobleme verursachen.

### Verbände: ECHA muss unabhängig von Industrieinteressen arbeiten

Die Verbände appellierten an die EU-Kommission und an die Mitgliedstaaten, die in der REACH-Verordnung vorgesehenen Fristen zur Überprüfung des Gesetzes zu nutzen, um die Regelungen im Sinne der Umwelt und der Gesundheit zu stärken. Es müsse verhindert werden, dass Industrieverbände die Verordnung weiter verwässern. Deshalb fordern die Verbände, dass die neue Europäische Chemikalienagentur in Helsinki (ECHA) vollständig unabhängig von der Industrie arbeitet und dafür sorgt, dass REACH vollständig und korrekt umgesetzt wird. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe (FoEE),  
Chemikalienexpertin Aleksandra Kordecka, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 542 6108  
[www.foeeurope.org/press/2007/May25\\_joint\\_REACH\\_start.htm](http://www.foeeurope.org/press/2007/May25_joint_REACH_start.htm)

Europäische Chemikalienagentur/European Chemicals Agency (ECHA), Annankatu 18, 00120 Helsinki, Finnland  
[www.echa.europa.eu](http://www.echa.europa.eu)

## Newsticker

### Revision der nationalen Luftemissions-Höchstmengen verzögert

Die von der EU-Kommission geplante Verschärfung der nationalen Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (Revision der Richtlinie 2001/81/EG) wird sich bis zum Februar 2008 verzögern. Die Gesetzesvorschläge hierzu waren ursprünglich für diesen Juli angekündigt worden, wurden aber wegen der Zusage der Staats- und Regierungschefs, bis 2020 die Treibhausgasemission im Vergleich zu 1990 um 20 % zu reduzieren, verschoben. Die Revision soll nun die für den Herbst erwarteten Klimaziele mit einbeziehen. Dies bedeutet, dass die nationalen Emissionshöchstmengen für einige Mitgliedstaaten vermutlich höher ausfallen werden. Die Revision wird die Höchstgrenzen für Schwefeldioxid, Stickoxide, flüchtige organische Verbindungen und Ammoniak verschärfen und erstmals Feinstaub mit einbeziehen, die bis zum Jahr 2020 erreicht werden sollen. (bv)

Quelle: ENDS Europe Daily, 31.05.07

### EU-Luftqualitätsziele:

#### Schiffsemissionen als Schlüssel

Die Begrenzung der Luftverschmutzung von Schiffen ist billiger als die Verschärfung der Kontrollen von Emissionsquellen an Land, um die Luftqualitätsziele der EU zu erreichen. Zu diesem Ergebnis kommt eine im Mai im Auftrag der EU-Kommission veröffentlichte Studie des International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA). Die Studie zeigt Maßnahmen auf, die die Emission von Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>) um 80 % und die Emissionen von Stickstoffoxiden (NO<sub>x</sub>) um fast 90 % bis zum Jahr 2020 reduzieren könnten. Laut Studie würden sich die Kosten zur Umsetzung dieser Maßnahmen auf jährlich 5,5 Milliarden Euro belaufen - eine geringere Summe als die geschätzten 7,1 Milliarden Euro für notwendige Maßnahmen bei Emissionsquellen an Land, um die Qualitätsziele der thematischen Strategie Luft - minus 82 % SO<sub>2</sub> und minus 60 % NO<sub>x</sub> - zu erreichen. (bv)

Quelle: ENDS Europe Daily 31.05.2007

### Mehr Anstrengungen zur Emissionsreduktion notwendig

Anfang Juni veröffentlichte die EU-Kommission die durch das Europäische Schadstoffemissionsregister EPER erfassten industriellen Emissionen in Luft und Gewässer für das Jahr 2004. Demnach ist der

Ausstoß bei zwei Dritteln der 50 gelisteten Substanzen seit der ersten Analyse im Jahr 2001 gesunken. Hierzu gehören der Stickstoffeintrag in Gewässer (minus 14,5 %) und die Luftbelastung durch Dioxin (minus 22,5 %). Die restlichen Emissionen sind in dem Untersuchungszeitraum gleich geblieben oder gestiegen (zu dem Zeitpunkt allerdings noch ohne den Emissionshandel). In den alten EU-15-Staaten sind allerdings fast alle Luftemissionen gestiegen. (tf)

Quelle: ENDS Europe Daily 2335, 07.06.07  
EPER-Bericht (Download):

[www.eper.ec.europa.eu/eper](http://www.eper.ec.europa.eu/eper)

### Pestizid Paraquat: Verletzt Syngenta den FAO-Verhaltenskodex?

Die Schweizer Nichtregierungsorganisationen „Erklärung von Bern“ (EvB) hat zusammen mit Organisationen aus Asien und Lateinamerika bei der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) eine Beschwerde eingereicht, weil sich der Konzern Syngenta nicht an den unterzeichneten Verhaltenskodex halte. Die Organisationen kritisieren die Vermarktung und den Verkauf des umstrittenen Syngenta-Pestizids Paraquat. (jg)

Quelle: [www.evb.ch/p25012608.html](http://www.evb.ch/p25012608.html)

### Messinstrumente bald quecksilberfrei

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat in seiner Sitzung am 5. Juni dem gemeinsamen Standpunkt ▼ des Ministerates zugestimmt, quecksilberhaltige Messinstrumente in der EU zu verbieten. Abgelehnt wurde damit der Änderungsantrag zweier Abgeordneter aus Großbritannien und den Niederlanden, für quecksilberhaltige Barometer eine unbefristete Ausnahme zuzulassen. Die deutsche Ratspräsidentschaft sowie mehrere deutsche Abgeordnete hatten sich für das Verbot eingesetzt. Es tritt, vorbehaltlich einer zu erwartenden Zustimmung des gesamten Parlaments, Anfang 2009 in Kraft. Die Kampagne „Null Quecksilber“ (siehe S. 16) sprach von einem „Sieg für die Vernunft“. Verbraucher sollten quecksilberhaltige Messinstrumente, vor allem Fieberthermometer, bei einer Sammelstelle für Sondermüll abgeben, um sie sicher und umweltverträglich zu entsorgen. (fn)

[www.zeromercury.org](http://www.zeromercury.org)

Quelle: ENDS Europe Daily, 05.06.2007

■

## Gastbeitrag Klimaschutz oder Ablasshandel?

Von Robert Müller, atmosfair

### Wo sind freiwillige Klimaschutzbeiträge sinnvoll?

Es ist heutzutage möglich, klimaneutral Auto zu fahren, klimaneutral Radio zu hören oder klimaneutrale Notebooks zu kaufen. Kürzlich verkündete sogar die norwegische Regierung, das ganze Land solle klimaneutral werden.

Klimaneutralität soll erreicht werden, indem Treibhausgasemissionen, die z. B. durch den Benzinverbrauch eines Autos entstehen, an anderer Stelle eingespart werden, etwa durch einen Windpark in China. Theoretisch ist dies möglich, da es sich beim Treibhauseffekt um ein globales Phänomen handelt; es ist also nicht entscheidend, wo auf der Erde Treibhausgase entstehen oder vermieden werden.

Der Markt für freiwillige Treibhausgasreduktionen ist stark am Wachsen: Schätzungen rechnen weltweit mit 20 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, die 2007 - zumindest auf dem Papier - eingespart werden.

Unter welchen Umständen aber ist ein freiwilliger Emissionsausgleich sinnvoll und wirksam? Diese Frage soll hier aus der Sicht von atmosfair beantwortet werden. Diese gemeinnützige GmbH bietet schon seit einigen Jahren Flugpassagieren die Möglichkeit, klimaschädliche Flugemissionen in Klimaschutzprojekten einzusparen, etwa mit solaren Großküchen in Indien. atmosfair vermeidet allerdings den Ausdruck „klimaneutral“ und macht sich für hohe Standards bei freiwilligen Ausgleichszahlungen stark.

### Für welche Bereiche ist ein freiwilliger Emissionsausgleich sinnvoll?

Um die Erderwärmung in erträglichen Grenzen zu halten, müssen die Industrieländer bei Energieerzeugung und -verbrauch radikale Änderungen vornehmen. Die Endverbraucher/innen können dies vorantreiben, indem sie klimafreundliche Produkte nachfragen, etwa Ökostrom. Es wäre nicht sinnvoll, einen freiwilligen Emissionsausgleich für den Bezug von konventionellem Strom zu zahlen, da man so einer direkten Lösung des Problems ausweicht. Gleiches gilt z. B. für den Emissionsausgleich für das Fahren von Geländewagen im

Stadtverkehr oder für den Shoppingtrip nach New York. Ein freiwilliger Emissionsausgleich ist nur sinnvoll als Teil eines integrierten Klimaschutzkonzepts: Soweit möglich, vermeidet man Emissionen an der Quelle, für den Rest leistet man einen Klimaschutzbeitrag.

atmosfair konzentriert sich auf Emissionen aus dem Flugverkehr: Wenn eine Reise nach Übersee nötig oder gewünscht ist, gibt es nur die Alternative nicht zu reisen. Aber auch hier gilt: Ein Flug mit Klimaticket (freiwilligem Emissionsausgleich) ist zwar besser als ein Flug ohne Klimaticket, aber schlechter als gar kein Flug. Jeder Flug stützt das Transportsystem Flugverkehr, die unmittelbare Klimawirkung bleibt trotz Klimaticket erhalten.

### „Klimaneutralität“?

Das Bewusstsein des Verbrauchers für klimaschädliches Verhalten schärft man nur, wenn man diese Tatsachen klar benennt. Der Ausdruck „Klimaneutralität“ führt am Ziel vorbei.

Auch die Art der Emissionsberechnung zeigt oft, dass „Klimaneutralität“ ein leeres Wort ist. So wurde beim anfangs erwähnten klimaneutralen Notebook zwar der Betrieb, nicht aber die Herstellung berücksichtigt. Ein „klimaneutrales“ Norwegen ist schon dadurch absurd, dass es sich um den weltweit drittgrößten Exporteur von Erdöl handelt.

### Einsparung von Emissionen

Um Emissionen einzusparen, sollten konkrete Projekte unterstützt werden. Prinzipiell ist auch ein Einsparen über den Emissionshandel möglich, indem Zertifikate gekauft und vernichtet werden. In der aktuellen Handelsperiode des europäischen Emissionshandels allerdings besteht ein Überangebot an Emissionsberechtigungen, weshalb der Preis auf 0,20 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> gesunken ist.

Der einzige international etablierte Projektmechanismus für Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern ist der im Kyoto-Protokoll festgeschriebene Clean Development Mechanism (CDM). Nur hier gibt es eine international anerkannte Autorität, das UN-Klimasekretariat (UNFCCC), sowie unabhängige und haftende Prüfer. Ein zusätzliches Nachhaltigkeitssiegel ist der so genannte Gold Standard. Er beschränkt die zugelassenen Projekte auf erneuerbare Energien und

Energieeffizienz und schließt z. B. Aufforstung und Industriegasprojekte aus.

Projekte, die so genannte VERs<sup>1</sup> produzieren, unterliegen keiner international anerkannten, unabhängigen Aufsicht.

Ein wunder Punkt bei vielen, weniger streng geprüften Projekten ist das Kriterium der „Zusätzlichkeit“: Ein Projekt muss tatsächlich durch die Unterstützung erst ermöglicht werden. Nachträgliche Zahlungen an Projekte, die bereits seit Jahren bestehen, sparen natürlich keine Emissionen ein. Dasselbe gilt für Aktivitäten, die ohnehin schon stark gefördert werden, etwa die regenerative Stromerzeugung in Deutschland.

Gibt es weltweit überhaupt genug potenzielle Projekte, um freiwillig eingesparte Emissionen tatsächlich zu reduzieren?

Theoretisch bietet die rasante globale Wirtschaftsentwicklung genug Potenzial für freiwillige Einsparungen. Es erscheint jedoch sinnvoll, durch freiwillige Zahlungen vor allem Pionierprojekte zu unterstützen, die neue Technologien in ärmeren Regionen nachhaltig fördern. Auch hier gibt es ausreichend Potenzial, allerdings zu steigenden Kosten.

### Fazit

Durch freiwillige Emissionseinsparungen kann man Verantwortung für den eigenen, schwer vermeidbaren Beitrag zum Klimawandel übernehmen. Wenn ein freiwilliger Ausgleich aber klimafreundliches Verhalten ersetzt oder nur auf dem Papier Emissionen spart, trifft der Ausdruck „Ablasshandel“ tatsächlich zu. ■

### • Weitere Informationen

atmosfair gGmbH, Robert Müller, verantwortlich für CDM-Projekte, Voßstr. 1, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 288835-683, Fax-61  
eMail: mueller@atmosfair.de  
www.atmosfair.de

<sup>1</sup> VER: „Verified Emission Reduction“. Nicht Kyoto-konformes Zertifikat, häufig im freiwilligen Markt genutzt.

## Flugverkehr und Emissionshandel

### Sechs Airlines befürchten hohe Verluste

Die Flugzeugindustrie befürchtet hohe Verluste, wenn der Luftverkehr in das europäische Emissionshandelssystem einbezogen würde. Laut einer Studie, die sechs europäische Fluglinien in Auftrag gegeben hatten, würden Kosten in Höhe von 45 Milliarden Euro im Zeitraum von 2011 bis 2022 auf sie zukommen. Damit würden sich die Flugpreise deutlich erhöhen, Kunden ausbleiben und weiteres Wachstum unterbunden. Man sei zwar nicht generell gegen das System des Emissionshandels, forderte aber weniger strikte Vorgaben, hieß es von Seiten der Fluglinien. So sei eine Berechnung auf der Basis der Jahre 2008-10 und eine kostenlose Zuteilung der Zertifikate sinnvoll.

### Vorschlag der Kommission

Die EU-Kommission hatte Ende des letzten Jahres einen Vorschlag ▼ vorgelegt, wie der Flugverkehr, der von den Regelungen des Kyoto-Protokolls ausgenommen ist, in den europäischen Emissionshandel integriert werden kann. Die Kommission regt an, ab 2011 zunächst die innereuropäischen und ab 2012 auch die interkontinentalen Flüge einzubeziehen. Als Emissionsobergrenze sollten die durchschnittlichen Werte der Jahre 2004-2006 gelten, lediglich 10 Prozent der Zertifikate dürften versteigert werden.

Währenddessen hat sich der Umweltausschuss des EU-Parlaments für schärfere Regeln ausgesprochen, etwa eine Gleichbehandlung von innereuropäischen und interkontinentalen Flügen. Umweltorganisationen fordern außerdem eine Berücksichtigung der höheren Klimaschädlichkeit der Flugzeugemissionen durch einen Aufschlag bei der Berechnung der Flugverkehrszertifikate sowie zusätzliche Maßnahmen wie Kerosin- oder Mehrwertsteuer. Sie verlangen auch eine deutlich frühere Berechnungsgrundlage - für die anderen im Emissionshandel erfassten Sektoren gilt das Jahr 1990, so wie es im Kyoto-Protokoll vereinbart worden ist.

### IATA und EU-Kommission: Kosten sind marginal

Die Studie der Fluglinien, die anlässlich eines Workshops zu diesem Thema in Brüssel vorgestellt wurde, widerspricht allerdings diversen anderen Berechnungen.

So gehen sowohl die EU-Kommission als auch die Internationale Flugtransport-Vereinigung (IATA)<sup>1</sup> davon aus, dass die Kosten für die Branche marginal sind. Die Kommission hatte 2006 in einem Folgeabschätzungsverfahren detaillierte Berechnungen angestellt. Darauf aufbauend rechnete die Organisation Transport & Environment außerdem vor, dass die tatsächlichen Emissionsreduktionen bei weniger als drei Prozent lägen, wenn der Vorschlag der Kommission umgesetzt werden sollte. Das ist weniger als das derzeitige jährliche Wachstum der Luftfahrtindustrie. (ms) ■

### • Weitere Informationen

Quellen:

Pressemitteilung der Fluglinien (PDF, 3 S., 200 kB):  
[www.aea.be/dbnetgrid2/htmleditor/UploadFiles/Pr07-14.pdf](http://www.aea.be/dbnetgrid2/htmleditor/UploadFiles/Pr07-14.pdf)

Transport & Environment:  
[www.transportenvironment.org](http://www.transportenvironment.org)

EU-Kommission: Klimaschutz im Luftverkehr (englisch; bei vielen Dokumenten auch deutsche Versionen):  
[www.ec.europa.eu/environment/climat/aviation\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/climat/aviation_en.htm)

## Europas CO<sub>2</sub>-Ausstoß leicht gestiegen

### EU-Kommission: Emissionshandel funktioniert

Die EU-Kommission ist mit der bisherigen Entwicklung des Emissionshandels zufrieden. Im Jahr 2006 hätten die am Emissionshandel beteiligten Unternehmen lediglich 0,8 Prozent mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen als im Vorjahr, stellte Umweltkommissar Stavros Dimas fest. Das sei zwar nach wie vor eine Steigerung, doch sei die Wirtschaft im gleichen Zeitraum wesentlich stärker gewachsen. Es sei also eine Entkoppelung von Wachstum und Emissionen gelungen, so Dimas.

### Zertifikate-Preis derzeit im Keller

Für den Zeitraum 2005-2007 wurden so viele Emissionszertifikate ausgegeben, dass für die Unternehmen keine tatsächliche Notwendigkeit besteht, ihre Emissionen zu reduzieren. Der Preis für ein Zertifikat an der Leipziger Strombörse ist daher mittlerweile auf weniger als 0,50 Euro gefallen. Für die zweite Handelsperiode 2008 bis 2012 erwartet die Kommission aber eine deutliche Reduktion der Emissionen, zumal deutlich weniger Zertifikate ausgegeben werden.

### Fast alle Firmen meldeten CO<sub>2</sub>-Daten

Erfreut zeigte sich Dimas auch darüber, dass fast alle Anlagenbetreiber ihre Daten rechtzeitig gemeldet hätten. Lediglich 0,2 Prozent - fast ausschließlich kleine - Unternehmen hätten den Stichtag verpasst. Das Europäische Emissionshandelssystem verpflichtet unter anderem die Betreiber von 10.000 Industrieanlagen, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen zu dokumentieren und bei den Mitgliedstaaten registrieren zu lassen. Diese reichen die Daten dann an die Kommission weiter. (ms) ■

Siehe auch die Beiträge auf der folgenden Seite.

### • Weitere Informationen

Quelle: Pressemitteilung der EU-Kommission, 7.6.2007

<sup>1</sup> International Air Transport Association.

## Vier Staaten klagen gegen EU-Emissionshandel

**Osteuropäer fühlen sich durch Zuteilung der Zertifikate benachteiligt**  
Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei haben angekündigt, die EU-Kommission beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) wegen Kürzungen der Nationalen Allokationspläne (NAP) für die zweite Verpflichtungsperiode des Emissionshandels 2008-2012 zu verklagen. Die vier Länder werfen der Kommission die Verwendung alter oder falscher Daten vor, wodurch sie benachteiligt würden. Dadurch ergäben sich Nachteile für die heimische Industrie.

In den NAPs werden die jeweiligen Obergrenzen für Treibhausgasemissionen festgelegt, um die EU-Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll zu erreichen. Bis 2012 muss die EU acht Prozent ihrer Emissionen einsparen (gerechnet seit 1990), die Reduktionen werden wiederum unter den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich aufgeteilt. Auch Deutschland hatte zunächst mehr Emissionsrechte gefordert als ihm nach Ansicht der Kommission zustanden, fügte sich aber schließlich den Vorgaben.

Trotz aller Beschwerden der Mitgliedstaaten betrachtet die EU-Kommission die jetzt vorliegenden NAPs für die zweite Verpflichtungsperiode als endgültig. (ms) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: ENDS Europe Daily, 25.05.07, 08.06.2007

## Deutschland will neun Prozent der CO<sub>2</sub>-Zertifikate versteigern

### Stromwirtschaft befürchtet Wettbewerbsnachteile

Entgegen den bisherigen Plänen will die deutsche Bundesregierung nun offenbar doch einen Teil der Zertifikate für die zweite Verpflichtungsperiode des Emissionshandels von 2008-2012 versteigern. Zertifikate im Wert von insgesamt 40 Milliarden Euro sollen unter den Hammer kommen. Das entspricht 8,8 Prozent der Gesamtmenge; die EU-Vorschriften erlauben es, maximal 10 Prozent zu versteigern. Voraussichtlich müssen lediglich die Stromhersteller an der Versteigerung teilnehmen, andere Unternehmen etwa aus der Chemie- oder Zementbranche würden weiterhin kostenlose Zuteilungen erhalten.

### WWF: Volle zehn Prozent versteigern

Der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VdEW) sprach sich vehement gegen eine solche Regelung aus. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stromanbieter würde damit im europäischen Vergleich geschwächt, warnte der VdEW. Die Umweltschutzorganisation WWF forderte hingegen, den von der EU gegebenen Spielraum voll auszunutzen und zehn Prozent der Zertifikate zu versteigern. (ms) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: Spiegel Online, WWF, www.strom.de

## EU erlaubt weiter Subventionen für Kohle

### Ausnahmeregelung soll bis mindestens 2010 fortgesetzt werden

Die EU-Kommission hat Ende Mai beschlossen, die Subventionierung der Kohleförderung weiterhin zu erlauben. Obwohl es sich dabei um eine Ausnahmeregelung handelt - staatliche Beihilfen sind nach EU-Recht nur in Sonderfällen zulässig - sieht die Kommission keinen Grund für Veränderungen. Das derzeitige System soll den nicht wettbewerbsfähigen Sektor auf dem Weltmarkt unterstützen; es läuft im Jahr 2010 aus.

### Greenpeace: Verzögerungstaktik

Greenpeace kritisierte die Entscheidung der Kommission als Verzögerung des Ausstiegs aus der klimaschädlichen Kohle. Zudem habe die Kommission es verpasst, eine Neuregelung für die Zeit nach 2010 zu beschließen, was Staaten die Möglichkeit gebe, eine Verlängerung der Ausnahmeregelung zu beantragen.

### Deutschland, Spanien und Ungarn subventionieren massiv

In Europa fördern 9 von 27 Staaten Kohle. Bei der Wettbewerbsfähigkeit gibt es dem Bericht zufolge massive Unterschiede. So sei die Förderung in Deutschland, Spanien und Ungarn mit dem doppelten Weltmarktpreis besonders teuer. Die Anlagen in Tschechien, Großbritannien, Polen und der Slowakei entsprächen ungefähr dem Niveau des Weltmarkts. Die Situation in Rumänien und Bulgarien soll erst noch evaluiert werden. (ms) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace Europabüro, Energieredakteur Mark Johnston, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2741921  
eMail:  
mark.johnston@diala.greenpeace.org  
www.greenpeace.org/eu-unit/press-centre/press-releases2/coal\_subs

EU-Report über Kohlesubventionen (PDF, 11 S., 200 kB):  
www.ec.europa.eu/dgs/energy\_transport/state\_aid/doc/com\_2007\_0253\_en.pdf

## ASEM-Gipfel bringt keine Einigung beim Klimaschutz

### Verhandlungsbereitschaft vorhanden, aber keine konkreten Ziele erreichbar

Vom 28. bis 29. Mai haben sich die Außenminister/innen der EU und aus 16 asiatischen Ländern zum achten „Asia-Europe-Meeting“ (ASEM) in Hamburg versammelt. Nach Medienberichten sprachen sie sich dafür aus, bis 2009 Verhandlungen über einen neuen internationalen Vertrag zur Begrenzung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes abzuschließen. Sie konnten sich allerdings nicht auf einheitliche Zielvorgaben für den Klimaschutz einigen.

Während der zweitägigen Konferenz berieten die Teilnehmer/innen über die aktuellen internationalen Krisen- und Konfliktregionen, darunter Afghanistan, Iran, Irak, der Nahe Osten, sowie die Situation auf der koreanischen Halbinsel und Fragen der nuklearen Nichtverbreitung. Die Außenminister/innen stimmten mehrheitlich einer Schlusserklärung von Gastgeber Frank-Walter Steinmeier zu, in der die Aufhebung des Hausarrests von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi in Burma (Myanmar) gefordert wird.

Außerdem wurde über Maßnahmen gegen den Klimawandel und zur Sicherung der weltweiten Energieversorgung sowie die gemeinsame Bekämpfung des internationalen Terrorismus diskutiert. Teilnehmer neben den 27 EU-Staaten und der EU-Kommission waren Brunei, China, Indien, Indonesien, Japan, Kambodscha, Republik Korea, Laos, Malaysia, Mongolei, Myanmar (Burma), Pakistan, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam sowie das Sekretariat der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations). Die etwa 500 Delegierten wurden von 70 Protokollbeamten und 40 Dolmetschern begleitet, 400 Journalisten waren akkreditiert.

### China: „Luxus-, normale und Überlebens-Emissionen“

In Vorbereitung des ASEM-Treffens hatte es Vorgespräche mit China gegeben. Neben den USA will auch die EU-Ratspräsidentschaft die wirtschaftlich stark wachsenden Schwellenländer China und Indien überzeugen, klimapolitische Zugeständnisse zu machen. Der chinesische Außenminister Yang Jiechi betonte allerdings, sein Land sehe bei der Reduzierung des Treibhausgas-Ausstoßes vor allem die Industrieländer in der Pflicht. Der Pro-

Kopf-Ausstoß von Emissionen in den Industrieländern ist nach wie vor um ein Vielfaches höher als in den Schwellenländern.

Aus Diplomatentreuen verlautete, Yang habe gegenüber Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, EU-Chefdiplomat Javier Solana und EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner damit argumentiert, dass es „Luxus-Emissionen, normale Emissionen und Überlebens-Emissionen“ gebe. Sein Land kämpfe derzeit erst einmal ums Überleben. Dennoch habe China ein großes Interesse am Klimaschutz. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Pressemitteilung der EU-Ratspräsidentschaft:  
[www.eu2007.de/de/News/Press\\_Releases/May/0529AAAsemeroeffnet.html](http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/May/0529AAAsemeroeffnet.html)

Weitere Quellen: Der Standard 29.05.07, Hamburger Abendblatt 29.05.07, Hamburger Morgenpost 30.05.07

## Newsticker

### Unterirdische CO<sub>2</sub>-Speicherung im Testbetrieb

EU-Energiekommissar Andris Piebalgs hat im Juni in Ketzin bei Potsdam eine Testanlage für die unterirdische Speicherung von CO<sub>2</sub> eröffnet. Mit der Technologie der CO<sub>2</sub>-Abtrennung und -speicherung (carbon capture and storage, CCS) sollen die Kohlendioxidmissionen von Kohlekraftwerken abgefangen werden, bevor sie in die Atmosphäre gelangen und dort zum Klimawandel beitragen. Das aufgefangene Gas soll in unterirdischen Hohlräumen gelagert werden. Das Projekt wird über das 6. EU-Forschungsrahmenprogramm finanziert. Die EU-Kommission setzt in der Klimapolitik große Hoffnungen auf die CCS-Technologie und will bis 2015 will ein Dutzend Demonstrationsanlagen finanzieren, um die Technologie weiterzuentwickeln. Die Anlage in Ketzin ist Teil eines 30 Millionen Euro teuren Projekts des Geoforschungszentrums Potsdam. Ebenfalls im Juni haben die Ölkonzerne Shell und Statoil ihr CCS-Pilotprojekt in Norwegen aus Kostengründen wieder gestoppt, nachdem sie bereits 60 Millionen Euro investiert hatten. (ms)  
Quellen: [www.co2sink.org](http://www.co2sink.org), taz 03.07.07

### Hersteller wollen Ende von konventionellen Glühlampen bis 2015

Die europäischen Glühlampenproduzenten wollen ab 2015 keine konventionellen Glühbirnen mehr herstellen. Damit könnten die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Haushaltsbeleuchtung um bis zu 60 Prozent reduziert werden, so der Branchenverband European Lamp Companies Federation (ELDF). Nach den Vorstellungen der Produzenten sollte die Produktion schrittweise auslaufen - ab 2009 zunächst 100-Watt-Glühbirnen, ab 2015 auch 25-Watt-Birnen. ELDF hofft darauf, dass der Vorschlag in die überarbeitete Ökodesign-Richtlinie übernommen wird. EU-Energiekommissar Andris Piebalgs begrüßte den Vorstoß als wichtigen Beitrag zur Diskussion, behielt sich aber vor schärfere Standards zu setzen. Greenpeace Europe kritisierte die Ankündigung von ELDF als nicht ausreichend. (ms) ■

Quellen: Pressemitteilungen 05.06.07: ELDF: [www.elcfed.org](http://www.elcfed.org); EU-Kommission: [www.europa.eu/press\\_room/index\\_de.htm](http://www.europa.eu/press_room/index_de.htm)

## Gastbeitrag Vertragsstaatenkonferenz zur CITES-Artenschutzkonvention

Von Heike Finke, NABU<sup>1</sup>

### Bilanz der COP 14 zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen

Vom 3.-15. Juni tagte in den Haag die 14. Vertragsstaatenkonferenz (COP 14) zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora, CITES).

### Keine Rettung für Dornhai und Rote Koralle

Der Dornhai (*Squalus acanthias*), der in der Vorabstimmung nur knapp die Zweidrittelmehrheit für eine Aufnahme in Anhang II von CITES verfehlt hatte, kam zwar im Plenum am Nachmittag des letzten Tages in geheimer Wahl zu einer erneuten Abstimmung, fiel hier aber mit 49 % Ja-gegen 51 % Nein-Stimmen durch. Eine Handelskontrolle wird somit nicht stattfinden, obwohl die Bestände der drastisch überfischten Art in den letzten 10 Jahren zusammengebrochen sind. Als „Schillerlocke“ landet der Bauchlappen auf den Tischen der Verbraucher, zu „fish and chips“ wird der Hai in England verarbeitet. Seine geringe Reproduktionsrate gefährdet seinen Fortbestand: Das erst mit rund 20 Jahren geschlechtsreife Weibchen bringt nur alle zwei Jahre fünf bis zehn Jungt zur Welt.

Die Rote Koralle (*Corallium* spp.) hingegen hatte in der Vorabstimmung den Sprung in den Anhang II geschafft, fiel aber beim „Re-opening“ wieder durch. Die Verarbeitung zu Schmuck und zu Souvenirs setzen ihr zu. Auch der Heringshai (*Lamna nasus*) und der Banggai-Kardinalfisch (*Pterapogon kauderni*) blieben auf der Strecke.

Immerhin konnte der Vorstoß Japans verhindert werden, eine Diskussion über erneuten Walfang bei CITES zu eröffnen.

### Gewinner sind Sägefisch und Aal

Zwei Vertreter der Fische hatten hingegen Glück: Der Sägefisch (*Pristidae* spp.) wird mit 6 Arten in Anhang I des Abkommens gelistet (Handelsverbot), der Süßwasser-

Sägerochen (*Pristis microdon*) in Anhang II (Handelsbeschränkungen). Sägefische zählen zu den meistbedrohten Plattentierem überhaupt. Zum einen macht sie ihre geringe Reproduktionsrate besonders empfindlich gegenüber starker Befischung. Zum anderen sind die Tiere wegen ihres Rostrums problemlos zu fangen: Der sägenartige Oberkieferfortsatz verfährt sich leicht in den Netzen der Fischer. Ist der Beifang aber erst einmal im Netz, werden Sägefische nur selten wieder freigelassen. Schließlich sind sie jede Menge Geld wert. Das Rostrum wird als Kuriosität an Touristen verkauft, ist Bestandteil von Produkten der Traditionellen Chinesischen Medizin (TCM) oder dient als Ausgangsmaterial für Sporen, die bei Hahnenkämpfen zum Einsatz kommen.

Der europäische Aal (*Anguilla anguilla*) fand bei über 91 % der Delegierten Zustimmung zur Aufnahme in Anhang II. So werden in Zukunft Handelsdaten erfasst, damit gegebenenfalls weitere Maßnahmen ergriffen werden können. Verbraucher/innen haben noch keine Einschränkungen zu erwarten.

### Leopard und Spitzmaulnashorn zählen zu den Verlierern

Ebenfalls zu den Verlierern der Konferenz zählen der Leopard (*Panthera pardus*) und das Spitzmaulnashorn (*Diceros bicornis*). Beide sind bereits seit Jahren in Anhang I gelistet und fallen damit unter ein grundsätzliches Handelsverbot. Doch gibt es jährliche Quoten für die Trophäenjagd. Neben den bereits bestehenden Abschussquoten anderer Länder wurde diesmal auch Uganda eine jährliche Abschussquote von 50 Leoparden zugebilligt, die Quote für Mosambik wurde auf 120 erhöht. Beide Entscheidungen fielen ohne ausreichende Datenerhebung zu Bestandszahlen, was von der EU zwar auch bemängelt wurde, sie jedoch nicht davon abhielt, den Forderungen dieser Ursprungsländer nach Wertschöpfung aus ihren Naturressourcen zuzustimmen. Allerdings blieb unbeantwortet, wie die Gebühr aus den Jagdlizenzen der lokalen Bevölkerung zugute kommen soll.

Noch unverständlicher war die Entscheidung zu den Spitzmaulnashörnern, mit rund 3.700 Tieren eine der seltensten Arten überhaupt: Namibia und Südafrika dürfen pro Jahr fünf Tiere abschießen. Nicht nachzuvollziehen ist, warum der Antrag Kenias, die Tiere umzusiedeln, abge-

lehnt und damit der Trophäenjagd der Vorzug gewährt wurde. Kenia hatte zusätzlich zu den Transportkosten einen fairen Preis für die Nashörner angeboten.

### Entwarnung für Tiger, Gazelle und Pumplori

Vorerst Entwarnung gibt es hingegen für den Tiger (*Panthera tigris*): China wollte die in Zuchtfarmen befindlichen Tiger erstmalig seit 1993 wieder für die TCM nutzen. Eine Wiedereröffnung der Nachfrage hätte den Markt erneut angeheizt, was das Aus für den ohnehin sehr instabilen Welt-Tigerbestand bedeutet hätte. Bleibt die Frage, was mit den mehreren zehntausend Tigern in den Zuchtfarmen passiert und ob nicht ein Antrag auf der COP 15 in Katar 2010 programmiert ist.

Der Plumplori (*Nycticebus* spp.) hingegen ist durch den Handel als Heimtier so bedrängt, dass er in Anhang I aufgenommen wurde, ebenso Cuvier's Gazelle (*Gazella cuvieri*). Der Rotluchs (*Lynx rufus*), wurde wegen der Verwechslungsgefahr mit anderen gefährdeten Luchsarten nicht aus Anhang II gestrichen.

### Einigung in der Elfenbeinfrage

In der Elfenbeinfrage einigten sich die afrikanischen Länder auf einen Kompromiss: Nach einem Abverkauf von legalem Elfenbein aus Lagerbeständen in Namibia, Südafrika, Botswana und Simbabwe an Japan und eventuell auch China soll eine handelsfreie Ruhepause von neun Jahren folgen, in der die Auswirkungen des Abverkaufs auf die Wilderei überprüft werden können. Erlöse sollen in den Elefantenschutz und Programme zur Entwicklung der lokalen Bevölkerung fließen.

### CITES-Beitritt von Kirgistan

Für den NABU gibt es noch einen besonderen Erfolg zu feiern: Kirgistan wird am 2. September der 172. Vertragsstaat der Konvention werden. Die Anti-Wilderer-Einheit des NABU Kirgistan konfisziert Schneeleoparden und viele andere CITES-gelistete Arten. Deshalb hat der NABU den CITES-Beitritt Kirgistans seit langem politisch begleitet. ■

### • Weitere Informationen

Heike Finke, NABU-Präsidiumsmitglied  
Tel. 06704 / 609, 0179 / 1102513  
Fax 06704 / 959391  
eMail: e.finke@t-online.de

<sup>1</sup> Die Autorin ist NABU-Präsidiumsmitglied und Sprecherin der NABU-Bundesarbeitsgemeinschaft Internationaler Artenschutz. Sie hat die CITES-Konferenz in Den Haag begleitet.

## Die UN-Konferenz zur Biologischen Vielfalt 2008

Von Günter Mitlacher, Forum Umwelt und Entwicklung, und Bettina Lange, DNR

### Projektstart von DNR und Forum Umwelt & Entwicklung

In Bonn wird vom 19. bis zum 30. Mai 2008 die neunte Vertragsstaatenkonferenz (COP9) des UN-Übereinkommens über die Biologische Vielfalt (CBD) sowie das vierte Treffen der Mitglieder des Cartagena-Protokolls über biologische Sicherheit (MOP4) stattfinden. Zu diesem „Biodiversitätsgipfel“ werden unter deutschem Vorsitz rund 5.000 Teilnehmer/innen aus den 190 Vertragsstaaten der Konvention zu Gast sein. Die Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, COP) bildet das höchste politische Gremium der Biodiversitätskonvention und findet alle zwei Jahre statt.

### Einmalige Gelegenheit für Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

Die politischen und organisatorischen Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Um zum Gelingen der COP9/MOP4 beizutragen, haben der DNR und das Forum Umwelt & Entwicklung ein gemeinsames Projekt zur Koordination der NGO-Aktivitäten gestartet, das vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesumweltministeriums (BMU) gefördert wird.

Zum ersten Mal findet eine CBD-Folgekonferenz in Deutschland statt. Dies ist eine große Chance für die deutschen NGOs, sich international zu vernetzen und den Konferenzteilnehmer/innen ein nicht nur fußballbegeistertes Land zu demonstrieren. Die deutsche Bevölkerung selbst soll über Knut hinaus die Bedeutung der Artenvielfalt weltweit und vor der eigenen Haustür besser erfahren.

### Zentrale Themen von COP9 und MOP4

Die 4. Konferenz über biologische Sicherheit nach dem Cartagena-Protokoll (MOP4) wird sich schwerpunktmäßig den Haftungsfragen widmen müssen, die beim Ausbringen gentechnisch veränderter Organismen entstehen, z. B. Umwelthaftung, Eigentumschaftung und Gesundheitshaftung. Die EU spielt in diesem Kontext sowohl mit ihrer neuen Umwelthaftungsrichtlinie als auch mit der Verhinderung von Importen gentechnisch veränderter Produkte eine wichtige Rolle.

Bei der 9. Konferenz der CBD stehen vorrangig folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Schutz der Wälder
- Einrichtung mariner Schutzgebiete,
- Instrumente zur Finanzierung der Schutzgebietsysteme,
- Erhaltung pflanzen- und tiergenetischer Vielfalt in der Landwirtschaft,
- Entwicklung eines Regimes zum gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer Ressourcen (z. B. für Arzneimittel),
- Effiziente Umsetzung der Konvention und Erreichen des „2010-Ziels“ (erhebliche Reduzierung bzw. Stopp des weltweiten Verlusts an Biodiversität bis zum Jahr 2010) - allerdings ein Ziel, von dem erwartungsgemäß alle Staaten weit entfernt sind.

Die EU hat eine große Verantwortung, um bei der COP9 substanzielle Fortschritte zu erzielen, z. B. bei der Verbesserung der Finanzierung von Schutzgebieten oder bei der Einrichtung eines Regimes zum gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung biologischer Ressourcen. Die deutsche Ratspräsidentschaft hatte zugesagt, sich im weiteren Beratungsprozess mit den folgenden Ratspräsidentschaften von Portugal und Slowenien eng abzustimmen.

### Gemeinschaftsprojekt mit zwei Schwerpunkten

Das gemeinsame Projekt „COP9-Vorbereitung“ setzt sich aus zwei Teilprojekten zusammen. Das Forum Umwelt & Entwicklung koordiniert dabei die Aktivitäten der umwelt- und entwicklungspolitisch tätigen Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Vorfeld der COP9 und entwickelt ein thematisches Aktionsprogramm in Zusammenarbeit mit deutschen und internationalen NGOs. Vor allem die Aktivitäten der AG Biodiversität im Forum Umwelt & Entwicklung werden damit unterstützt und verstärkt. Geplant sind thematische Konferenzen zu den zentralen COP9/MOP4-Themen, Veröffentlichungen sowie Veranstaltungen zu Beginn von MOP4 und COP9.

Als NGO-Kommunikationsplattform wurde die Homepage [www.biodiv-network.de](http://www.biodiv-network.de) eingerichtet. Unter dem Motto „Networking for Biodiversity“ werden hier Positionspapiere, Forderungen, Hintergrundinformationen und Veranstaltungen der deutschen und internationalen Zivilgesellschaft für die Öffentlichkeit in den Sprachen Deutsch, Englisch und Spanisch online gestellt.

Im weiteren Beratungsprozess auf EU-Ebene soll das Netz zu den portugiesischen und slowenischen NGOs intensiver geknüpft und ein intensiver Austausch mit den in Brüssel vertretenen Gruppierungen und Verbänden organisiert werden.

Das zweite Teilprojekt ist eine DNR-Informationskampagne, die die Bekanntheit der CBD in Deutschland erhöhen soll. Gerade die Erhaltung der Biodiversität hat eine Schlüsselrolle für alles Leben und Wirtschaften auf diesem Planeten. Die Bedeutung der UN-Konvention über die Biologische Vielfalt soll durch vermehrte Öffentlichkeitsarbeit den DNR-Mitgliedsverbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen nahe gebracht werden. Es soll zahlreiche Veranstaltungen, Artikel und einen eMail-Newsletter geben.

### Wie können Sie sich beteiligen?

Wenn Sie selbst Veranstaltungen planen, stellen Sie diese doch unter das Motto „Biologische Vielfalt“. Da die Medienaufmerksamkeit bis zur COP9 verstärkt auf Artenvielfalt, Biodiversität und genetische Ressourcen gerichtet sein wird, bieten sich gute Möglichkeiten zur Öffentlichkeitsarbeit. Bitte informieren Sie uns im Gegenzug über Ihre Aktivitäten und Veranstaltungen zu den genannten Themen. Als zusätzliche Werbung können Sie Ihre Termine auf der BMU-Internetseite [www.naturallianz.de](http://www.naturallianz.de) bekanntgeben. Sie ist Bestandteil der Öffentlichkeitskampagne des Ministeriums unter dem Titel „Naturallianz“.

So können wir gemeinsam den Bekanntheitsgrad, die öffentliche Wahrnehmung der CBD sowie die Einflussnahme auf die politischen Entscheidungen steigern, die für uns alle relevant sind. ■

### • Weitere Informationen

Projektbüro CBD COP9/MOP4, c/o DNR/  
Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 92399353  
[www.biodiv-network.de](http://www.biodiv-network.de)  
[www.naturallianz.de](http://www.naturallianz.de)

Ansprechpartner NGO-Koordination  
Forum Umwelt & Entwicklung:  
Dipl.-Geogr. Günter Mitlacher  
eMail: [mitlacher@forumue.de](mailto:mitlacher@forumue.de)

Ansprechpartnerin DNR-Informationskampagne: Dipl.-Geogr. Bettina Lange  
eMail: [bettina.lange@dnr.de](mailto:bettina.lange@dnr.de)

## Gastbeitrag Zwei Milliarden für den Umwelt- und Naturschutz

Von Tilmann Disselhoff<sup>1</sup>

### Förderbeginn von LIFE+ in der EU: Gute Chancen für Naturschutzprojekte

Die europäische Förderung von Natur- und Umweltschutzprojekten geht in eine neue Runde: Nachdem am 12. Juni die Verordnung zum Umweltförderprogramm LIFE+ im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurde, steht einem Programmbeginn im kommenden Herbst nichts mehr im Wege.

LIFE+ ist das einzige EU-Förderprogramm, das ausschließlich gemeinschaftliche Umweltziele finanziert. Es gilt bis 2013 und ist mit rund 2,14 Mrd. Euro ausgestattet. 78 % des Programmbudgets (1,67 Mrd. Euro) sind für die Kofinanzierung von Projekten in den EU-Mitgliedstaaten reserviert, mindestens die Hälfte davon für den Naturschutz.

Aus LIFE+ wird die Umsetzung des 6. Umweltaktionsprogramms der EU mit seinen sieben thematischen Strategien und den vier Vorrangbereichen Klimawandel, Natur und biologische Vielfalt, Gesundheit und Lebensqualität sowie Bewirtschaftung von natürlichen Ressourcen und Abfall finanziert. Die Förderung gliedert sich in drei Bereiche:

- „Natur und biologische Vielfalt“,
- „Umweltpolitik und Verwaltungspraxis“ sowie
- „Information und Kommunikation“.

Das Budget von LIFE+ ist dynamisch gestaffelt und wächst jährlich um rund 7,5 %. 2007 stehen rund 187 Mio. Euro für die Kofinanzierung von Projekten zur Verfügung. Bis 2013 wächst das jährliche Projektbudget auf knapp 290 Mio. Euro. Gegenüber dem Jahresbudget von rund 160 Mio. Euro des Vorgängerinstrumentes „LIFE III“ ist das Projektbudget unter LIFE+ also deutlich gestiegen.

### Gute Chancen für Antragsteller aus Deutschland

Wie bei den Vorgängerprogrammen wählt auch bei LIFE+ die Europäische Kommis-

sion die Projekte aus und betreut sie im Projektverlauf. Als wesentliche Neuerung muss sie dabei aber zukünftig auf eine ausgewogene Mittelzuteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten achten. Aus der Bevölkerungsgröße und der Gesamtfläche der „Natura-2000“-Gebiete in jedem Mitgliedstaat ergeben sich „indikative nationale Zuteilungen“, die als Orientierungsgrößen bei der Mittelverteilung fungieren. Deutschland erhält die größte Zuteilung: Für deutsche Projekte sind 2007 rund 22 Mio. Euro bereitgestellt; bis 2013 steigt der jährliche Betrag auf über 33 Mio. Euro.

### Naturschutzprojekte werden bevorzugt

Mindestens 50 % der Projektmittel müssen Projekten der so genannten Naturschutzsäule gewidmet werden. Zur Erfüllung dieser Vorgabe wird die EU-Kommission Naturschutzanträge deshalb bevorzugt berücksichtigen. Zwar gilt die Quote nicht national, sondern EU-weit. Der Naturschutz hat aber insgesamt eine gute Ausgangsposition: Unter LIFE III entsprach die Summe der durch Naturschutzprojekte beantragten Kofinanzierungen in etwa dem verfügbaren Naturschutzbudget. Nach der jetzigen Erhöhung des Naturschutzbudgets um rund 25 % ist anzunehmen, dass in den nächsten Jahren die Aufnahmekapazität erreicht wird. Engpässe bei regionalen oder lokalen Projektmitteln werden dann den begrenzenden Faktor bei der EU-Förderung von Naturschutzpilotprojekten darstellen und nicht der EU-Kofinanzierungsanteil.

Die Grundvoraussetzung für eine Förderung ist jedoch weiterhin ein Projektantrag, der die formalen und inhaltlichen Qualitätskriterien von LIFE+ erfüllt. Interessierte Projektträger sollten sich daher gut mit den Inhalten und Förderbedingungen von LIFE+ auseinandersetzen, um ihre Antragsentwürfe bestmöglich vorzubereiten.

### Rahmenbedingungen für Naturschutzprojekte

Neben den klassischen Langzeitinvestitionen in Natura-2000-Gebiete („LIFE-Natur-Projekte“) sind zukünftig auch kurzfristige „innovative Demonstrationsprojekte“ zur beispielhaften Umsetzung der Mitteilung der EU-Kommission „Die Biologische Vielfalt 2010 und darüber hinaus“ mitsamt ihres Aktionsplans förderfähig („LIFE-Biodiversitäts-Projekte“). Diese müssen über den gängigen „Stand der Technik“ hinausgehen und durch ihre

Vorbildfunktion einen „europäischen Mehrwert“ erzeugen. Beide Projekttypen haben gemeinsam, dass mindestens ein Viertel der Projektmittel für konkrete Naturschutzmaßnahmen „auf der Fläche“ verwenden müssen.

Der maximale EU-Kofinanzierungsanteil für Naturschutzprojekte liegt im Regelfall bei 50 %. Ausnahmsweise können bis zu 75 % der Kosten bezuschusst werden, wenn auf prioritäre Arten oder Lebensraumtypen der FFH-Richtlinie abgezielt wird bzw. auf Arten der Vogelschutzrichtlinie, die als prioritär förderwürdig eingestuft wurden. Obwohl es kein festes Mindestbudget gibt, wird die Europäische Kommission zur Reduktion ihres Verwaltungsaufwands bevorzugt große Projekte in die Förderung nehmen. In der Regel dauern LIFE-Projekte mehrere Jahre.

In zwei formalen Punkten hat es bei LIFE+ wichtige Änderungen gegenüber den Vorgängerprogrammen gegeben: Sollen öffentlich Bedienstete in einem Projekt Aufgaben übernehmen, muss für sie zukünftig der Nachweis erbracht werden, dass sie gegenüber dem Personalhaushalt der ständig Bediensteten einen zusätzlichen Kostenfaktor darstellen. Das soll die Kofinanzierung von Standardaufgaben in Naturschutzverwaltungen vermeiden.

Zum zweiten müssen Antragsteller in Zukunft prüfen, ob die beabsichtigten Projektmaßnahmen nicht auch durch andere EU-Fonds gefördert werden könnten (z. B. die Struktur- und Agrarfonds). Wie diese Regel interpretiert werden wird, ist noch offen. Bei strenger Auslegung wäre ein Großteil der traditionellen Projektmaßnahmen im Naturschutzbereich unter LIFE+ nicht mehr förderfähig, da viele EU-Fonds Naturschutz in ihrem Förderportfolio abdecken. Das Entscheidungskriterium sollte jedoch vielmehr sein, ob Maßnahmen in der Praxis bereits durch andere Programme gefördert werden. Es bleibt zu hoffen, dass es auch in Zukunft vorrangig darum geht, Doppelförderungen auszuschließen.

### Tipps für Antragsteller

Detailgenaue und konkrete Anträge haben die höchsten Chancen auf Zuteilung. Man sollte als Antragsteller nachweisen können, dass mögliche Komplikationen im Vorfeld erkannt und entsprechende Vorkehrungen getroffen wurden. Dazu gehören auch ein klarer Zeitplan, die Zuweisung von Verantwortlichkeiten und die Berücksichtigung

<sup>1</sup> Der Autor hat das Bundesumweltministerium (BMU) als externer Berater in den Verhandlungen zu LIFE+ unterstützt. Dieser Artikel gibt seine private Meinung wieder.

der politischen und sozialen Rahmenbedingungen. Relativ chancenlos sind Anträge, die auf der Stufe einer konzeptionellen Ideensammlung verharren. Private Antragsteller müssen zudem den Nachweis erbringen, dass sie das Projektbudget auch verwalten können. Als Faustregel gilt: Das Jahresprojektbudget sollte nicht höher sein als das Eigenkapital des Antragstellers. Das Fehlen entsprechender Nachweise (Jahresbilanz und Wirtschaftsprüfbericht) ist bei privaten Antragstellern der häufigste Ablehnungsgrund!

In der LIFE-Projekt Datenbank der EU-Kommission kann man nach ähnlichen Projekten recherchieren und zu ehemaligen und derzeitigen Projektträgern Kontakt aufnehmen. Die Sicht aus der Praktikerperspektive auf die Antragstellung und Projektdurchführung ist sicher lehrreich. ●

Die Europäische Kommission wird Ende Juli Entwürfe der Antragsunterlagen veröffentlichen. In Vorbereitung eines Antrags lohnt es sich auch, die Unterlagen der letzten Projektauswahlrunde zu studieren. Diese sind auf den Internetseiten der EU-Kommission zu finden. ● ■

## ● Weitere Informationen

Tilmann Disselhoff, Hobrechtstr. 26, 12047 Berlin  
eMail: [tilmandisselhoff@yahoo.de](mailto:tilmandisselhoff@yahoo.de)

LIFE-Projekt Datenbank der EU-Kommission:  
[www.ec.europa.eu/environment/life/project/Projects](http://www.ec.europa.eu/environment/life/project/Projects)

Unterlagen der letzten LIFE-Projektauswahlrunde:  
[www.ec.europa.eu/environment/life/funding/2005\\_2006call.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/life/funding/2005_2006call.htm)

Weitere Informationen und Tipps zu EU-Fonds im Umweltbereich:  
DNR (Hrsg.): „EU-Fonds für die Umwelt - Ein kritischer Leitfaden durch den Förderdschungel“, 36 S., kostenlos; PDF-Download (400 kB):  
[www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur07-i.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur07-i.pdf)

Nützliche Adressen für Informationen und Hilfestellung bei der Beantragung von LIFE+-Fördermitteln:  
Siehe Seite 33.

## EU-Parlament besorgt über Biodiversitätsrückgang

### Schutzmaßnahmen sollen intensiviert werden

Das Europäische Parlament (EP) hat im Plenum am 22. Mai seine Bedenken angesichts des Biodiversitätsrückgangs in Europa geäußert. In einem Bericht fordern die Parlamentarier/innen die EU auf, eine Führungsrolle beim Schutz der Biologischen Vielfalt einzunehmen. Die Entschliebung ist eine Antwort des Parlaments auf den Aktionsplan der Europäischen Kommission vom letzten Jahr, der dem Ziel dienen soll, bis 2010 dem Biodiversitätsverlust Einhalt zu gebieten („2010-Ziel“).

### Konzept begrüßt, sofortige Umsetzung und Folgestrategie gefordert

Das Parlament begrüßt in der Entschliebung die entsprechende Mitteilung der EU-Kommission „wegen ihres konzeptuellen Ansatzes, ihrer vorrangigen Zielsetzungen für den Zeitraum 2007-2008 und der wesentlichen Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele und sieht darin einen guten Ausgangspunkt für eine Realisierung der Zielsetzungen für 2010“. Allerdings warnen die Parlamentarier/innen, dass sehr intensive und koordinierte Anstrengungen auf allen Ebenen notwendig seien, um das 2010-Biodiversitätsziel wirklich zu erreichen, und sie drängen die Kommission zur unverzüglichen und wirksamen Umsetzung. Das EP fordert die Kommission außerdem auf, für die Zeit nach 2010 das Verfahren für eine längerfristige „EU-Vision für die biologische Vielfalt“ einzuleiten und „eine umfassende langfristige Strategie“ vorzulegen.

### Verlust der biologischen Vielfalt kein rein wirtschaftliches Problem

Zudem drängt das Parlament die Kommission, die Umsetzung der überarbeiteten Gemeinsamen Fischereipolitik, die Annahme einer „ehrgeizigen Rahmenrichtlinie für die Meeresumwelt“, Maßnahmen gegen den Raubbau an wildlebenden Arten, Aktionen zur Schadstoffverringerung sowie die Bekämpfung gebietsfremder invasiver Arten voranzutreiben. Eine nachhaltige Raumplanung sei ebenso unerlässlich wie eine EU-Fischereipolitik, die der Überfischung der Meere ein Ende setzt. Darüber hinaus fordert das Parlament die Kommission auf Gesetzesvorschläge ▼ zu initiieren, die den Import von illegal geschlagenem Holz einschränken, und warnt vor den Auswirkungen der steigenden Bio-

dieselnachfrage auf die tropischen Wälder. Angesichts der Folgen des Klimawandels für die Ökosysteme hält es das Parlament „für unbedingt notwendig, den „konventionellen“ Druck auf die Ökosysteme (Zerschneidung, Raubbau, Verschmutzung, Invasion gebietsfremder Arten) zu verringern“ und „zusätzliche maßgeschneiderte Mittel und Wege zu ersinnen“, um dem durch den Klimawandel erzeugten Druck entgegenzuwirken. Das EP lobt das neu aufgekommene Konzept der „Ökosystemleistungen“, das den wirtschaftlichen Wert der biologischen Vielfalt erfasst, warnt aber davor, nur den Wert der biologischen Vielfalt für den Menschen oder „den Verlust der biologischen Vielfalt lediglich als wirtschaftliches Problem“ zu betrachten.

### EU-Kommission begrüßt Entschliebung

Die Kommission begrüßte den Bericht des Parlaments. Man teile die Sorge um die finanziellen Einschränkungen bei der Durchführung und um den fortschreitenden Verlust an biologischer Vielfalt und den damit verbundenen Rückgang der Ökosystemleistungen. Die EU-Kommission unterstützt die Forderung des Parlaments, sämtliche horizontalen und sektorbezogenen EU-Politikmaßnahmen am Ziel der Erhaltung der Ökosystemleistungen auszurichten. (bv) ■

## ● Weitere Informationen

Entschliebung des EU-Parlaments zu Biodiversität:  
[www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0195+0+DOC+XML+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0195+0+DOC+XML+V0//DE)

Pressemitteilung des EU-Parlaments:  
[www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/064-6851-141-05-21-911-20070516IPR06753-21-05-2007-2007-false/default\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-6851-141-05-21-911-20070516IPR06753-21-05-2007-2007-false/default_en.htm)

Antwort der EU-Kommission:  
[www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/07/694)

Weitere Quelle: ENDS Europe Daily 22.05.07

## Europas Säugetiere im Rückgang begriffen

### Ein Sechstel der europäischen Säugetiere vom Aussterben bedroht

Bei mehr als einem Viertel aller Säugetierarten in Europa geht der Bestand zurück, fast jede sechste ist vom Aussterben bedroht. Nur acht Prozent der europäischen Säugetierarten verzeichnen einen Populationszuwachs. Zu diesem Ergebnis kommt die Ende Mai veröffentlichte IUCN-Bewertung zu Europäischen Säugetieren (EMA)<sup>1</sup>, in der Zoologen die biologische Vielfalt in den Mitgliedstaaten und ihren Meeren untersucht haben. Die fünf EU-Länder mit der größten Artenvielfalt bei Säugetieren sind Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland und Griechenland.

### Trockenlegung, Umweltverschmutzung und Abholzung verringern Lebensraum

Insgesamt 35 der 231 Säugetierarten listet die Weltnaturschutzorganisation IUCN als bedroht auf, darunter 14 Arten, die in Europa schon bald aussterben könnten. Zu den am stärksten bedrohten Arten gehören der Iberische Luchs, die Saiga-Antilope, die Mittelmeer-Mönchsrobbe, der nordatlantische Glattwal und der Blauwal. Vom Iberischen Luchs gibt es der Studie zufolge nur noch zwei kleine Bestände in Spanien - etwa 150 Tiere. Die Zahl der Mönchsrobbe ging auf etwa 400 zurück. Grund für die Gefährdung ist die durch Menschen verursachte Verkleinerung der Säugetier-Lebensräume durch Abholzung, Trockenlegung und Umweltverschmutzung. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

Quellen: IUCN (PDF, 3 S., 400 kB): [www.iucn.org/places/europe/rofe/documents/EU%20mammals%20assessment\\_final.pdf](http://www.iucn.org/places/europe/rofe/documents/EU%20mammals%20assessment_final.pdf)  
Der Spiegel 22.05.07: [www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,484268,00.html](http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,484268,00.html)

EMA-Studie der IUCN „The Status and Distribution of European Mammals“ (PDF, 60 S., 11 MBI): [www.ec.europa.eu/environment/nature/conservation/species/ema/docs/ema\\_publication.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/nature/conservation/species/ema/docs/ema_publication.pdf)

<sup>1</sup> EMA: European Mammal Assessment (Europäische Säugetier-Bewertung).

## Biodiversität eng verknüpft mit Armutsbekämpfung

### UNEP-Bericht untersucht, wie stark Menschen auf Biodiversität bauen

Das UNEP World Conservation Monitoring Center (WCMC) hat einen Bericht zur Beziehung von Biodiversität und Armutsbekämpfung veröffentlicht, um die Diskussion beim G8-Gipfel in Heiligendamm zur nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen und zum Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele in Afrika unterstützen.

### Ökosystemleistungen im Blick

Der Bericht der UN-Umweltbehörde überprüft den momentanen Stand der Wissenschaft bezüglich der Verknüpfung von Biodiversität und der nachhaltigen Bereitstellung der Ökosystemleistungen und betrachtet die Auswirkungen dieser Verbindungen für die Nachhaltigkeitspolitik. Damit soll das Verständnis davon verbessert werden, wie sehr Menschen weltweit auf die Biodiversität vertrauen. Der Bericht bewertet aber nicht den ökonomischen Wert von Biodiversität - wie in der Potsdam-Initiative (EUR 04.07, S. 7) in Anlehnung an den Stern-Report zur Wirtschaftlichkeit des Klimawandels (EUR 11.06, S. 25) beschlossen.

### Trondheim-Konferenz zur Vorbereitung des Biodiversitätsgipfels 2008

Bisher ist der Bericht nur im Internet erschienen. Bis zur Trondheim-Konferenz soll er auch in gedruckter Form vorliegen. Die Konferenz in der norwegischen Stadt findet vom 29.10.-2.11. statt und hat den Titel „Ökosysteme und Menschen - Biodiversität für Entwicklung - der Weg bis 2010 und darüber hinaus“. Die Trondheim-Konferenz will sich der Frage widmen, warum Biodiversität wichtig zur Armutsbekämpfung und für nachhaltige Entwicklung ist. Sie dient der thematischen Vorbereitung dieser strategischen Belange für die 9. Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen über die Biologische Vielfalt (CBD COP 9) im Mai 2008 in Bonn (siehe Beitrag auf Seite 23). (bv) ■

#### • Weitere Informationen

[www.unep-wcmc.org](http://www.unep-wcmc.org)  
Report (PDF, 39 S., 690 kB): [www.unep-wcmc.org/latenews/Biodiversity%20and%20Poverty%20Reduction%20UNEP-WCMC.pdf](http://www.unep-wcmc.org/latenews/Biodiversity%20and%20Poverty%20Reduction%20UNEP-WCMC.pdf)  
Trondheim-Konferenz: [www.trondheimconference.org](http://www.trondheimconference.org)

## Ökonomischer Ausgleich sorgt für mehr Artenreichtum

### Einkommensgefälle und Artensterben hängen auch im Norden zusammen

Einer Studie von kanadischen Wissenschaftlern zufolge besteht ein Zusammenhang zwischen ökonomischer Ungleichheit und der Reduzierung von Artenvielfalt. Für ihre Studie verknüpften die Wissenschaftler der McGill University in Montreal einen Indikator für wirtschaftliches Ungleichgewicht mit Indikatoren des Artenverlustes (Anzahl der 2004 gefährdeten Pflanzen und Wirbeltieren) auf zwei verschiedenen räumlichen Vergleichsskalen: innerhalb 45 internationaler Staaten und innerhalb 45 Bundesstaaten der USA.

### Wirtschaftssystem hauptverantwortlich für Biodiversitätsschwund

Dabei zeigten beide Skalen denselben Trend: Gesellschaften mit einer deutlich ungleichen Einkommensverteilung erleben einen größeren Artenverlust. Darüber hinaus zeigt die Studie, dass die Struktur der Wirtschaft und nicht die Größe der Weltbevölkerung oder der Wirtschaft den Hauptantrieb für den Artenschwund darstellt.

Würden die USA einen ähnlichen Grad an Gleichheit der Einkommensverteilung erreichen wie etwa Schweden, dann, so impliziert die Studie, wären 44 % weniger Pflanzen- und Wirbeltier-Arten in den USA vom Aussterben bedroht. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

Studie „Economic Inequality Predicts Biodiversity Loss“, Kurzfassung: [www.plosone.org/article/lookup?articleURI=info:doi/10.1371/journal.pone.0000444](http://www.plosone.org/article/lookup?articleURI=info:doi/10.1371/journal.pone.0000444)

Quelle: Telepolis 17.05.07 [www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25305/1.html](http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25305/1.html)

## Bundesnaturschutzgesetz: Nachbesserungen gefordert

### Naturschutzbund kritisiert geplante Neufassung

Der NABU hat die Bundesregierung aufgefordert die so genannte Kleine Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) nachzubessern. Der derzeit bei der Bundesregierung in Abstimmung befindliche Gesetzentwurf werde den Anforderungen des europäischen Artenschutzrechts nicht gerecht und senke zudem die bewährten Standards für den Artenschutz auf nationaler Ebene. Die Bundesregierung riskiere mit diesem Gesetzentwurf den Verlust weiterer Arten, obwohl sie sich international und auf EU-Ebene zum Stopp des Artensterbens bis zum Jahr 2010 verpflichtet habe. „Eigentlich sollte Deutschland als Gastgeber der UN Vertragsstaatenkonferenz zu Biologischen Vielfalt 2008 in Bonn eine Vorreiterrolle übernehmen“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

### NABU: Derzeitiger Gesetzentwurf erfüllt EuGH-Vorgaben nicht

Der derzeitige Gesetzesentwurf berücksichtige die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) nicht genügend, bemängelte der NABU weiter. Der EuGH in Luxemburg hatte in seinem Urteil vom 10. Januar 2006 festgestellt, dass sowohl das Bundesnaturschutzgesetz als auch das Pflanzenschutzgesetz in mehreren Punkten gegen das EU-Recht verstoßen (EUR 02.06, S. 29; DRB 02.07, S. 21).

Das diskutierte Papier berücksichtigt nicht die Lebensräume vieler in Europa bedrohter Arten wie z. B. der Wildkatze. Zudem wird nach Ansicht des NABU der Schutz vieler lediglich nach nationalem Recht geschützten Tier- und Pflanzenarten stark geschwächt. (bv) ■

### • Weitere Informationen

NABU, Magnus Herrmann, Referent für Natur- und Artenschutz, Berlin  
Tel. 030 / 284984-34, Fax -84  
eMail: magnus.herrmann@nabu.de  
www.nabu.de/m06/m06\_02

EuGH-Urteil vom 10.05.07 - Rechtssache C 508/04:  
www.curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de

## Newsticker

### Prominente Naturallianz unterstützt 2010-Biodiversitätsziel

Namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Kultur, darunter DNR-Präsident Hubert Weinzierl, wollen in einer neuen „Naturallianz“ gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium (BMU) dazu beitragen, bis zum Jahr 2010 den Verlust der biologischen Vielfalt deutlich zu reduzieren. Dazu wollen sie sich dafür einsetzen, die Öffentlichkeit stärker auf den Wert und den Nutzen der natürlichen Vielfalt und auf die 9. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention (CBD) aufmerksam zu machen, die im nächsten Jahr in Bonn stattfinden wird. (bv)

Quelle: BMU 22.05.2007

www.naturallianz.de

### Studie: Intensiv-Landwirtschaft lässt Agrar-Vogelarten stark zurückgehen

Eine neue Untersuchung hat gezeigt, dass die europäischen Agrarvogelarten in den letzten 25 Jahren um 44 % zurückgegangen sind. Dieser Trend sei auf die EU-weite Intensivierung der Landwirtschaft zurückzuführen, die durch die Gemeinsame Agrarpolitik gefördert wird. Diese sei daher dringend zu reformieren. Die Daten umfassen 20 Brutgebiete in ganz Europa aus einem Zeitraum von 25 Jahren. (bv)

Quelle: www.birdlife.org/news (07.06.07)

### Europa ist Hauptzielgebiet für Artenschmuggel

Die EU ist einer neuen TRAFFIC-Studie zufolge der weltweit größte Importeur wilder Pflanzen und Tiere. TRAFFIC, das gemeinsame Artenschutzprogramm von WWF und der Weltnaturschutzunion IUCN, untersuchte für die Studie Umfang und Menge des Wildartenhandels in der EU. Der Großteil entfällt laut Studie auf den legalen Handel, der im Jahr 2005 einen Wert von 93 Milliarden Euro erreicht habe, geschmuggelt würden vor allem bedrohte Arten. Zwischen 2003 und 2004 hätten die Behörden in der EU mehr als 7.000 Fälle von Wildartenschmuggel mit insgesamt mehr als 3,5 Millionen Exemplaren aufgedeckt, die unter das Washingtoner Artenschutzübereinkommen (CITES) fielen. (bv)

Quelle: www.wwf.de/presse/details/news/eu\_ist\_hauptimporteur\_fuer\_wilde\_pflanzen\_und\_tiere

### Donaudelta: Landschaft der Jahre 2007-2009

Anfang Juni hat die Naturfreunde Internationale (NFI) das Donaudelta zur „Landschaft des Jahres 2007-2009“ erklärt. Mit der Landschaft des Jahres rücken die Naturfreunde alle zwei Jahre eine grenzüberschreitende ökologisch wertvolle Region in das öffentliche Blickfeld, um vor Ort eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Mit dem Donaudelta zeichnet die NFI nun einen der außergewöhnlichsten Naturräume Europas aus: Im Grenzgebiet Rumäniens und der Ukraine gelegen, steht das über 5.000 km<sup>2</sup> große Feuchtgebiet für eine einzigartige ökologische und kulturelle Vielfalt. (bv)  
Quelle: www.nfi.at/?option=com\_content&task=view&id=92

### Euronatur kritisiert geplanten Donau-Save-Kanal in Kroatien

Auf Kanalbaupläne in Kroatien, deren Umsetzung wertvollste Naturlandschaften zerstören würde, hat Ende Mai die Umweltstiftung Euronatur aufmerksam gemacht. Der geplante Kanal von Vukovar an der Donau nach Samac an der Save soll nach Information von Euronatur 61 Kilometer lang werden, rund 600 Millionen Euro verschlingen, zur Verschuldung Kroatiens und zu gigantischen Eingriffen in Landschaften und Ökosystemen führen. (bv)

Quelle: www.euronatur.org (31.05.07)

### Geschützte Wälder in Europa: Analyse und Harmonisierung

Das Projekt COST E27<sup>1</sup>, mit dem Wissenschaftler und Ökonomen aus Europa gemeinsam den Schutz von Wäldern harmonisieren wollten, ist mit einer Publikation beendet worden. Über fünf Jahre hinweg waren 25 europäische Staaten an dem Projekt beteiligt. Ziel war die Beschreibung, Analyse und Harmonisierung der großen Bandbreite von Kategorien geschützter Wälder, die in europäischen Ländern genutzt werden, im Kontext internationaler Schutzkriterien. (bv)

www.efi.int/projects/coste27

Publikation, Länderberichte, weitere Daten:  
www.efi.int/projects/coste27/results

Weitere Quelle:  
www.ec.europa.eu/research/headlines/news/article\_07\_06\_01\_en.html

■

<sup>1</sup> COST E27 Clearinghouse PROFOR - Protected forest areas in Europe - analysis and harmonisation.

## Europäische Energiestrategie für den Verkehr verabschiedet

### Kritiker: Bahn wird vernachlässigt

Im Juni haben die EU-Verkehrsminister grünes Licht für die neue Energiestrategie für den Verkehr gegeben. Danach sollen die Energieeffizienz in allen Verkehrssektoren verbessert, der Anteil alternativer Kraftstoffe erhöht, umweltbewusstes Verhalten der Verkehrsteilnehmer belohnt und integrierte Verkehrskonzepte gefördert werden.

### Agro-Treibstoffe auch für Flugzeuge

Für die See- und Binnenschifffahrt forderte der Ministerrat von den Mitgliedstaaten, schärfere Kontrollen der Meeresverschmutzung durchzuführen. In der Luftfahrt soll die Verwendung erneuerbarer Kraftstoffe geprüft werden. Bahnunternehmen sollen ihre Energieeffizienz steigern. Auf das Ziel den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren konnte sich der Rat jedoch nicht einigen.

Die Allianz pro Schiene warf Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee vor, den Schienenverkehr in der Strategie zu vernachlässigen. Allen Verkehrsträgern außer der Bahn habe er Unterstützung zugesagt. Ausgerechnet der energieeffizienteste Verkehrsträger komme zu kurz. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Allianz pro Schiene, Maren Herbst,  
Reinhardstr. 18, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 275945- 62, Fax - 60  
eMail:  
maren.herbst@allianz-pro-schiene.de  
www.allianz-pro-schiene.de

## „Leipzig Charta“ entwirft Ideal der europäischen Stadt

### Umweltverträglicher Stadtverkehr auf der Prioritätenliste

Mit der „Leipzig Charta“ haben sich erstmals die 27 für Stadtentwicklung zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten auf gemeinsame Grundsätze und Strategien für die Stadtentwicklungspolitik geeinigt. Die Minister/innen versuchten Ende Mai ein Idealbild der „Europäischen Stadt“ des 21. Jahrhunderts zu entwerfen, wobei eine umfassende Stadtentwicklung verschiedene Politikbereiche (z. B. Verkehr, Energie, Umwelt, Soziales) und alle Akteure (lokal, regional, national und europäisch) vollständig mit einbeziehen soll. Zu den thematischen Prioritäten der Charta gehört neben baulichen und ökonomischen Strategien auch ein umweltverträglicher Stadtverkehr.

### Habitat-Netz: Nachhaltigkeit wird in der Charta nicht definiert

Verbindliche Beschlüsse für einen konsequenten ökologischen Umbau von Städten fehlen allerdings in der „Leipzig Charta“. Das Habitat-Netz kritisierte u. a., dass es in den Texten keinen akzeptablen Begriff von Nachhaltigkeit gebe. 700 Demonstrant/innen protestierten gegen das Treffen. Zuvor hatten sie die „Leipziger Erklärung“ veröffentlicht, in der sie u. a. den Erhalt von kommunalem Eigentum und echte Bürgerbeteiligung forderten (siehe Gastbeitrag auf Seite 9). (jg, mbu) ■

### • Weitere Informationen

AG Habitat im Forum Umwelt und Entwicklung, Sprecher Knut Unger, Schillerstr. 13, 58452 Witten  
Tel. 02302 / 392888  
eMail: knut.unger@habitat-netz.de  
www.habitants.de

Leipzig Charta (PDF, 8 S., 100 kB):  
www.eu2007.de/de/News/  
download\_docs/Mai/0524-AN/  
075DokumentLeipzigCharta.pdf

Leipziger Erklärung:  
www.leipzigerkamera.twoday.net/  
stories/3750549

## EU-Kommission legt Entwurf für Grünbuch Stadtverkehr vor

### Internetbefragung: EU soll sich in kommunale Kompetenzen einmischen

EU-Kommissar für Verkehr Jacques Barrot hat Anfang Juni seinen Entwurf des Grünbuchs zum städtischen Nahverkehr (EUR 04.07, S. 25) vorgelegt. Im letzten Halbjahr lief dazu eine Internetbefragung, um Meinungen zu dem Thema zu sammeln. Außerdem veranstaltete die Europäische Kommission vier Workshops und zwei Konferenzen. Die Anhörungen zeigten, dass die Befragten von der EU erwarten, im Stadtverkehr Maßnahmen zu ergreifen, die traditionell in den Aufgabenbereich der kommunalen Behörden fallen. Das steht im Widerspruch zum Anliegen des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB), kommunale Verkehrspolitik im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung zu belassen. Der DStGB hatte im April ein Positionspapier zum Grünbuch Stadtverkehr veröffentlicht (DRB 06/07.07, S. 17).

### Hauptkritikpunkt: Verkehrsüberlastung

Über 900 Bürger/innen und Interessengruppen nahmen an der Internetbefragung teil. Zwei Drittel derjenigen, die sich bei der Online-Konsultation geäußert haben, nannten als kritischste Punkte des städtischen Verkehrs die Verkehrsüberlastung und die Umweltverschmutzung. Fast 70 Prozent forderten die EU auf, Verbesserungen im Stadtverkehr auf die Prioritätenliste zu setzen, und 80 Prozent plädieren dafür, dass die Fahrzeuge des öffentlichen Nahverkehrs sauber und energieeffizient sein sollten.

Das Grünbuch zum städtischen Nahverkehr wurde bei der Halbzeitbilanz zum Verkehrs-Weißbuch im vergangenen Jahr (EUR 08/09.06, S. 27) angekündigt. Es gehört zu den strategischen Prioritäten der Kommission für 2007 und wird voraussichtlich im September veröffentlicht. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896  
www.ec.europa.eu/dgs/  
energy\_transport/index\_de.html

DStGB-Papier:  
www.dstgb.de/index\_inhalt/homepage/  
artikel/inhalt/brennpunkte/verkehr

### Weltbank für mehr ÖPNV in Städten des Südens

#### Studie: Autos erwärmen Erde so stark wie Abholzung und Landnutzung

Die Weltbank hat für verstärkte Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel in den Entwicklungsländern plädiert. In einer Studie vom April äußerten die Verfasser die Befürchtung, dass aufgrund der Bevölkerungsexplosion vor allem in China und Indien der Pkw-Verkehr in den kommenden Jahren extrem ansteigen werde. Die Emissionen klimaschädlicher Autoabgase tragen laut Studie etwa genauso viel zur Erderwärmung bei wie die Landnutzung und die Abholzung von Wäldern.

#### Experten sehen Millionenstädte im Norden als Vorbild für den Süden

Nach jüngsten Schätzungen der Weltbank wird die Weltbevölkerung in den kommenden 30 Jahren um etwa 40 Prozent wachsen. Die meisten Menschen würden in den Entwicklungsländern geboren. Das erfordert aus Sicht der Unabhängigen Bewertungsgruppe der Weltbank (IEG) ein Verkehrsmanagement, das Sicherheit, Gesundheit und saubere Umwelt zum Ziel haben müsse. Vor allem die Millionenstädte sollten sich dabei auf Erfahrungen der Industrieländer stützen, die den Individualverkehr in den Innenstädten gezielt reduziert hätten und gleichzeitig den öffentlichen Personenverkehr fördern würden. Den Modal Split<sup>1</sup> in den Städten des Nordens stellte die IEG jedoch nicht in Frage. In den Millionenstädten der USA erfolgen 86 % aller Fahrten mit dem Auto, in Europa ein Drittel bis die Hälfte. (mbu) ■

#### ● Weitere Informationen

Weltbank, Büro Deutschland, Bockenheimer Landstr. 109, 60325 Frankfurt am Main  
Tel. 069 / 743482-30, Fax -39  
[www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)

### Newsticker

#### Umweltverträglichkeitsprüfung bremst spanische Autobahnplanung

In Südspanien hat das Umweltministerium umstrittene Pläne für ein 300 Kilometer langes Autobahnstück auf Eis gelegt. Im Juni veröffentlichte das Ministerium die Ergebnisse einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die im Fall des Autobahnbaus „irreparable und unverantwortliche Folgen“ für verschiedene geschützte Arten in der Region voraussagt. Dabei geht es u. a. um den stark gefährdeten Iberischen Luchs, dessen Haupt-Lebensraum zerschnitten würde. Die Autobahn sollte die Städte Toledo, Ciudad Real und Córdoba verbinden. Laut spanischem Umweltministerium war es das erste Mal, das ein Autobahnprojekt durch eine UVP verhindert wurde. Nun gehe es darum, alternative Verbindungen zwischen den Städten zu erforschen. Die Umweltorganisation Ecologistas en Acción sieht in der Entscheidung allerdings keine Abkehr vom unbremsten Autobahnbau in Spanien. Der Fall sei eine Ausnahme, weil die Folgen so stark gewesen wären, dass die EU den Bau abgelehnt hätte. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 6.6.2007

■

<sup>1</sup> Verteilung des Verkehrsaufkommens auf verschiedene Verkehrsträger (Fuß, Rad, ÖPNV, Auto).

### Wasserpolitik im Parlament: Mehr Schutz - mit Ausnahmen

#### Regelungen für prioritäre Stoffe der Wasserverschmutzung verschärft

Das Europäische Parlament hat am 22. Mai dafür gestimmt, die vorgeschlagenen Wasserqualitätsstandards für eine Reihe prioritärer Wasser verschmutzender Stoffe zu verschärfen. Die Regelungen waren letztes Jahr von der EU-Kommission in einer Tochterrichtlinie zur Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) festgelegt worden.

Die französische Berichterstatterin Anne Laperrouze (Liberale) versicherte, dass die verschärften Standards für die Industrie einzuhalten seien. Allerdings sei es vorhersehbar, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten versuchen würden Schlüsselaspekte des Vorschlags abzuschwächen. Die Deutsche Ratspräsidentschaft versucht zu vermitteln und eine politische Einigung zwischen den Regierungen bis Juni herbeizuführen. ▼

#### Anzahl der Substanzen soll verdoppelt werden

In der ersten Lesung am 22. Mai stimmte das Plenum fast allen Änderungen zu, für die der Umweltausschuss Ende März plädiert hatte. Diese würden die Liste der für prioritäre Kontrollmaßnahmen gekennzeichneten Schadstoffe nahezu verdoppeln. Die Parlamentarier/innen forderten einige dieser zusätzlichen Substanzen als prioritäre gefährliche Stoffe zu klassifizieren, für die langfristig ein Einstellungsziel festgelegt werden soll.

#### Ausnahmen für Sedimente, Ausbaggerungen und die Schifffahrt

Verschmutzungen in Sedimenten und aus der Schifffahrt, von Ausbaggerungen oder natürlichen Phänomenen werden aber nicht geregelt. Die Parlamentarier/innen forderten, dass die Übergangsregelungen für bestimmte Bereiche, in denen die Verschmutzungskonzentrationen die EU-Grenzwerte übersteigen, spätestens im Jahr 2018 auslaufen sollen.

In anderen Bereichen fügte das Parlament Grenzwerte für Schadstoffkonzentrationen in Sedimenten und bei lebenden Organismen hinzu - nicht nur im Oberflächengewässern, wie ursprünglich von der EU-Kommission vorgeschlagen. Nach dem Vorschlag des Parlaments würden die Mitgliedstaaten auch Ermessensspielraum bei den Monitoringmethoden verlieren. Es

ist Aufgabe der Mitgliedstaaten, die Konzentrationen zu überwachen und in ihren Bestandsaufnahmen zu vermerken.

#### Umweltverbände kritisieren Ausnahmeregelungen

Umweltverbände begrüßten das Ergebnis, kritisierten aber, dass das Parlament bei verschiedenen weit reichenden Ausnahmen unter dem Druck der Industrie eingeknickt sei. Diese Ausnahmen würden die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie sowie der OSPAR- und Helsinki-Konventionsziele zum Schutz des Nordostatlantik und der Ostsee unterlaufen. Es sei inakzeptabel, dass die Verschmutzung in Sedimenten nicht richtig berücksichtigt worden sei, sagte Mecki Naschke vom Europäischen Umweltbüro (EEB) in Brüssel. Dies ignoriere die Dynamik in Wasserökosystemen und die Tatsache, dass Verschmutzungen wieder freigesetzt werden könnten. Damit würde den Mitgliedstaaten nicht geholfen, bis zum Jahr 2015 einen „guten chemischen Status“ für die Gewässer zu erreichen, so Naschke weiter. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Mecki Naschke, Brüssel  
EEB-Pressmitteilung 22.05.07 (PDF, 60 kB):  
[www.eeb.org/press/220507-NGO-Press-Release-Priority-Substances.pdf](http://www.eeb.org/press/220507-NGO-Press-Release-Priority-Substances.pdf)

EU-Parlament, Pressemitteilung 16.05.07:  
[www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/064-6850-141-05-21-911-20070516IPR06752-21-05-2007-2007-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-6850-141-05-21-911-20070516IPR06752-21-05-2007-2007-false/default_de.htm)

Abänderungsbeschlüsse des EU-Parlaments:  
[www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0190+0+DOC+XML+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0190+0+DOC+XML+V0//DE)

### Newsticker

#### Badegewässer erfüllen EU-Vorgaben, Kommissar rügt aber Bilanztricks

Nach dem Ende Mai von der EU-Umweltkommission vorgelegten Badegewässerbericht für das Jahr 2006 erfüllen an den Küsten 96 % und an den Flüssen und Seen 89 % der Badegebiete die Vorgaben der EU-Badegewässerrichtlinie (76/160/EWG). Verglichen mit dem Vorjahr blieb der Anteil bei den Küstengewässern gleich und stieg bei den Süßwassergebieten um drei Prozent. Problematisch sei jedoch, dass - wie schon in den Jahren zuvor - verschiedene EU-Mitgliedstaaten Gewässer, die nicht den Vorgaben entsprechen, einfach von den Listen strichen, sagte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas. Statt Strategien zur Verbesserung der Qualität dieser Gewässer zu entwickeln würden sie der öffentlichen Kontrolle entzogen und verfälschten so die Statistiken. Allein 2005 seien 88 Küsten- und 166 Binnengewässer von den Listen gestrichen worden. Um diesen Trend zu stoppen hat die EU-Kommission gegen 11 Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. (tf)

Zusammenfassung des Berichts:

[www.ec.europa.eu/water/water-bathing/report\\_2007.html](http://www.ec.europa.eu/water/water-bathing/report_2007.html)

#### Walfangmoratorium bleibt - sonst wenig Ergebnisse bei IWC-Tagung

Auf der 59. Konferenz der Internationalen Walfangkommission (IWC) Ende Mai in Alaska ist gegen den Druck der großen Walfangnationen wie Japan und Norwegen eine Fortsetzung des seit 1986 bestehenden Walfangmoratoriums beschlossen worden. Die Ausweisung von Walschutzgebieten im Südatlantik konnten die Walfangbefürworter jedoch verhindern. Ein weiteres Ergebnis ist die Annahme einer Resolution zum Schutz der vom Aussterben bedrohten „Vaquitas“ (Schweinswale in Mexiko) und die Ablehnung eines US-Antrages, in der walreichen Bristol Bay Öl und Gas zu fördern (Vorbereitungen für die Erschließung laufen bereits). Der WWF nannte die Ergebnisse der aktuellen dramatischen Bedrohung für Wale, Delfine und Tümmler nicht angemessen. Solange die Regierungen immer nur über das Thema Walfangmoratorium stritten und gleichzeitig die Schlupflöcher dieses Moratoriums ausnutzten, würden noch mehr Wale getötet. (tf)

WWF, Frankfurt/M., Tel. 069 / 79144142, [info@wwf.de](mailto:info@wwf.de), [www.wwf.de](http://www.wwf.de)

## Veröffentlichungen

### G8 Macht Politik - Wie die Welt beherrscht wird

Dieser Reader will die G8-Politik als Hegemonie eines exklusiven Clubs zeigen und die Folgen solcher „Architektur“ für die Weltgesellschaft transparent machen. Anlässlich des G8-Gipfels im Juni in Heiligendamm unter deutscher Präsidentschaft haben die Herausgeber international renommierte Fachleute, engagierte Wissenschaftler und Aktivisten in diesem Band versammelt. Ihre Beiträge liefern solide Bestandsaufnahmen und begründete Standpunkte zum Führungsanspruch der G8 und den Folgen neoliberaler Strategien. Alle Autoren sind sich einig, dass die G8-Treffen den Status quo in der Welt bewahren wollen und Änderungen nur zustimmen werden, wenn es eigenen Interessen nützt. (bv)

Henning Melber, Cornelia Wilß (Hrsg.): G8 macht Politik - Wie die Welt beherrscht wird, Brandes & Apsel, Frankfurt/M. 2007, 192 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 3-86099-723-8

### Ressourceneffizienz und nachhaltige Produktions- und Konsummuster

Welche politischen Maßnahmen können zu einem nachhaltigeren Umgang mit Rohstoffen führen? Das Zentrum für Nachhaltigen Konsum und Nachhaltige Produktion (CSCP) - eine Kooperationseinrichtung des Wuppertal Instituts und des UN-Umweltprogramms UNEP - sowie die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) haben eine Übersicht über solche Politikmaßnahmen zusammengestellt. Neben Beispielen für gesetzliche Regelungen aus aller Welt gibt es auch Fallstudien. Möglichkeiten für nachhaltigere Konsum- und Produktionsmuster wurden in fünf Bereichen entdeckt: Regulative, ökonomische, informative, kooperative und auf Bildung bezogene Instrumente. (jg)

GTZ/CSCP (ed.): „Policy instruments for resource efficiency towards sustainable consumption and production“ (PDF, 124 S., 2 MB):

[www.scp-centre.org/uploads/media/GTZ-CSCP-PolicyInstrumentsResourceEfficiency\\_01.pdf](http://www.scp-centre.org/uploads/media/GTZ-CSCP-PolicyInstrumentsResourceEfficiency_01.pdf)

### Global Europe: Die neue handelspolitische Strategie der EU

Derzeit ist die Welthandelspolitik gekennzeichnet von einer Legitimationskrise und ungeklärten Verhandlungssituation in der

Welthandelsorganisation (WTO), einer gesteigerten ökonomischen und politischen Macht von Schwellen- und Entwicklungsländern sowie einem fortgesetzten Drängen wirtschaftlicher Interessensgruppen auf neue „WTO-plus“-Abkommen in bilateralen und regionalen Kontexten. Seit Oktober 2006 bildet die neue handelspolitische Strategie der EU „Global Europe - Competing in the world“ den konzeptionellen Rahmen für eine integrierte interne und externe EU-Strategie globaler Wettbewerbsfähigkeit. Ein Diskussionspapier aus dem Forum Umwelt und Entwicklung stellt Hintergründe und Kerninhalte der neuen EU-Strategie vor, weist auf wirtschafts-, entwicklungs-, umwelt- und demokratiepolitische Gefahren hin und rundet mit politischen Handlungsempfehlungen die Bewertung der neuen EU-Strategie ab. (bv)

Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel. 0228 / 359704, eMail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de), [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

### A Global Deal for a below 2°C Energy Vision

... heißt das Strategiepapier vom Forum Umwelt und Entwicklung, das als Ergebnis der Tagung „Coming to GRIPS with the Emerging Global Energy Policy“ Ende März in Bonn erschienen ist. (bv)

Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung (s.o.)

### Schutz der Wälder: Nationale Verantwortung, globales Handeln

Die Rolle der Wälder als Klimafaktor globaler Bedeutung findet in der Walddiskussion immer noch zu wenig Beachtung. Die derzeit überwiegend praktizierte Art und Weise der Nutzung der Wälder im globalen Maßstab hat mit Nachhaltigkeit wenig zu tun und ist meist auf den kurzzeitig zu erzielenden maximalen wirtschaftlichen Gewinn im internationalen Holz- und Agrarhandel ausgerichtet. Das neue BfN-Skript zeigt ein erschreckendes Bild des Zustands und der Entwicklung der Biosphäre zu Beginn des 21. Jahrhunderts. (bv)

Bezug: Bundesamt für Naturschutz (BfN), Konstantinstr. 110, 53179 Bonn, Tel. 0228 / 8491-4444, Fax -1039, eMail: [presse@bfn.de](mailto:presse@bfn.de), Download (41 S., 2 MB): [www.bfn.de/0502\\_skriptliste.html](http://www.bfn.de/0502_skriptliste.html)

## Wettbewerb

### Wettbewerb „FrauenLebenVielfalt“ - bis 22.9. mitmachen

► Am Internationalen Tag der Biodiversität am 22. Mai hat die Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (genanet) den Wettbewerb „FrauenLebenVielfalt“ gestartet. Frauen jeder Altersklasse sind aufgefordert zu zeichnen, zu fotografieren und zu texten, um „die biologische und kulturelle Vielfalt zu beschreiben, die unsere Gesellschaft, unsere Erde einzigartig macht. Es geht um vielfältige Lebensstile und -entwürfe, die Mensch und Natur in Einklang bringen. Vielfalt ist bunt und schön, manchmal auch zu viel und gar nicht erwünscht - jede Frau verbindet andere Bilder mit Vielfalt, alle haben ihre Berechtigung.“ Die schönsten Beiträge werden prämiert, Einsendeschluss ist der 22. September 2007.

### Rolle der Frauen auch in den Industrieländern stärken

Im „Süden“ der Welt würden Frauen mittlerweile als wichtige Akteurinnen anerkannt, wenn es um den Erhalt der Biodiversität - die Vielfalt an genetischen Ressourcen, an Arten und Lebensräumen - geht, so die Ausschreibung. Aber auch in den Industrieländern müsse die Rolle der Frauen gestärkt werden, wenn beispielsweise über Landwirtschaft und Gentechnik, Landschaftsplanung und Flächenverbrauch gesprochen und entschieden wird. Der Wettbewerb soll hierfür einen Anstoß geben und Frauen für das Thema sensibilisieren. Gleichzeitig soll er ein Zeichen setzen für die im Mai 2008 in Bonn stattfindende UN-Konferenz zum Erhalt der Biologischen Vielfalt. (jg) ■

### • Weitere Informationen

genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit, c/o LIFE e.V., Ulrike Röhr, Anja Wirsing, Dircksenstr. 47, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 308798-35, -31  
Fax 030 / 308798-20  
eMail: [leitstelle@genanet.de](mailto:leitstelle@genanet.de)  
[www.genanet.de/biodiversitaet.html](http://www.genanet.de/biodiversitaet.html)

## Sonderhefte zum EU-Rundschreiben

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ~200-500 kB):  
[www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“) oder  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Publikationen“)

<b>Titel/Thema</b>	<b>Ausgabe</b>
Europa vor der Energiewende? Aktuelles zur EU-Energiepolitik	II/2007
EU-Fonds für die Umwelt: Ein kritischer Leitfaden	I/2007
Brüsseler 1 × 1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft/10 Grüne Prüfsteine	Extra
Umsetzung von EU-Umweltrecht: Wohin steuert die Europäische Union?	11./12.06
Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

## LIFE+ - Ansprechpartner, Adressen und Links

### Ausschreibungen ab Herbst 2007

Ende Mai ist die endgültige Fassung des LIFE+ Umweltförderungsprogramms 2007-13 beschlossen worden (siehe Beitrag auf Seite 24). Die Verordnung bestätigt ein Programmbudget von mehr als 2,1 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2007-2013. Drei Viertel der Gelder sollen für Projektzuschüsse ausgegeben werden. Davon sollen mindestens die Hälfte Biodiversitätsprojekten zur Verfügung stehen. Erste Ausschreibungen im neuen EU-Umweltprogramm LIFE+ (2007-2013) werden im Herbst 2007 erwartet. Das neue Programm LIFE+ beinhaltet die drei Teilbereiche

- Natur und biologische Vielfalt,
- Umweltpolitik und gute Verwaltungspraxis sowie
- Information und Kommunikation.

Auf der LIFE-Website der EU-Kommission findet sich eine Reihe nützlicher Adressen<sup>1</sup> für Informationen und Hilfestellung bei der Beantragung von LIFE+-Fördermitteln:

### EU-Kommission

Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Referat D1, BU- 9 2/1, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Fax 0032 2 / 2969556  
[www.europa.eu.int/comm/environment/life/home.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/life/home.htm)

### LIFE-Natur: Bundesumweltministerium

Für den LIFE+-Teilbereich Natur und biologische Vielfalt:

BMU, Referat Gebietsschutz, Holger Galas, Robert-Schuman-Platz 3, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 305-2623, Fax -2697  
[holger.galas@bmu.bund.de](mailto:holger.galas@bmu.bund.de)

### LIFE-Umwelt: Länderministerien

Für die LIFE+-Teilbereiche Umweltpolitik und gute Verwaltungspraxis sowie Information und Kommunikation:

Umweltministerium Baden-Württemberg, Andrea Degner, Referat 14, Kernerplatz 9, 70182 Stuttgart  
Tel. 0711 / 126-2719, Fax -2881  
[andrea.degner@um.bwl.de](mailto:andrea.degner@um.bwl.de)

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Siegfried Heise/Ernst Polleter, Rosenkavalierplatz 2, 81295 München  
Tel. 089 / 9214-2403, -2165, Fax -3228  
[siegfried.heise@stmugv.bayern.de](mailto:siegfried.heise@stmugv.bayern.de)  
[ernst.polleter@stmugv.bayern.de](mailto:ernst.polleter@stmugv.bayern.de)

Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Referat IX A, Lothar Stock/Henrike Geisler, Brückenstr. 6, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 9025-2492, -2400, Fax -2510  
[lothar.stock@senstadt.verwalt-berlin.de](mailto:lothar.stock@senstadt.verwalt-berlin.de)  
[sybille.schultz@senstadt.verwalt-berlin.de](mailto:sybille.schultz@senstadt.verwalt-berlin.de)

Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt- und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Referat 14, Dr. Silvia Rabold, Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam  
Tel. 0331 / 866-7317, Fax -7715  
[silvia.rabold@mluv.brandenburg.de](mailto:silvia.rabold@mluv.brandenburg.de)

Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen, Referat 22, Rita Whalley/Dr. Hans-Joachim Stietzel, Ansgaritorstr. 2, 28195 Bremen  
Tel. 0421 / 361-59504, -17247  
Fax 0421 / 361-9253  
[rita.whalley@umwelt.bremen.de](mailto:rita.whalley@umwelt.bremen.de)  
[hans-joachim.stietzel@umwelt.bremen.de](mailto:hans-joachim.stietzel@umwelt.bremen.de)

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Klaus de Buhr, Billstr. 84, 20539 Hamburg  
Tel. 040 / 42845-3005, Fax -3984  
[klaus.debuhr@bsu.hamburg.de](mailto:klaus.debuhr@bsu.hamburg.de)

Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Renate Labonté/Günter Lanz, Referat 18A, Mainzer Str. 80, 65189 Wiesbaden  
Tel. 0611 / 815-1153, -1170, Fax -1941  
[r.labonte@hmulv.hessen.de](mailto:r.labonte@hmulv.hessen.de)  
[g.lanz@hmulv.hessen.de](mailto:g.lanz@hmulv.hessen.de)

Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern, Angelika Groth, Schloßstr. 6-8, 19053 Schwerin  
Tel. 0385 / 588-8411, Fax -8042  
[angelika.groth@um.mv-regierung.de](mailto:angelika.groth@um.mv-regierung.de)

Niedersächsisches Umweltministerium, Hans-Peter Dreiser, Archivstr. 2, 30169 Hannover  
Tel. 0511 / 120-3472, Fax -3696  
[hans-peter.dreiser@mu.niedersachsen.de](mailto:hans-peter.dreiser@mu.niedersachsen.de)

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Uwe Wolf/Tanja Tyrann-Weyers, Referat VII-3 (Europapolitik und Internationale Angelegenheiten), Schwannstr. 3, 40476 Düsseldorf  
Tel. 0211 / 4566-607, -638  
Fax 0211 / 4566-388, -942  
[uwe.wolf@munlv.nrw.de](mailto:uwe.wolf@munlv.nrw.de)  
[tanja.tyrann-weyers@munlv.nrw.de](mailto:tanja.tyrann-weyers@munlv.nrw.de)

Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Gundolf Schrenk, Marlu Herrmann-Hortner, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116 Mainz  
Tel. 06131 / 16-2312, -2341, Fax -4646  
[gundolf.schrenk@muf.rlp.de](mailto:gundolf.schrenk@muf.rlp.de)  
[marlu.herrmann-hortner@muf.rlp.de](mailto:marlu.herrmann-hortner@muf.rlp.de)

Ministerium für Umwelt des Saarlandes, Franz-Josef Warken, Keplerstr. 18, 66117 Saarbrücken  
Tel. 0681 / 501-4725, Fax -4660  
[f.warken@umwelt.saarland.de](mailto:f.warken@umwelt.saarland.de)

Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, Petra Dörfel, Referat 23 (Förderstrategie), Archivstr. 1, 01097 Dresden  
Tel. 0351 / 564-6830, Fax -6849  
[petra.doerfel@smul.sachsen.de](mailto:petra.doerfel@smul.sachsen.de)

Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, Jutta Hartmann, Stabstelle für nachhaltige Entwicklung und internationale Zusammenarbeit, Olvenstedter Str. 4, 39108 Magdeburg  
Tel. 0391 / 567-3485, Fax -3409  
[hartmann@mli.lsa-net.de](mailto:hartmann@mli.lsa-net.de)

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein, Norbert Hölcker, Mercatorstr. 3, 24106 Kiel  
Tel. 0431 / 988-7151, Fax -7192  
[norbert.hoelcker@munl.landsh.de](mailto:norbert.hoelcker@munl.landsh.de)

Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, Referat 16 (Europa/Öffentlichkeitsarbeit), Frau H. Höhn/Herr U. Lenzer, Beethovenplatz 3, 99096 Erfurt  
Tel. 0361 / 3799-156, -178, Fax -131  
[h.hoehn@tmlnu.thueringen.de](mailto:h.hoehn@tmlnu.thueringen.de)  
[u.lenzer@tmlnu.thueringen.de](mailto:u.lenzer@tmlnu.thueringen.de)  
(jg, bv, mb) ■

<sup>1</sup> Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, LIFE-Abteilung, Brüssel  
[www.ec.europa.eu/environment/life/contact/nationalcontact](http://www.ec.europa.eu/environment/life/contact/nationalcontact)

## Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de) mailen.

Diese (und weitere) Termine im Internet: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (Termine) [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (aktueller und meist ausführlicher)

Andere Terminseiten im Internet: [www.dnr.de/terminlinks](http://www.dnr.de/terminlinks) (siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

9.-13.7., Paris

### **Bewertung der Implementierung der Biodiversitätskonvention**

2. OEWG-Sitzung - CBD WGRI-2  
[www.biodiv.org/doc/meeting.aspx?mtg=WGRI-02](http://www.biodiv.org/doc/meeting.aspx?mtg=WGRI-02)

12.-15.7., München

### **Velo-city 2007 - From Vision to Reality**

Tagung; BMVBS, European Cyclists Federation

Kaulen Planning Office, Aachen  
Tel. 0241/ 334-44, Fax -45  
[info@velo-city2007.com](mailto:info@velo-city2007.com)  
[www.velo-city2007.com](http://www.velo-city2007.com)

30.7.-12.8., Italien

### **Italienische Reise nach Utopia**

Seminar-Rundreise; Hand in Hand Beratung, Dieter Halbach, Bandau  
Tel. 039000-90862, Fax -51232  
[d.halbach@siebenlinden.de](mailto:d.halbach@siebenlinden.de)  
[www.oekodorf7linden.de](http://www.oekodorf7linden.de)

5.-10.8., Berlin

### **Environmental Planning and Management**

Internationaler Kongress; TU Berlin  
[urbcongress@tu-berlin.de](mailto:urbcongress@tu-berlin.de)  
[www.urbenvironcongress.tu-berlin.de](http://www.urbenvironcongress.tu-berlin.de)

12.-18.8., Stockholm

### **Stockholm Water Week**

SIWI, Stockholm  
Tel. 0046 8 / 52213960  
[sympos@siwi.org](mailto:sympos@siwi.org)  
[www.sivi.org](http://www.sivi.org)  
[www.worldwaterweek.org](http://www.worldwaterweek.org)

19.8.-16.9., Poppau, Sachsen-Anhalt

### **Ecovillage Design Education**

Int. Seminar; Ökodorf e.V., Kosha Joubert  
Tel. 039000 / 512-35, Fax -32  
[kosha@siebenlinden.de](mailto:kosha@siebenlinden.de)  
[www.oekodorf7linden.de](http://www.oekodorf7linden.de)

3.-14.9., Madrid

### **UN-Konferenz zur Bekämpfung der Wüstenbildung**

8. Treffen der Vertragsparteien - UNCCD COP8  
[www.unccd.int](http://www.unccd.int)

6./7.9., Erfurt

### **1. Internationaler Kongress zu Pflanzenöl-Kraftstoffen**

nova-Institut, Michael Carus, Hürth  
Tel. 02233 / 9436-84, Fax -83  
[michael.carus@nova-institut.de](mailto:michael.carus@nova-institut.de)  
[www.nova-institut.de](http://www.nova-institut.de)

17.-21.9., Montreal, Kanada

### **19. Treffen der Vertragsstaaten des Montreal-Protokolls**

MOP19; UNEP, Ozone Secretariat  
[www.ozone.unep.org](http://www.ozone.unep.org)

19.-21.9., Hohenheim bei Stuttgart

### **Fortschritte im Biogas**

Int. Konferenz; IBBK, Kirchberg/Jagst  
Tel. 07954 / 9262-03, Fax -204  
[conference@biogas-zentrum.de](mailto:conference@biogas-zentrum.de)  
[www.biogas-zentrum.de/ibbk](http://www.biogas-zentrum.de/ibbk)

20./21.9., Frankfurt/M.

### **Was ist die CBD und wie kommuniziert man „Biodiversität“?**

Informationsveranstaltung und Medienworkshop; DNR und Forum Umwelt & Entwicklung, Bettina Lange, Bonn  
Tel. 0228 / 923993-53, Fax -56  
[bettina.lange@dnr.de](mailto:bettina.lange@dnr.de)  
[www.biodiv-network.de](http://www.biodiv-network.de)

10.-12.10., Belgrad

### **6. paneuropäische Umweltministerkonferenz „Umwelt für Europa“**

[secretariat@efe-belgrade2007.org](mailto:secretariat@efe-belgrade2007.org)  
[www.efe-belgrade2007.org](http://www.efe-belgrade2007.org)

18.-20.10., München

### **8. Weltumweltsteuerkonferenz**

Förderverein Ökologische Steuerreform  
Tel. 089 / 520113-13, Fax -14  
[foes@foes.de](mailto:foes@foes.de)  
[www.worlddecotax.org](http://www.worlddecotax.org)

11.-15.11., Rom

### **20th World Energy Kongress**

World Energy Council, London  
Tel. 00442 / 0773459-96, Fax -26  
[www.rome2007.int](http://www.rome2007.int)

12.-16.11., Valencia, Spanien

### **27. Sitzung des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)**

[www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch)

3.-14.12., Bali, Indonesien

### **UN-Klimakonferenz**

13. Treffen der Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und 3. Treffen der Unterzeichnerstaaten des Kyoto-Protokolls  
[www.unfccc.int/2860.php](http://www.unfccc.int/2860.php)  
(bv, mb) ■

## EU-Sitzungstermine

### Portugiesische Ratspräsidentschaft Zweites Halbjahr 2007 (1.7.-31.12.)

#### 1. Ministerrats-Sitzungen

##### Juli

- 5.-7. Beschäftigung/Sozialpolitik\*<sup>oooo</sup>
- 10. Wirtschaft/Finanzen
- 13. Wirtschaft/Finanzen
- 16./17. Landwirtschaft/Fischerei\*
- 19.-21. Wettbewerb<sup>o</sup>
- 23.-24. Außenminister

##### August

- 31. Umwelt\*

##### September

- 1. Umwelt\*
- 7./8. Außenminister\*<sup>ooo</sup>
- 14. Wirtschaft/Finanzen\*<sup>ooo</sup>
- 16.-18. Landwirtschaft/Fischerei\*<sup>ooo</sup>
- 17./18. Justiz/Inneres
- 19. eGovernment\*<sup>o</sup>
- 21./22. Entwicklung\*<sup>o</sup>
- 24. Landwirtschaft/Fischerei
- 27./28. Wettbewerb

##### Oktober

- 1./2. Justiz/Inneres\*<sup>o</sup>
- 1./2. Verkehr/Telekomm./Energie<sup>oo</sup>
- 4. Geschlechtergerechtigkeit\*<sup>o</sup>
- 9. Wirtschaft/Finanzen<sup>o</sup>
- 15./16. Außenminister<sup>oo</sup>
- 18./19. Europäischer Rat der Staats- und Regierungschefs\*<sup>o</sup>
- 22./23. Landwirtschaft/Fischerei<sup>oo</sup>
- 25. Sport\*<sup>o</sup>
- 30. Umwelt<sup>oo</sup>

##### November

- 8./9. Justiz/Inneres
- 13. Wirtschaft/Finanzen
- 15./16. Bildung/Jugend/Kultur
- 19./20. Außenminister
- 22./23. Wettbewerb
- 23. Wirtschaft/Finanzen
- 26./27. Landwirtschaft/Fischerei
- 29/30. Verkehr/Telekomm./Energie

##### Dezember

- 3. Verkehr/Telekomm./Energie
- 4. Wirtschaft/Finanzen
- 5./6. Beschäftigung/Soziales
- 6./7. Justiz/Inneres
- 10./11. Außenminister
- 13./14. Europäischer Rat der Staats- und Regierungschefs
- 17. Umwelt
- 18.-20. Landwirtschaft/Fischerei

- \* informell
- <sup>o</sup> Lissabon (Portugal)
- <sup>oo</sup> Luxemburg
- <sup>ooo</sup> Oporto (Portugal)
- <sup>oooo</sup> Guimaraes (Portugal)
- alle anderen in Brüssel
- (tf, mb) ■

#### ● Weitere Informationen

[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):  
[www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau](http://www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau)

Portugiesische EU-Ratspräsidentschaft (1.7.-31.12.2007):  
[www.eu2007.pt](http://www.eu2007.pt)  
Terminkalender:  
[www.eu2007.pt/ue/aen/reunioes\\_eventos](http://www.eu2007.pt/ue/aen/reunioes_eventos)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:  
[www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE](http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE)

Quelle Umweltausschuss-Sitzungen:  
[www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi\\_meeting\\_dates\\_2007.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2007.pdf)

## Weiterführende Informationen

### Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

### EU-Rundschreiben-Archiv im Internet und weitere DNR-Angebote

Siehe Innen-Umschlagseite hinten.

### Kostenlose Beantwortung von Fragen zur EU

Europe Direct, der kostenlose Informationsdienst der Europäischen Kommission, beantwortet Fragen zu EU-Themen schnell und kompetent in deutscher Sprache.

Tel. 00800 / 6 7 8 9 10 11

eMail-Formular:

<http://europedirect-cc.cec.eu.int/websubmit/?lang=de>

### Laufende Gesetzgebungsverfahren

Aufstellung aller umweltrelevanten legislativen Dokumente („Vorschläge“ und „Mitteilungen“) der EU-Kommission, die sich gerade im Entscheidungsprozess ▼ befinden:

[www.ec.europa.eu/environment/docum](http://www.ec.europa.eu/environment/docum)

Etappen und aktueller Stand jedes Gesetzgebungsprozesses ▼ in einer zeitlichen Übersicht:

[www.ec.europa.eu/prelex](http://www.ec.europa.eu/prelex)

### Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahres und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissions-Vorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993.

Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer.

Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahr 1985 veröffentlicht wurde.

### Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet:

[www.eur-lex.europa.eu/RECH\\_naturel.do](http://www.eur-lex.europa.eu/RECH_naturel.do)

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln

Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278

eMail: [vertrieb@bundesanzeiger.de](mailto:vertrieb@bundesanzeiger.de)

## EU-Institutionen, Adressen

### Internetadressen der EU-Institutionen

[www.europa.eu](http://www.europa.eu) (vieles auch deutsch)

EU-ABC:

[www.europa.eu/abc/index\\_de.htm](http://www.europa.eu/abc/index_de.htm)

### Einführung EU-Umweltpolitik

[www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html](http://www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html)

### Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel

Tel. 0032 2 / 299-1111

#### Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222

[www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

#### Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:

Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

### Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933

[www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

#### Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

### Rat der Europäischen Union (Ministerrat)

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel

Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381

(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.].

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

### Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

### Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel

Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

### Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):

Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

### Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2381-811, Fax -978

### Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen

Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199

[www.eea.europa.eu](http://www.eea.europa.eu)

## Europäische Verträge

### Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

### Europäische Union - EU

Durch den Maastrichter Vertrag 1992/93 begründet, durch den Amsterdamer Vertrag 1996/97 und den Vertrag von Nizza 2001 weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS; „3. Säule“).

Kompaktdarstellung - Entstehung, Struktur und Verträge der EU:

[www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe](http://www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe)

## EU-Rechtsakte

### Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

### Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

### Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

Die wichtigsten Teile des geltenden EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge etc.) sind im Internet veröffentlicht:

[www.eur-lex.europa.eu](http://www.eur-lex.europa.eu)

(mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen:

[www.europa.eu/scadplus](http://www.europa.eu/scadplus)

Weitere Informationen auf unserer Seite  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (Brüsseler 1×1)

## Wie Gesetze in der EU entstehen

### Rechtsgrundlage

Jedes Gesetz braucht eine so genannte Rechtsgrundlage. Diese ermächtigt den Gesetzgeber dazu, ein Gesetz zu erlassen, und legt zudem meist das Verfahren fest. Im Europäischen Recht bildet der Artikel 175 des EG-Vertrages diese Rechtsgrundlage. Er ermächtigt dazu, auf dem Gebiet des Umweltschutzes Richtlinien<sup>1</sup> und Verordnungen<sup>2</sup> zu erlassen. Gleichzeitig bestimmt er, nach welchem Verfahren zu entscheiden ist. Hierbei gibt es das Anhörungs- und das Mitentscheidungsverfahren.

### Anhörungsverfahren

Beim Anhörungsverfahren hat das Europäische Parlament nur wenig Einfluss: Die Europäische Kommission legt ihren Gesetzesentwurf dem Ministerrat<sup>3</sup> vor. Zwar fordert der Rat das Europäische Parlament auf, eine Stellungnahme abzugeben. Er entscheidet jedoch frei - also ohne an die Stellungnahme des Parlaments gebunden zu sein. Allerdings ist im Anhörungsverfahren bei vielen Themen ein einstimmiges Votum des Ministerrates erforderlich.

Im Umweltbereich findet das Anhörungsverfahren eher selten und vor allem in folgenden Fällen Anwendung: Umweltvorschriften mit überwiegend steuerlichem Charakter, Maßnahmen im Bereich der Raumordnung, der Bodennutzung und der Bewirtschaftung von Wasserressourcen sowie solche Maßnahmen, die die Wahl der Mitgliedstaaten zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur der Energieversorgung betreffen.

### Mitentscheidungsverfahren

Beim Mitentscheidungsverfahren hat dagegen das Europäische Parlament großen Einfluss, denn es entscheidet in der Tat mit. Im Umweltbereich ist es das häufigste und deshalb das wichtigste Verfahren. Es läuft folgendermaßen ab (siehe auch Diagramm auf der folgenden Seite):

◆ Die Europäische Kommission legt dem Ministerrat und dem Parlament einen Vorschlag für einen Rechtsakt vor.

◆ Das Europäische Parlament berät in erster Lesung über diesen Vorschlag und übermittelt seine Stellungnahme dem Ministerrat.

◆ Der Ministerrat entscheidet dann mit qualifizierter Mehrheit. Das bedeutet: Jeder Mitgliedstaat hat je nach Größe eine bestimmte Stimmzahl. Für eine qualifizierte Mehrheit sind nach dem EG-Vertrag zurzeit 62 von 87 Stimmen (ca. 71 %) erforderlich.

Stimmt der Ministerrat mit dem Votum des Parlaments zu hundert Prozent überein, dann erlässt er den Rechtsakt in Übereinstimmung mit dem Europäischen Parlament. In diesem Fall ist das Gesetzgebungsverfahren beendet.

In der Regel kommt der Ministerrat jedoch zu einem Ergebnis, das mehr oder weniger von der Stellungnahme des Parlaments abweicht. Er legt dann einen so genannten Gemeinsamen Standpunkt fest. Als Grundlage dienen dabei der Kommissionsvorschlag, die Stellungnahme des Parlaments sowie die eigene Überzeugung des Ministerrates.

◆ Das Europäische Parlament behandelt diesen Gemeinsamen Standpunkt in einer zweiten Lesung. Dabei gibt es drei Möglichkeiten:

1. Es lehnt den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats ab. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Das Parlament stimmt dem Gemeinsamen Standpunkt zu. Dann entscheidet der Ministerrat ebenfalls erneut in einer zweiten Lesung. In diesem Fall kann der Rat den Rechtsakt im Einklang mit dem Parlament erlassen. Das Verfahren ist somit positiv beendet.

3. Das Parlament ändert den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats. In diesem Fall hat der Rat zwei Möglichkeiten:

- Er akzeptiert die Änderungen des Parlaments, verabschiedet den geänderten Text als Gesetz und beendet somit das Verfahren.
- Er überweist den geänderten Text an den Vermittlungsausschuss.

◆ Im Vermittlungsausschuss gibt es wiederum zwei Möglichkeiten:

1. Das Vermittlungsverfahren kommt zu keinem Ergebnis. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Der Vermittlungsausschuss legt einen Gemeinsamen Entwurf des Parlaments und des Rates vor. Stimmen das Europäische Parlament mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen und der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit dem Gemeinsamen Entwurf zu, dann ist der Rechtsakt angenommen. Lehnt jedoch eines der beiden Organe den Entwurf ab, so ist er endgültig gescheitert. ■

Quellen: Brüsseler 1×1, EU-Umwelthandbuch<sup>4</sup>

### • Weitere Informationen

„Brüsseler 1×1 - Wie funktioniert die EU?“, 3. Aufl., Berlin 2007, 96 S., kostenlos; PDF-Download (920 kB): [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Brüsseler 1×1“)

„Rat und Tat in Brüssel - Alles über den Rat der Europäischen Union“, Berlin 2006, 52 S., kostenlos; PDF-Download (430 kB): [www.eu-koordination.de/?page=51](http://www.eu-koordination.de/?page=51) („Der Rat der EU“)

Hrsg./Bezug beider Hefte (kostenlos): DNR, EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
eMail: [eu-info@dnr.de](mailto:eu-info@dnr.de)

1 Richtlinie: Rahmengesetz; muss durch nationale Gesetze in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

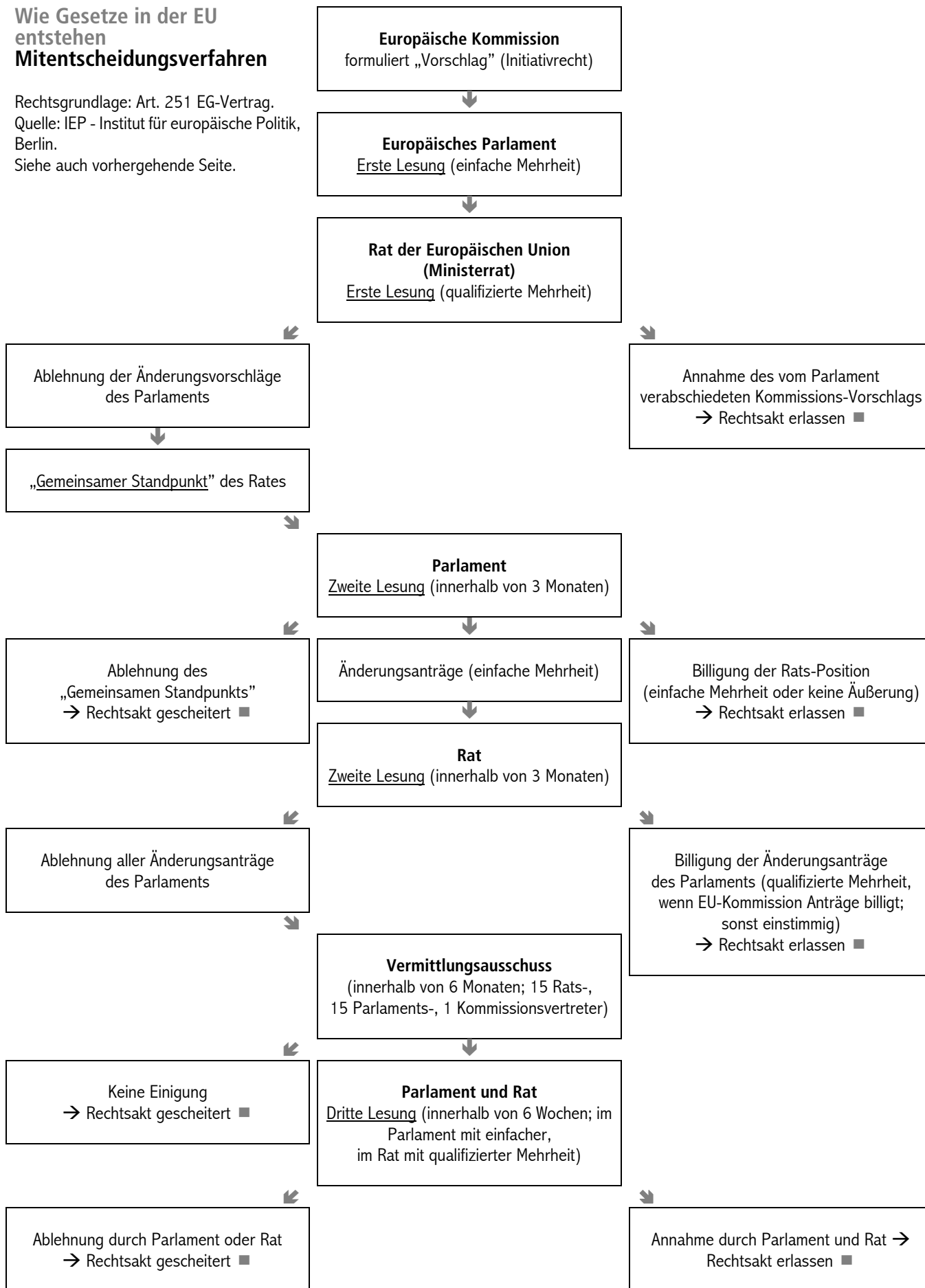
2 Verordnung: Unmittelbar wirksamer Rechtsakt, gilt sofort in allen EU-Mitgliedstaaten.

3 Rat der Europäischen Union (Ministerrat): Besteht bei Umweltangelegenheiten in der Regel aus den Umweltminister/innen der EU-Mitgliedstaaten. ●

4 Hiltrud Breyer: „Keine Angst vor Brüssel - EU-Umwelthandbuch, Brüssel 2003, 100 S., kostenlos; PDF-Download (1,7 MB): [www.hiltrud-breyer.de/hbreyer/fe/pub/de/dct/113](http://www.hiltrud-breyer.de/hbreyer/fe/pub/de/dct/113)

## Wie Gesetze in der EU entstehen Mitentscheidungsverfahren

Rechtsgrundlage: Art. 251 EG-Vertrag.  
Quelle: IEP - Institut für europäische Politik, Berlin.  
Siehe auch vorhergehende Seite.



## Das Europäische Umweltbüro (EEB)

### Der Dachverband der europäischen Umweltverbände

Das EEB ist der Dachverband von über 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern, den Beitrittskandidaten, einigen der potenziellen Bewerber und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB mehr als 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn Grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Bewerber- und Nachbarstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expertinnen und -Experten geleitet (siehe Tabelle).

### Das EEB arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen („article 6 watch“<sup>1</sup>)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Pro-

- gramm, aktuelle Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von Natura 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltpolitik - SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau des Zero-Mercury-Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Biotreibstoffe; Thematische Strategie für Bodenschutz)
- Abfall (Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus (Arbeitsgruppe in Gründung)

- Außerdem arbeitet das EEB zur:
- IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control),
  - Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen,
  - Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltpolitik,
  - EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung,
  - Standardisierung des europäischen Gütesiegels,
  - Umwelthaftung,
  - EU-Erweiterung
  - Verbesserung der Umsetzung und Einhaltung der EU-Umweltgesetzgebung.

### • Weitere Informationen

European Environmental Bureau (EEB)  
Boulevard de Waterloo 34, B-1000  
Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: eeb@eeb.org  
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Biodiversität, Wasser, Landwirtschaft, Gentechnik (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Doreen Fedrigo	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	doreen.fedrigo@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

<sup>1</sup> Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

<sup>2</sup> „Clean air for Europe“

## Europäisches Umweltbüro - Vorstandsmitglieder

### Ihre Ansprechpartner

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist ein Zusammenschluss von über 140 nicht-staatlichen Umweltorganisationen in 27 Ländern und hat Beratungsfunktion in mehreren Umweltgremien der Europäischen Union. Das in Brüssel ansässige Büro veröffentlicht u. a. für jede Ratspräsidenschaft eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer/innen die meisten EU-Mitgliedsländer wie auch viele Beitrittsstaaten vertreten.

### Belgien

Mikaël Angé  
Inter Environnement Wallonie (IEW)  
eMail: m.ange@iewonline.be

### Bulgarien

zz. nicht besetzt

### Dänemark

Ella Maria Bisschop-Larsen  
Danmarks Naturfredningsforening (DN)  
eMail: emb@dn.dk

### Estland

Juhan Telgmaa  
Estonian Society for Nature Conservation (ESNC)  
eMail: juhan.telgmaa@elks.ee

### Finnland

Eero Yrjö-Koskinen  
Finnish Association for Nature Conservation  
eMail: eero.yrjo-koskinen@sll.fi

### Frankreich

Georges Cingal  
(EEB-Vizepräsident)  
Sepanso FNE  
eMail: georges.cingal@wanadoo.fr

### Deutschland

Markus Steigenberger  
Deutscher Naturschutzring (DNR)  
eMail: markus.steigenberger@dnr.de

### Griechenland

Gerassimos Arapis  
Elliniki Etairia - Hellenic Society for Protection of the Environment & Cultural Heritage  
eMail: mani@aia.gr

### Großbritannien

Stephan Hale  
Green Alliance  
eMail: shale@green-alliance.org.uk

### Irland

Frank Corcoran  
(EEB-Vizepräsident)  
An Taisce - National Trust of Ireland  
eMail: frank.corcoran@dit.ie

### Italien

Mauro Albrizio  
(EEB-Vizepräsident)  
Legambiente  
eMail: legambiente@skynet.be

### Lettland

Janis Ulme  
VAK - Environmental Protection Club  
eMail: janis.ulme@vak.lv

### Luxemburg

Théodore Mannon  
NATURA  
eMail: t.mannon@internet.lu

### Niederlande

Frits Backer  
Stichting Natuur en Milieu (SNM)  
eMail: f.backer@natuurenmilieu.nl

### Norwegen

Uno Abrahamsen  
Norwegian Association against Noise  
eMail: uno.abrahamsen@atil.no

### Österreich

Birgit Reiner  
Umweltdachverband  
eMail: reiner.eu@umweltdachverband.at

### Polen

Aleksander Kedra  
ISD - Institute for Sustainable Development  
eMail: a.kedra@ine-isd.org.pl

### Portugal

Carlos Manuel G. Lage Teixeira  
Liga Para a Proteccao Da Natureza (LPN)  
eMail: carlosmg Teixeirapt@gmail.com

### Rumänien

Zoltán Hajdu (Beobachter)  
Focus Eco Center  
eMail: zhajdu@focuseco.ro

### Schweden

Mikael Karlsson  
(EEB-Präsident)  
Swedish Society for Nature Conservation (SSNC)  
eMail: mikael.karlsson@snf.se

### Slowakei

Vladimir Ira  
STUZ/SR - Society for Sustainable Living  
eMail: geogira@savba.sk

### Slowenien

Anamarija Slabe  
(EEB-Vizepräsidentin)  
Institute for Sustainable Development (ITR)  
eMail: anamarija.slabe@itr.si

### Spanien

Samuel Martin Sosa Rodriguez  
Ecologistas en Acción  
eMail: internacional@ecologistasenaccion.org

### Tschechien

Miroslav Šuta  
Society for Sustainable Living (SSL)  
eMail: miroslav.suta@centrum.cz

### Türkei

Ayşe Yesim Erkan  
TEMA  
eMail: yesime@tema.org.tr

### Ungarn

András Krolopp  
CEEWEB  
eMail: krolopp@ceeweb.org

### Zypern

Lucas Psillakis  
Federation of Environmental & Ecological Organisations (FEEO)  
eMail: environment@psillakis.com

### Schatzmeisterin

Jacqueline Miller  
eMail: jacquelinemiller@scarlet.be

## Internationale Funktionen des Umweltbundesamtes

### UBA-Anlaufstellen für Aufgaben aus internationalen und EU-Verträgen

Die internationale Zusammenarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Umweltbundesamtes (UBA). Fachleute aus dem UBA wirken in vielen internationalen Gremien mit, darunter bei der Europäischen Union (EU), den Vereinten Nationen (UN) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Große Bedeutung haben die Mitwirkung an der Umsetzung internationaler Übereinkommen wie zum Beispiel dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen zum Klimawandel gewonnen. Daneben bildet die multilaterale und bilaterale Zusammenarbeit mit anderen Staaten, insbesondere den Ländern Mittel- und Osteuropas, einen Schwerpunkt.

Das Fachgebiet Internationaler Umweltschutz nimmt nach eigener Auskunft hierbei folgende Aufgaben wahr:

- Mitwirkung in internationalen Foren und Organisationen, z. B. EPA-Netzwerk<sup>1</sup>, Baltic 21<sup>2</sup>, Umwelt für Europa-Prozess, Europäische Umweltagentur (EEA)
- Durchführung von bilateralen und multilateralen Projekten im Rahmen des Twinning- und Beratungshilfeprogramms
- Fachliche Unterstützung des Bundesumweltministeriums (BMU) bei der Beurteilung von ISPA-Projektanträgen<sup>3</sup>

<sup>1</sup> EPA-Netzwerk: Gemeinsame informelle Arbeitsplattform für die Leitungen der nationalen Umweltagenturen in Europa.

<sup>2</sup> „Agenda Baltic 21 für den Ostseeraum“, seit 1996 existierender Interessengruppen-Prozess für eine nachhaltige Entwicklung.

<sup>3</sup> ISPA = Instrument for Structural Policies for Pre-Accession = Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (von Kandidatenländern zur EU)

## 1. Weltweit

### Umweltbildung - UNESCO

UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung beim Umweltbundesamt  
Magdalena Hölters-Freier, FG I 2.2  
Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-2180  
eMail: magdalena.hoelters-freier@uba.de

### Abfall - Basler Übereinkommen

Anlaufstelle Basler Übereinkommen  
Harald Junker  
PF 1406, 06813 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103 3045  
eMail: harald.junker@uba.de

### Klimarahmenkonvention und

**Kyoto-Protokoll: Emissionsinventare**  
Nationale Koordinierungsstelle für das Nationale System Emissionsinventare nach Klimarahmenkonvention und Kyoto-Protokoll beim Umweltbundesamt  
Marion Dreher  
PF 1406, 06813 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-2402  
eMail: marion.dreher@uba.de

### Luftqualität - WHO

WHO-Zentrum zur Überwachung der Luftqualität und Bekämpfung der Luftverschmutzung  
Dr. Hans-Guido Mücke  
Corrensplatz 1, 14195 Berlin  
Tel. 030 / 8903-1281  
eMail: hans-guido.muecke@uba.de

### Trinkwasserhygiene - WHO

WHO-Kooperationszentrum für Forschung auf dem Gebiet der Trinkwasserhygiene beim Umweltbundesamt  
Dr. Ingrid Chorus  
Corrensplatz 1, 14195 Berlin  
Tel. 030 / 8903-1346  
eMail: ingrid.chorus@uba.de

## 2. Europäische Union

### Anlagen-Emissionen - IVU-Richtlinie

Deutsche Koordinierungsstelle für den Informationsaustausch über „beste verfügbare Techniken“ nach IVU-Richtlinie<sup>4</sup>  
Fachgebiet III 2.1  
PF 1406, 06813 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-0  
eMail: iii2.1@uba.de

### EU-Luftqualitäts-Referenzlabor

Nationales EU-Luftqualitäts-Referenzlabor beim Umweltbundesamt  
Paul-Ehrlich-Str. 29, 63225 Langen/Hessen  
Volker Stummer  
Tel. 06103 / 704-106  
eMail: volker.stummer@uba.de  
Anneliese Medem  
Tel. 06103 / 704-129  
eMail: anneliese.medem@uba.de  
www.umweltbundesamt.de/luft/referenzlabor

### Europäische Umweltagentur (EEA)

Deutsche Kontaktstelle der Europäischen Umweltagentur beim Umweltbundesamt  
Christina Pykonen, Fachgebiet I 1.2  
PF 1406, 06813 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-2148  
eMail: christina.pykonen@uba.de

<sup>4</sup> Richtlinie 96/61/EG vom 24.09.96 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung.

## Ausschüsse der Weltnaturschutzunion IUCN

Die Weltnaturschutzunion (IUCN) vereint etwa 800 Nichtregierungsorganisationen (NGO) und 120 Regierungsorganisationen, darunter viele wissenschaftliche Einrichtungen. 77 Länder sind als Staaten Mitglied der IUCN, deren Mitglieder aus 140 Ländern der Erde kommen. Die IUCN ist die einzige globale Organisation, die Staaten, Regierungsstellen und NGOs vereint. Einer der drei Regional Councillors für Westeuropa ist DNR-Vizepräsident Prof. Dr. Manfred Niekisch.

In der IUCN arbeiten sechs Kommissionen, in denen etwa 10.000 Expert/innen aus allen möglichen Fachrichtungen zusammen wirken. Diese unterstützen die IUCN mit Daten und fungieren als Politikberater/innen bei Naturschutzangelegenheiten.

### Artenschutzkommission (SSC)

Die Species Survival Commission (SSC) hat 7.000 Mitglieder. Sie berät die IUCN bei den technischen Aspekten im Bereich Artenschutz und mobilisiert Akteure und Maßnahmen zum Schutz der vom Aussterben bedrohten Arten.

Species Survival Commission (SSC), Rue Mauverney 28, CH-1196 Gland, Schweiz  
Tel. 0041 22 / 99900-00, Fax -15  
eMail: [ssc-chair@hq.iucn.org](mailto:ssc-chair@hq.iucn.org)  
[www.iucn.org/themes/ssc](http://www.iucn.org/themes/ssc)

Programm Rote Listen, Craig Hilton-Taylor, 219c Huntingdon Road, Cambridge, CB3 0DL, Großbritannien  
Tel. 0044 1223 / 277-966, Fax -845  
eMail: [craig.hilton-taylor@ssc-uk.org](mailto:craig.hilton-taylor@ssc-uk.org)

Programm Handel mit Wildtieren, Alison Rosser, 219a Huntingdon Road, Cambridge, CB3 0DL, Großbritannien  
Tel. 0044 1223 / 277-980, Fax -908  
eMail: [alison.rosser@ssc-uk.org](mailto:alison.rosser@ssc-uk.org)

Programm zur Bewertung der Süßwasserbiodiversität (Freshwater Biodiversity Assessment Program), Mewill Darwall, 219c Huntingdon Road, Cambridge, CB3 0DL, Großbritannien  
Tel. 0044 1223 / 277-966, Fax -845  
eMail: [mewill.darwall@ssc-uk.org](mailto:mewill.darwall@ssc-uk.org)

### Weltschutzgebietskommission (WCPA)

Die Weltschutzgebietskommission (World Commission on Protected Areas, WCPA) hat 1.300 Mitglieder und treibt die Ein-

richtung und das effektive Management eines weltweiten repräsentativen Netzwerks terrestrischer und mariner Schutzgebiete voran. Die Mitglieder stammen aus 140 Staaten, koordiniert werden sie von einem Lenkungsausschuss und unterstützt durch das Programm für geschützte Gebiete (Programme on Protected Areas PPA). Die WCPA ist geographisch (16 Regionen), thematisch (u. a. Klimawandel, weltweite Vernetzung, Gerechtigkeit und Menschen) und funktionell (Berge und Meere) organisiert.

WCPA - World Commission on Protected Areas, IUCN - The World Conservation Union HQ, Rue Mauverney 28, CH-1196 Gland, Schweiz  
Tel. 0041 22 / 9990-160, Fax -015  
eMail: [wcpa@iucn.org](mailto:wcpa@iucn.org)  
[www.iucn.org/themes/wcpa](http://www.iucn.org/themes/wcpa)

### Umweltrechtskommission (CEL)

Die Umweltrechtskommission (Commission on Environmental Law, CEL) fördert Umweltrecht durch die Entwicklung neuer Gesetzeskonzepte und -instrumente sowie mit Aus- und Weiterbildung/Wissensvermittlung zur Umweltgesetzgebung für Naturschutz und Nachhaltige Entwicklung. Die Umweltrechtskommission und das Umweltrechtscenter bilden dabei die beiden Zweige des IUCN-Umweltrechtsprogramms. Die Kommission vernetzt etwa 900 freiwillig tätige Expert/innen, das Büro in Bonn ist internationale Verbindungsstelle der Vereinten Nationen.

Commission on Environmental Law, Instituto de derecho y economia ambiental, Ms. Patricia Abed, CEL Liaison Officer, Calle Nicanor Torales N° 150 c, Mcal. Lopez, Asuncion, Paraguay  
Fax 00595 21 / 614-619  
[www.iucn.org/themes/law](http://www.iucn.org/themes/law)

IUCN-Environmental Law Centre, Godesberger Allee 108-112, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 2692-231, Fax -250  
eMail: [elcsecretariat@iucn.org](mailto:elcsecretariat@iucn.org)

### Kommission für Bildung und Kommunikation (CEC)

Die Kommission für Bildung und Kommunikation (Commission on Education and Communication CEC) ist ein Netzwerk zur Verbreitung des Gedankens der Nachhaltigen Entwicklung. Dabei sollen Bildung und Kommunikation strategisch zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und dem nachhaltigen natürlichen Ressourcenma-

nagement eingesetzt werden. Das Netzwerk aus Expert/innen besteht aus etwa 600 Mitgliedern und arbeitet zu den zwei Strängen Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Biodiversitätskommunikation (u. a. Trockenzonen, Wälder, Klimawandel, Schutzgebiete).

Commission on Education and Communication (CEC), IUCN - The World Conservation Union, HQ Rue Mauverney 28, CH-1196 Gland, Schweiz  
Tel. 0041 22 / 9990-283, Fax -025  
eMail: [cec@iucn.org](mailto:cec@iucn.org)  
[www.iucn.org/cec](http://www.iucn.org/cec)

### Kommission für Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik (CEESP)

Die Kommission für Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik (Commission on Environmental, Economic and Social Policy, CEESP) sorgt für Expertisen und Politikberatung zu sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Faktoren des Naturschutzes und dem nachhaltigen Gebrauch biologischer Vielfalt. Das interdisziplinär arbeitende Netzwerk hat rund 500 Mitglieder und arbeitet innerhalb von Arbeitsgruppen u. a. zu den Themen Menschenrechte, Sicherheit, Kultur und Naturschutz, Unternehmensverantwortung, Kommunen.

Commission on Environmental, Economic and Social Policy (CEESP), c/o CENESTA: Centre for Sustainable Development, Dr. M. Taghi Farvar, Vorsitzender, 5 Lakpour Lane, Suite 24, IR-16936 Teheran, Iran  
Tel. 0098 21 / 229-64114, Fax -54217  
eMail Vorsitzender: [taghi@cenesta.org](mailto:taghi@cenesta.org)  
eMail Kommission: [ceesp@iucn.org](mailto:ceesp@iucn.org)  
[www.iucn.org/themes/ceesp](http://www.iucn.org/themes/ceesp)

### Kommission für Ökosystem-Management (CEM)

Die Kommission für Ökosystem-Management (Commission on Ecosystem Management, CEM) bietet professionelle Unterstützung bei integrierten Ansätzen im Bereich des Management natürlicher und menschlich veränderter Ökosysteme. Sie hat 400 Mitglieder.

IUCN-Ecosystem-Management-Programm-Sekretariat, Pat Hawes, Administrative Assistant, Rue Mauverney 28, 1196 Gland, Schweiz  
Tel. 004122-9990215, Fax -3649720  
eMail: [patricia.hawes@iucn.org](mailto:patricia.hawes@iucn.org)  
[www.iucn.org/themes/cem](http://www.iucn.org/themes/cem)

## Verweise auf frühere Ausgaben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 04.06“ als Hinweis auf Heft 4 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2006. Verweise auf den DNR-Deutschland-Rundbrief (s. u.) sind ähnlich gehalten, z. B. „DRB 11.05“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

## Unsere weiteren Periodika

### Forum Umwelt und Entwicklung Rundbrief, Deutschland-Rundbrief

Mehr zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR. Wir senden gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe) [www.dnr.de/drbr](http://www.dnr.de/drbr)

## Unser Internet-Angebot

### [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

...heißt die Internetseite der EU-Koordination des DNR. Unter „Publikationen“ finden Sie hier alle älteren EUR-Ausgaben ab 2003 sowie alle Sonderhefte zum kostenlosen Download als PDF-Dateien. Hinzu kommen gut recherchierte Themenseiten sowie Informationen über Expert/innen, Publikationen und Termine. Ein „Brüsseler 1×1“ macht die Strukturen und Verfahren der EU verständlich und gibt Tipps zum Einmischen für Umweltverbände. Dazu kommen die täglichen EU-News.

### [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

Hier finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben und die Sonderhefte ab Januar 2000 als PDF-Dateien
- Jahreshaltsverzeichnisse
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

## Unser eMail-Service

### Newsletter zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007

Wir informieren Sie täglich über aktuelle umweltpolitische Ereignisse in Brüssel und Berlin. Newsletter bestellen oder EU-News online lesen: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### Weitere EU-Umweltpolitik-Newsletter

[www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo) („Mailinglisten/ Webseiten“ - „EU-Politik“)

### Info-Service zu allen Umweltthemen

An Abonnent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Verbänden mailen wir kostenlos aktuelle Nachrichten zur EU-Umweltpolitik und vielen weiteren Themen. Die Themen können Sie selbst auswählen: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

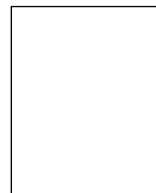
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut: \_\_\_\_\_ Bankleitzahl: \_\_\_\_\_  
Kontonummer: \_\_\_\_\_
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion EU-Rundschreiben  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin